

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gerhard Botz

Der „Anschluß“ von 1938  
als innerösterreichisches Problem

Rolf Steininger

Der Anschluß Österreichs — Stationen auf dem  
Weg zum März 1938

Michael Gehler

Der „Anschluß“ von 1938 und die  
internationalen Reaktionen

B 9/88  
26. Februar 1988

Gerhard Botz, Dr. phil., geb. 1941; 1976/77 Alexander-von-Humboldt-Stipendiat; seit 1980 o. Prof. für österreichische Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Salzburg; seit 1982 Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft, Salzburg; 1985, 1986 und 1987 Gastprofessor an der University of Minnesota, Minneapolis, und an der Stanford University.

Veröffentlichungen u. a.: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich, 1988<sup>3</sup>; Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien, 1975; Gewalt in der Politik, 1983<sup>2</sup>; (Mitverf.) Im Schatten der Arbeiterbewegung, Wien 1977; Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, Wien 1980<sup>2</sup>; (Hrsg.) Margareta Glas-Larsson: Ich will reden. Tragik und Banalität des Überlebens in Theresienstadt und Auschwitz, Wien 1982; (Mithrsg.) Jews, Antisemitism and Culture in Vienna, 1987; Krisenzonen einer Demokratie, 1987.

Rolf Steininger, Dr. phil., geb. 1942; o. Professor und seit 1983 Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. mit Winfried B. Lerg) Rundfunk und Politik 1923–1973, 1975; Deutschlandfunk – die Vorgeschichte einer Rundfunkanstalt 1949–1961, 1977; Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, 1979; (mit Heribert Schwan) Als der Krieg zu Ende ging, 1981; Deutsche Geschichte 1945–1961, 2 Bde., 1988<sup>4</sup>; (Hrsg. mit Josef Foscaphoth) Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, 1985; Die Stalin-Note vom 10. März 1952, 1986<sup>2</sup>; (Hrsg. mit Anton Pelinka) Österreich und die Sieger, 1986; Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, 1987; Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen, 1988; Die Alliierten und der Weg in die staatliche Teilung Deutschlands, 1988; (Hrsg. mit Thomas Albrich u. Klaus Eisterer) Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938, 1988.

Michael Gehler, Dr. phil., geb. 1962; Historiker, derzeit noch Abschluß des Lehramtsstudiums für Geschichte an der Universität Innsbruck.

Veröffentlichungen u. a.: (Zus. mit Wolfgang Chwatal) Die Moskauer Deklaration über Österreich 1943, in: Geschichte und Gegenwart, 6 (1987) 3; Tirol zur Zeit des Juli-Putsches der Nationalsozialisten im Jahre 1934, in: Festschrift für Johann Rainer (erscheint 1988); Die Studenten der Universität Innsbruck und die Anschlußbewegung 1918–1938; Thomas Albrich/Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.), Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938 (erscheint 1988).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,– pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## Der „Anschluß“ von 1938 als innerösterreichisches Problem

Wie andere kleine Nationen Europas hat auch das heutige Österreich in Auseinandersetzung mit einem großen Herrschaftsverband seine Identität erlangt oder doch geschärft — gleichgültig, ob es sich dabei um eine vollendete Nationsbildung oder Vorstufen dorthin handelt<sup>1)</sup>. Daher nimmt das öffentliche Erinnern des „Anschlusses“ von 1938 im Jahre 1988 einen ganz besonderen Stellenwert in der österreichischen politischen Kultur ein. (Um den von einem österreichisch-patriotischen Standpunkt doch etwas merkwürdigen Beigeschmack eines „Gedenkjahres 1938“ zu vermeiden, wurde sogar, vermutlich im linkskatholischen oder gemäßigt-konservativen Milieu, ein neues Wort erfunden: „Bedenkjahr“ 1938/1988). Selbst nach der Überwindung der in der Ersten Republik weit verbreiteten Anschlußidee, die in Österreich bis 1938 immer einen wesentlich zentraleren politischen Stellenwert gehabt hatte als in Deutschland, ist — als eine fatale List der Geschichte — auch in der Zweiten Republik der „März 1938“ ein Großereignis geblieben, das die politisch-kollektive Identität der Österreicher noch immer auf das nachhaltigste prägt, wenn auch in einem gegenüber dem Jahr 1938 umgekehrten Sinn. In der Stellungnahme pro oder kontra Anschluß an Deutschland, d. h. auch pro oder kontra Zugehörigkeit zur deutschen Nation, bestimmen sich auch heute noch zum überwiegenden Teil österreichische Identitäten<sup>2)</sup>.

Zweifelsohne ist in dieser Hinsicht das österreichische Nationsbewußtsein gesichert, wie alle neueren Meinungsumfragen belegen<sup>3)</sup>. So stieg der Anteil der Österreicher, die sich zur österreichischen Nation bekannten, zwischen 1956 und 1980 von 49 % auf 67 %, während zugleich das Bekenntnis zur deutschen Nationszugehörigkeit von 46 % auf 11 % zurückging. Dennoch mußte es schon Anfang der achtziger Jahre bedenklich stimmen, daß gerade zu jenem Bereich des österreichischen (offiziösen) Geschichtsbildes, der in den siebziger Jahren — verglichen mit den politisch-fachhistorischen Debatten um das Bürgerkriegsjahr 1934 und die Zerstörung der Demokratie 1933 — als gänzlich unproblematisch und im Sinne der österreichischen Historiographie gelöst gegolten hatte, innerhalb kurzer Zeit sechs wichtige Bücher erschienen, die das österreichisch-deutsche Verhältnis thematisierten<sup>4)</sup>.

Begann der erlangte nationale und politische Konsens mit wachsender Entfernung vom „Schicksalsjahr 1945“, ohne dessen Fernwirkungen das politische System der Zweiten Republik nicht zu verstehen ist, verlorenzugehen? Oder ließen die Vorboten kommender krisenhafter Entwicklungen eine Populartradition aufbrechen, die — im Gegensatz zu den offiziellen Deklarationen und Reden der Politiker, unberührt von mehr als 30 Jahren demokratischem Geschichtsunterricht, 20 Jahren Zeitgeschichtsforschung und zehn Jahren schulischer Politischer Bildung<sup>5)</sup> — die Neuformierung des österreichischen Geschichtsbewußtseins nur unvollständig nachvollzogen hatte und sich normalerweise nur im Kreise der Familie und am Biertisch äußerte?

<sup>1)</sup> Ich folge hier vor allem: Hans Mommsen/Albert Martiny, Nationalismus, Nationalitätenfrage, in: C. D. Kernig (Hrsg.), Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 4, Freiburg i. Br. 1971, S. 623 ff.; Karl W. Deutsch, Nationenbildung — Nationalstaat — Integration, Düsseldorf 1972; Charles Tilly (Hrsg.), The Formation of Nation States in Western Europe, Princeton, N. J., 1975. Auf einzelne Teile dieses Beitrags bin ich ausführlicher eingegangen in: Der 13. März 38 und die Anschlußbewegung, Wien 1978, und: Der ambivalente „Anschluß“ 1938/39, in: Zeitgeschichte, 6 (1978) 3, S. 91—109.

<sup>2)</sup> Siehe vor allem: William T. Bluhm, Building an Austrian Nation, New Haven, Conn., 1973; Peter V. Katzenstein, Disjoined Partners, Berkeley, Ca., 1976; Robert A. Kann/Friedrich Prinz (Hrsg.), Deutschland und Österreich, Wien 1980; neuestens: Fritz Fellner, Das Problem der österreichischen Nation nach 1945, in: Otto Büsch/James J. Sheehan (Hrsg.), Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart, Berlin 1985, S. 193—220; Gerhard Botz, Eine deutsche Geschichte 1938—1945? Österreichische Geschichte zwischen Exil, Widerstand und Verstrickung, in: Bernd Hey/Peter Steinbach (Hrsg.), Zeitgeschichte und Politisches Bewußtsein, Köln 1986, S. 160—185; Rudolf G. Ardel, Drei Staaten — zwei Nationen — ein Volk? Oder die Frage wie deutsch ist Österreich?, in: Zeitgeschichte, 13

(1986) 7, S. 253—268; Karl Dietrich Erdmann, Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 38 (1987) 10, S. 597—626.

<sup>3)</sup> Vgl. Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, Wien 1984, S. 497.

<sup>4)</sup> Vor allem: Friedrich Heer, Der Kampf um die österreichische Identität, Wien 1981; Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hrsg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, München 1982; Ernst Bruckmüller, Nation Österreich, Wien 1984; F. Kreissler (Anm. 3); ferner: Georg Wagner (Hrsg.), Österreich. Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein, Wien 1982; Erwin Ringel, Die österreichische Seele, Wien 1984.

<sup>5)</sup> Für Literaturhinweise siehe u. a.: Siegfried Mattl, Bestandsaufnahme zeitgeschichtlicher Forschung in Österreich, Wien 1983; Peter Malina/Gustav Spann, Bibliographie zur österreichischen Zeitgeschichte 1918—1985, Wien 1985; Norbert Schausberger, Bibliographie zur politischen Bildung und ihrer Didaktik, Wien 1982.

Oder war das in erster Linie bloß (außen-)politisch aufgefaßte Österreich-Bewußtsein im Begriff, infolge des Fehlens einer entsprechenden demokratischen Wertestruktur im Zeichen der auch auf Österreich übergreifenden „Wende“ von innen her ausgehöhlt zu werden?

Seit dem Präsidentschaftswahlkampf 1986 und dem ominösen Wort des mit fast 54 % der Stimmen gewählten Bundespräsidenten Waldheim von seiner „Pflichterfüllung“ im Zweiten Weltkrieg<sup>6)</sup> ist nun vollends offenkundig geworden, wo die Schwächen des dominierenden Österreich-Bewußtseins liegen: in der „verdrängten“, aber dennoch massiven Präsenz eines Geschichtsbildes, das in vielem den politisch-offiziösen und wissenschaftlichen Interpretationen von der Rolle Österreichs in der NS-Periode widerspricht.

Denn Nationalsozialismus und „Anschluß“ wurden in der suböffentlichen Erinnerung nicht in erster Linie oder überhaupt nicht gleichgesetzt mit Fremdherrschaft und Diktatur, sondern mit (deutsch-)„nationaler“ Begeisterung, industriellen und verkehrstechnischen Großprojekten, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Kameradschaft im Krieg; die Befreiung 1945 wurde daher viel mehr als „Zusammenbruch“ und Beginn einer (neuen) Okkupation durch die vier Alliierten denn als Befreiung erfahren — gerade umgekehrt zu der Sicht des nicht unbedeutenden antifaschistischen Bevölkerungssgments und der politischen Führungsschichten.

Die Mehrheit der Österreicher hatte offensichtlich ihren Mangel an (österreichischem) Nationsbewußtsein der Zwischenkriegszeit eher überwunden als manche Mängel ihres Demokratieverständnisses. Denn die Abwälzung jeder Verantwortung am „Anschluß“ und am Nazismus nach außen entthob die Österreicher der Notwendigkeit, den demokratiezerstörenden Kräften im Innern nachzugehen: den einheimischen NS-Traditionen, dem „Austrofaschismus“ und dem autoritär-„paranazistischen“ Hintergrund. Im Interesse der Stimmenmaximierung und der Großen Koalition verzichtete auch das sozialistisch-antifaschistische Segment auf eine Durchbrechung dieses „Konsenses“<sup>7)</sup>.

Antifaschismus in Österreich war praktisch nur Antinazismus und ließ andere demokratiezerstörende

<sup>6)</sup> Kurt Waldheim im Wahlkampf 1986: „Ich habe im Krieg nichts anderes getan als Hunderttausende andere Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt.“

<sup>7)</sup> Vgl. Gerhard Botz, Anschluß an die Vergangenheit! Überlegungen zum Zusammenhang von Verdrängung der NS-Vergangenheit und aktueller Krise von Zeitgeschichte, Antifaschismus und Demokratiebewußtsein in Österreich, in: Jahrbuch 1987, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1987, S. 23–41.

Tendenzen von rechts ungeschoren<sup>8)</sup>. Daher konnten sich Kurt Waldheim und seine Anhänger und ganz Österreich als „Opfer“ des (deutschen) Nationalsozialismus empfinden und zugleich nichts Unvereinbares darin sehen, damals an einem äußeren und inneren Vernichtungskrieg gegen „Untermenschen“ mitgewirkt zu haben. Wie zu zeigen sein wird, hat diese keineswegs alt- oder neonazistische, aber dennoch für Aufstieg und Nachwirken des Nationalsozialismus essentielle Geschichtssicht allerdings nicht ganz unrecht, wenn sie einige zentrale Punkte der „offiziösen“, auch antifaschistischen, Interpretation des „Anschlusses“ in Zweifel zieht.

Am Anfang dieser Interpretation, ganz Österreich als NS-Opfer zu sehen, die in anderer Form auch von der antifaschistischen Linken vertreten wird, steht die Moskauer Deklaration der Anti-Hitler-Koalition vom 30. Oktober 1943. Schon dort war die Rede davon, daß das wiederherzustellende Österreich das erste Opfer von Hitlers Angriffspolitik gewesen sei; zugleich wurde Österreich jedoch auch an seine Verantwortung wegen seiner Teilnahme am Krieg auf der Seite Deutschlands erinnert<sup>9)</sup>. Schon in dieser „Zeugungsurkunde“ der 15 Monate später geborenen Zweiten Republik wurde jenes Schlupfloch vorbereitet, durch das sich Österreich nach 1945 in einem hohen Maße einer Mitverantwortung am Nationalsozialismus entziehen konnte.

Die österreichische Nachkriegspolitik verstand es vorzüglich, den ersten Teil der Moskauer Deklaration, die Opfer-Rolle Österreichs, in den Verhandlungen mit den Alliierten hervorstreichend, und den zweiten, von der Mitverantwortung sprechenden Teil vergessen zu machen. Dies mochte im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik zweifelsohne ein Gebot der Staatsräson sein, sofern Österreich sich für berechtigt hielt, jeden Wiedergutmachungsanspruch der Hitler-Opfer abzulehnen. Ging es doch zunächst darum, eine bessere Behandlung Österreichs in den Verhandlungen um einen Staatsvertrag und insbesondere eine möglichst weitgehende Reduktion der Reparationsleistungen zu erwirken. Zugleich hätte ein Staat, der seine Entstehung zum überwiegenden Teil 1945 einer Befreiung von außen und nicht einer Erhebung im Inneren

<sup>8)</sup> Ernst Hanisch, Gab es einen spezifisch österreichischen Widerstand?, in: Peter Steinbach (Hrsg.), Widerstand, Köln 1987, S. 163–176.

<sup>9)</sup> Hanspeter Neuhold/Waldemar Hummer/Christoph Schreuer (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts, Bd. 2, Wien 1983, S. 448; vgl. ferner Fritz Fellner, Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1, Graz 1972, S. 53–90; Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall, Wien 1979; Gerald Stourzh, Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955, Graz 1985.

verdankte, schwer auf dem Bekenntnis seiner Mitverantwortung an dem überwundenen Regime aufbauen können.

Obwohl sich die staatstragenden Parteien der Zweiten Republik anfangs stark zum Antinazismus bekannten und politischen Widerstandskämpfern eine nicht unbedeutende Rolle einräumten, wäre angesichts der keineswegs klar antinazistischen Einstellung eines Großteils der österreichischen Bevölkerung die Mitverantwortungsthese wohl auch innenpolitisch selbstmörderisch gewesen. So entstand die nur zur Hälfte wahre „Theorie“ von Österreich als dem ersten Opfer Hitlers, die geradezu zu einer Art „Lebenslüge“ wurde. Nach Erlangung des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 und dem Abzug der vier alliierten Besatzungsmächte entfiel die außenpolitische Rechtfertigung der „Opfer“-These, und mit dem Wachsen des Österreich- und Demokratiebewußtseins in den sechziger und siebziger Jahren

wurde auch diese Form der politischen Legitimierung obsolet.

Dennoch hat es Österreich als Ganzes bis heute vermieden, eine Anpassung an die historische Wahrheit vorzunehmen. Angesichts der internationalen Reaktionen auf die Waldheim-Wahl und ihre Begleiterscheinungen seit 1986 — eines schweren internationalen Imageschadens und offener linksdemokratischer Kritik jenseits des „klassischen“ kommunistischen und sozialistischen Antifaschismus — muß daher in dem symbolisch zugespitzten Gedenkjahr zum „Anschluß“ die „Opfer-These“ wieder verstärkt in Erscheinung treten<sup>10)</sup>. Um sie polarisieren sich die Geschichtsbilder, und um sie läuft das österreichische Äquivalent der deutschen Historikerkontroverse ab<sup>11)</sup>. In diesem Kontext sind die folgenden Ausführungen, die sich mit Teilaspekten der „Opfer-These“ hinsichtlich des „Anschlusses“ beschäftigen, zu sehen.

## I. Nationalsozialismus: bloß importiert oder auch österreichisches Phänomen?

Die wohl demokratiepolitisch folgenschwerste historische Verzeichnung im Zusammenhang mit dem „Bedenkjahr“ des „Anschlusses“ ist die These, nach der der Nationalsozialismus und sein Regime, unter dem die Österreicher sieben Jahre lang lebten, eigentlich nicht zur österreichischen Zeitgeschichte gehöre. Dennoch kann bei nüchterner, geschichtswissenschaftlicher Betrachtung kein Zweifel bestehen, daß der Nationalsozialismus auch (aber nicht ausschließlich) ein österreichisches Phänomen war, und zwar in folgender Hinsicht<sup>12)</sup>:

1. Der Nationalsozialismus war ein Produkt des alten Österreich, selbst wenn der vor-hitlersche Nationalsozialismus nicht vollkommen identisch war mit jenem Hitlers in München. Nur in den gemischt-sprachigen Randzonen und Industriegebieten Nordböhmens konnte innerhalb der sich bedroht

fühlenden Deutsch-Sprechenden schon um die Jahrhundertwende entstehen, was nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Regionen Mitteleuropas und Norditaliens so attraktiv wurde: der Versuch, eine Art von (mittelständischem) Sozialismus durch Nationalismus herbeizuführen. Daraus entstand eine wahrhaft explosive Kombination von nationalistischen und sozialen Protektionsbestrebungen breiter, aufstrebender neuer oder abstiegsbedrohter alter Mittelschichten einer Gesellschaft am Übergang in die Moderne. Für diese Schichten war in der Tat (deutscher) Nationalitätenkampf aussichtsreicher als der internationalistische Klassenkampf der österreichischen Arbeiterbewegung oder der konservative Nationalismus der elitären Deutschnationalen alter Prägung. Von Österreich sprang diese politische ‚Erfindung‘ nach dem Ersten Weltkrieg auf Deutschland, insbesondere auf München, über.

2. Natürlich war auch Hitler ein Produkt Österreichs. Aus dem gemäßigt deutschnationalen Milieu der oberösterreichischen Provinzstadt Linz kommend, verbrachte er seine politischen Lehrjahre in Wien. Dort wurde er zum Antisemiten und Rassengläubigen, dort entdeckte er den völkischen Radikalismus Schönerers und seiner Studenten, dort lernte er bei Karl Lueger und den Christlichsozialen die mobilisierende Wirkung einer aus dem Katholizismus abgeleiteten politischen Liturgie und eines demagogischen Antijudaismus kennen. Uns heute absurd erscheinende Ideen obskurer Sektierer, damals aber angesehener „nationaler Denker“ Wiens prägten seine Weltanschauung. Erst als poli-

<sup>10)</sup> Siehe: Andreas Khol u. a. (Hrsg.), Die Kampagne. Kurt Waldheim — Opfer oder Täter?, München 1987; Thomas Chorgherr (Hrsg.), 1938 — Anatomie eines Jahres, Wien 1987; Heinrich Drimmel, Vom Kanzlermord zum Anschluß, Wien 1987; wesentlich differenzierter: Gottfried-Karl Kindermann, Hitlers Niederlage in Österreich, Hamburg 1984; Fritz Molden, Die Österreicher oder Die Macht der Geschichte, München 1986.

<sup>11)</sup> Gerhard Botz/Ernst Hanisch/Gerald Sprengnagel (Hrsg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte, Frankfurt 1988 (im Erscheinen).

<sup>12)</sup> Literaturangaben in meinem Aufsatz (Anm. 2), S. 167 ff.; ich folge hier jedoch vor allem Friedrich Heer, Der Glaube des Adolf Hitler, München 1968, und Simon Wiesenthal, Memorandum vom 12. Oktober 1966 an den österreichischen Bundeskanzler Josef Klaus (Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter, Wien).

tisch gefestigter junger Mensch ging Hitler im Alter von 24 Jahren von Wien fort.

3. Nach dem Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates breitete sich unter den deutschsprachigen Österreichern aller politischen „Lager“ – insbesondere unter den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten sowie teilweise auch unter den Christlichsozialen – ein überwältigendes Streben nach einer Vereinigung mit Deutschland aus<sup>13</sup>). Deren Verwirklichung wurde nur zurückgehalten zunächst vom „Anschluß“-Verbot der Siegermächte, dann von der finanziellen Abhängigkeit von Westeuropa. Als die Österreicher allmählich begannen, sich in den dreißiger Jahren auf ihre Eigenstaatlichkeit einzurichten, und die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur offiziell einen gewissen österreichischen Patriotismus auf ihre Fahnen schrieb<sup>14</sup>), entfaltete Hitlers Machtübernahme in Deutschland einen neuen Sog auf die Österreicher. Der nationalsozialistische Antisemitismus störte wenige Österreicher, ja zog viele geradezu an, und Hitler versprach die Überwindung der Wirtschaftskrise, mit der das autoritär-diktatorische Österreich Dollfuß' und Schuschniggs nicht fertig wurde. Die Unterdrückung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung schloß praktisch ein Drittel der Bevölkerung davon aus, sich mit dem bedrohten Österreich, das ja ein halbfaschistisch-autoritäres Regime war, zu solidarisieren.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die NSDAP auch in Österreich ab 1932 massenhaften Zulauf fand, wenngleich mit zweijähriger Verzögerung gegenüber Deutschland und mit denselben Hemmmechanismen wie im katholischen Süden Deutschlands; ab 1938 strömten die Österreicher schließlich in einem Ausmaß in die NSDAP wie nirgendwo sonst im „Altreich“<sup>15</sup>). 1942 gab es in den „Alpen- und Donaugauen“ rund 688 000 NSDAP-Mitglieder, das heißt, etwa jeder vierte erwachsene männliche Österreicher war Nazi. Vor diesem Hintergrund wird auch klar, warum nach 1945 jede schematisch-administrative Entnazifizierung scheitern mußte, eben weil so viele Österreicher aus echter Überzeugung oder auch aus Angst und Opportunismus

NSDAP-Mitglieder geworden waren<sup>16</sup>). Wäre auch nur ein großer Teil von ihnen 1945 aus ihren Berufen und Ämtern entlassen worden, das Verwaltungs- und Wirtschaftsleben Österreichs wäre zusammengebrochen. (Im übrigen gilt ähnliches mehr oder weniger auch für die beiden deutschen Staaten.)

4. Latenter und offener Judenhaß waren in Österreich vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis mindestens 1945 wahrscheinlich stärker als in jedem anderen westeuropäischen Land, ja wohl ebenso stark wie in Osteuropa. Antisemitismus war (und ist?) nicht nur ein unverzichtbares Element des Deutschnationalismus und des katholischen Konservatismus, sondern hatte auch in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Spuren hinterlassen<sup>17</sup>). Von Wien aus wurden nach dem „Anschluß“ die antijüdischen Maßnahmen des Dritten Reiches vorangetrieben. In Österreich war 1938 die Judenverfolgung etwas sehr Populäres, nicht nur im Kreise der eigentlichen Nazis. Denn hier profitierten Zehntausende Nicht-Juden vom Raub jüdischen Eigentums und von der „Deportation“ der Juden irgendwohin, wo, wie man wußte und nicht weiter nachfragte, es ihnen schlecht ging.

5. Nicht zuletzt wegen dieses tief verwurzelten Antisemitismus und Nationalsozialismus konnten überproportional viele Österreicher im Verfolgungs- und Vernichtungsapparat des Dritten Reichs Ersatzkarrieren dafür erlangen, daß sie nach dem „Anschluß“ in der „Ostmark“ selbst zu kurz gekommen waren. Beispiele sind Kaltenbrunner, Globocnik, Franz Novak, Stangl, Rauter, Seyß-Inquart, Glaise-Horstenaus und der in Österreich aufgewachsene Eichmann. Daher auch der hohe Anteil von Österreichern in den Spitzenpositionen der Judenvernichtung. Nach einer Schätzung Simon Wiesenthals waren an der Hälfte der nationalsozialistischen Massenmorde an den Juden Österreicher beteiligt!

6. Nicht zuletzt kämpften Österreicher an den Fronten des Zweiten Weltkrieges praktisch mit derselben Aufopferung und Pflichtbereitschaft wie die „Reichsdeutschen“, und zwar bis zum Ende. Österreicher wirkten ohne erkennbares Zögern an Repressalien mit, die weit über das kriegsrechtlich akzeptierte Maß hinausgingen. Österreicher waren besonders häufig auf dem Balkan eingesetzt, als

<sup>13</sup>) Alfred D. Low, *The Anschluß Movement 1918–1919 and the Paris Peace Conference*, Philadelphia 1974; Susanne Miller, *Das Ringen um „die einzige großdeutsche Republik“*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 11 (1971), S. 54 ff.; Stanley Suval, *The Anschluß Question in the Weimar Era*, Baltimore 1974; Rudolf Ardel, *Zwischen Demokratie und Faschismus*, Wien 1972; Wilfried Garscha, *Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft*, Wien 1982; Friedrich F. G. Kleinwächter/Heinz von Paller (Hrsg.), *Die Anschlußfrage*, Wien 1930.

<sup>14</sup>) Anton Staudinger, *Zur „Österreich“-Ideologie des Ständestaates*, in: *Das Juliabkommen von 1936*, Wien 1977, S. 198–240.

<sup>15</sup>) Francis L. Carsten, *Faschismus in Österreich*, München 1977; Bruce F. Pauley, *Hitler and the Forgotten Nazis*, Chapel Hill, N. C., 1981; Evan B. Bukey, *Hitler's Home Town*, Bloomington 1986.

<sup>16</sup>) Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, Wien 1981; Sebastian Meissl u. a. (Hrsg.), *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne*, Wien 1986.

<sup>17</sup>) Peter Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914*, Gütersloh 1966; John Bunzl/Bernd Marin, *Antisemitismus in Österreich*, Innsbruck 1983; Hilde Weiss, *Antisemitische Vorurteile in Österreich*, Wien 1986<sup>2</sup>.

Generäle, Offiziere und einfache Soldaten<sup>18)</sup>. Einerseits geschah dies deswegen, weil das österreichische Gebiet geographisch am nächsten zu Südosteuropa lag und die Österreicher schon in der Habsburger Monarchie diese Region Europas als halbkolonialen Hinterhof betrachtet hatten, andererseits, weil sie häufig noch südslawische Sprachen beherrschten und Hitler der nicht ganz falschen Meinung war, die Österreicher könnten als „geborene Diplomaten“ besonders gut mit den verschiedenen Völkern dieses Raumes umgehen. Österreicher waren daher oft auch in SS- und Wehrmachtseinheiten tätig, die den „Partisanenkampf“ auf den geringsten Verdacht hin gegen die Zivilbevölkerung „mit den allerbrutalsten Mitteln“ führten und berechtigt waren, „in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden“, auch wenn das Ausrotten und Niederbrennen von Dörfern und Kleinstädten, das „Aussiedeln“ ganzer Regionen auf eine andere „Endlösung“ hinauslief, auf einen Vernichtungskrieg und möglicherweise auf eine systematische Verringerung der slawischen Völker um 30 Millionen (!), um so deutschen „Lebensraum“ zu schaffen.

Gerade diese Aspekte der NS-Herrschaft in Österreich, die hier ebensowenig bloß eine der Bevölke-

rung von oben her — von verbrecherischen Eliten, von einer fanatischen Führerclique, von einem allmächtigen Diktator — auferlegte Diktatur war wie in Deutschland, sind in Gefahr, in symbolisch aufgeladenen Situationen, wie sie im „Bedenkjahr 1988“ bestehen, unterzugehen. Einerseits, weil die österreichische Gegenwart strukturell und personell die schwere Last ihrer NS-Vergangenheit kaum wirklich ehrlich und selbstkritisch aufgearbeitet hat; andererseits, weil von ausländischer (auch von deutscher) Seite, an sich zu Recht, dennoch auch oft unaufrichtig und in selbstgefälliger Weise, gerade auf diese wunden Punkte des heutigen dominierenden österreichischen Selbstverständnisses der Zeigefinger gelegt wird; und ferner, weil diese externe Kritik intern Abwehr gegen die als einseitig und ungerecht empfundenen Vorwürfe hervorruft und verstärkten Integrationsdruck oder Ausgrenzungstendenzen gegenüber selbstkritischen österreichischen Literaten, Journalisten und Wissenschaftlern bewirkt<sup>19)</sup>.

Ohne diese grundsätzlichen Zusammenhänge von Österreich und Nationalsozialismus festgestellt zu haben, wäre es nicht möglich, einige konkrete Problemfelder des „Anschlusses“, wie im folgenden versucht, zu skizzieren.

## II. Anschluß: Okkupation oder NS-Erhebung?

Lange Zeit, insbesondere in den fünfziger Jahren, wurde in Österreich eine heftige Diskussion darüber geführt, ob der „Anschluß“ eine „Okkupation“ oder eine „Annexion“ gewesen sei<sup>20)</sup>. Im Hintergrund standen dabei grundsätzliche Meinungsunterschiede von SPÖ und ÖVP über die Kirchen- und Vatikanpolitik. Während die Sozialisten der Meinung waren, das vom autoritär-, klerikalfaschistischen „Staat Dollfuß“ 1934 abgeschlossene Konkordat sei ebenso wie die „ständische Verfassung“ durch eine Annexion Österreichs, dessen Verschwinden als Völkerrechtssubjekt und schließ-

liche Neubegründung 1945 erloschen, versuchten die Katholische Kirche und die ÖVP aus der These einer „bloßen Okkupation“ Kontinuitätslinien abzuleiten, die der Kirche die Erlangung einer ähnlich starken Position in der Zweiten Republik wie im „Ständestaat“ erleichtert hätte<sup>21)</sup>. Beide Positionen, die mit dem Abschluß eines inhaltlichen Kompromisses 1960 und der Anerkennung der Okkupations-Theorie auch durch die Sozialisten viel von ihrer Brisanz verloren, gingen von der Annahme aus, Österreich sei ganz eindeutig ein Opfer einer ausländischen militärischen Invasion seitens Nazi-Deutschlands geworden. Dementsprechend hartnäckig erweist sich, angeheizt von aktuellen politischen Rechtfertigungsbedürfnissen, in einem ähnlichen politischen Milieu auch heute der „Opfermythos“.

Dennoch begann sich allmählich unter den empirisch arbeitenden Historikern, insbesondere unter der jüngeren Generation, die Auffassung durchzusetzen, daß der „Anschluß“ 1938 ein mindestens gleichermaßen aus innerösterreichischen Ursachensträngen ableitbares wie von außen hereingebrochenenes Geschehen darstellt. Wohl überpointiert hat

<sup>18)</sup> Walter Manoschek/Hans Safrian, Österreicher in der Wehrmacht, in: Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Emmerich Talos (Hrsg.), Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1988, S. 331–360.

<sup>19)</sup> Siehe etwa die eindeutigen Aufforderungen in Leitartikeln in „Die Presse“ 1986 und 1987 und allgemein die kritischen Stellungnahmen von österreichischen Schriftstellern zur aktuellen Politik in Österreich, vor allem in „Die Zeit“, 1986 und 1987; Josef Haslinger, Politik der Gefühle, Darmstadt 1987; Erich Fried, Nicht verdrängen, nicht gewöhnen, Wien 1987; vgl. auch den Fall Robert Knight, in: Gerhard Botz, Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Frankfurt 1987, S. 141–152.

<sup>20)</sup> H. Neuhold/W. Hummer/Ch. Schreuer (Anm. 9), Bd. 1, S. 416 ff.

<sup>21)</sup> Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945–1955, Wien 1967, S. 220 ff.; Erika Weinzierl, Die katholische Kirche, in: E. Weinzierl/K. Skalník (Anm. 9), Bd. 2, S. 285–319.

in jüngster Zeit Erwin Schmidl meine 1978 entwickelten Thesen vom „ambivalenten Anschluß“ und vom „Anschluß“ als dreifacher Machtübernahme<sup>22)</sup> zur Grundlage einer militärgeschichtlichen Studie gemacht<sup>23)</sup>. Demnach stellt sich der „Anschluß“ als dreifacher Prozeß dar: als eine pseudorevolutionäre Machtübernahme von unten, als eine schein-legale Machtübernahme von oben und als eine übermächtige Intervention von außen.

1. Nach einigen Wochen der wachsenden „nationalen“ Gärung und Unruhe, die zuletzt vor allem in der Steiermark zu einer weitgehenden Paralyse des Staatsapparats und zu einer Art Doppelherrschaft geführt hatte, begann am 11. März 1938 in den meisten Landeshauptstädten und schließlich in Wien eine Art „Erhebung“ der österreichischen Nationalsozialisten und ihrer Anhänger. Welche Rolle dabei klare Weisungen der NS-Führer in Deutschland und Österreich spielten, ist im einzelnen nicht abzuschätzen. Solche Weisungen gab es jedenfalls. Angesichts des massiven außenpolitischen Drucks und der Drohung eines deutschen Einmärsches<sup>24)</sup>, aber auch angesichts der starken Traditionen großdeutschen Denkens und des Anschluß-Wunsches in Österreich mußte jeder Einsatz des Staatsapparats gegen die tumultösen, aber im wesentlichen gewaltfreien und unbewaffneten Massendemonstrationen der einheimischen Nazis aussichtslos oder geradezu beschleunigend wirken. Dazu kam, daß es dem autoritären Regime Schuschniggs auch in letzter Minute nicht gelang, seine schmale politische Basis (durch Verhandlungen mit der 1933/34 verbotenen sozialistischen und kommunistischen Opposition) zu erweitern, daß vielmehr österreichische Nationalsozialisten den „Ständestaat“ unterwandert und zu dessen Lähmung von innen her beigetragen hatten. Auch wenn die Ereignisse von unten her in den folgenden Tagen eine starke Eigendynamik erkennen ließen – von einem „Aufstand“ der illegalen Nationalsozialisten im eigentlichen Sinne kann, abgesehen von der Steiermark und insbesondere von Graz, nur in einem sehr eingeschränkten Sinn gesprochen werden.

<sup>22)</sup> Siehe meine zit. Studien (Anm. 1), und: Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, Wien 1980<sup>2</sup> (hier auch weitere Quellenangaben zum Folgenden).

<sup>23)</sup> Erwin A. Schmidl, März 38, Wien 1987; vgl. auch Hanns Haas, Der Anschluß, in: E. Hanisch/W. Neugebauer/E. Talos (Anm. 18), S. 1–24.

<sup>24)</sup> Siehe hierzu und zur Vorgeschichte vor allem: Ulrich Eichstädt, Von Dollfuß zu Hitler, Wiesbaden 1955; Jürgen Gehl, Austria, Germany and the Anschluss 1931–1938, London 1963; Dieter Ross, Hitler und Dollfuß, Hamburg 1966; Kurt Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler, Wien 1969; Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich, Wien 1978; Anschluß 1938, Wien 1981; Karl Stuhlpfarrer/Leopold Steurer, Die Ossa in Österreich, in: Vom Justizpalast zum Helldenzplatz, Wien 1975, S. 35–64.

Die von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der dreißiger Jahre angefachte pseudo-revolutionäre Energie der klassengreifenden NS-Anhänger – überwiegend junger Leute und Angehöriger des „neuen Mittelstandes“, des Bildungsbürgertums und des „alten“ Kleinbürgertums (Gewerbebetreibende, Händler und Bauern)<sup>25)</sup> – äußerte sich allerdings in relativ „spontanen“, häufig von den lokalen NS-Führern inszenierten Aktionen gegen Einrichtungen des alten Regimes, gegen das Eigentum politischer Gegner sowie in Eingriffen in die staatlichen Verwaltungsstellen und Wirtschaftsbetriebe. Dabei waren meist nur Drohungen notwendig, um das kurzfristige Ziel, Entlassung mißliebiger Personen, Auszahlung von Sonderzulagen oder Übergabe von Büroräumen etc., zu erreichen. Sachbeschädigungen von nichtjüdischem Eigentum und handgreifliche Auseinandersetzungen mit „Ariern“ waren selten.

Mit ganzer Wucht aber entlud sich die soziale Unzufriedenheit, die durch das in Österreich immer lebendige Potential von Antisemitismus ihre Zielrichtung erhielt, vor allem in Wien gegen die Juden<sup>26)</sup>. Anfangs wurde die brutale Beraubung, Beschimpfung, tätliche Demütigung und Verhaftung von Juden von den neuen Machthabern als ein Sicherheitsventil für unkontrollierte „Umsturz“-Tendenzen geradezu gefördert. Der pogromartige Zustand dauerte daher auch noch an, als die übrigen Übergriffe schon weitgehend eingedämmt waren.

2. Hätte es keine anderen Kräfte der politischen Umgestaltung nach dem 11. März gegeben, Österreich wäre wohl monatelang in wirtschaftlichem und verwaltungsmäßigem Chaos versunken. Doch nicht nur wegen des steuernden Eingreifens deutscher Zentralen kam es nicht dazu. Denn aufgrund ihrer Vorgeschichte konnte die Machtübernahme auch von innen her erfolgen, von jenen Positionen aus, in die die Nationalsozialisten während der Endphase des selbständigen Österreich teils illegal, teils legal eingedrungen waren. Wie es am 11. März schon in der Regierung Schuschnigg mit Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau nationalsozialistische Stützpunkte gab, so waren wichtige Schaltstellen in den Behörden, in der Wirtschaft, im Presse- und Bildungswesen, in der „Kultur“ schon unter nationalsozialistischen Einfluß geraten. Daß es die unter

<sup>25)</sup> Siehe Gerhard Botz, Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904–1945), in: Isabella Ackerl/Walter Hummelberger/Hans Mommsen (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich, Bd. 2, Wien 1981, S. 163–193; ders., Austria, in: Detlef Mühlberger, The Social Basis of European Fascist Movements, London 1987, S. 242–280.

<sup>26)</sup> Vgl. Carl Zuckmayer, „Als wär's ein Stück von mir“, Frankfurt 1966, S. 57 ff.; Dieter Wagner/Gerhard Tomkowitz, Ein Volk, ein Reich, ein Führer, München 1968; G. E. R. Gedy, Die Bastionen fielen, Wien 1938, Wien 1947, Wien 1978 (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, 2).



eng formalen Gesichtspunkten „legal“ an die Macht gekommene NS-Bundesregierung schon gab und die „Erhebung von unten“ schon angefangen hatte, als der deutsche Einmarsch begann, muß als ein entscheidender Faktor bei der Einschätzung des Ereignisablaufes in der ersten Woche angesehen werden.

Den Anschein von Legalität vor der internationalen und der nationalen Öffentlichkeit zu wahren war ein vordringliches Ziel nationalsozialistischer Politik. Was unter demokratischen Verhältnissen weit schwieriger gewesen wäre, erleichterte die bestehende, schon stark am Führerprinzip ausgerichtete „autoritäre“ Verfassung von 1934. Und da die gesamtösterreichische Führungsspitze mit Seyß-Inquart gleich zu Beginn nationalsozialistisch geworden war, stand einer von dort hierarchisch ausstrahlenden „legalen“ Umgestaltung der politischen Verhältnisse nichts mehr im Wege. Dasselbe vollzog sich bei der Einsetzung und Bestätigung nationalsozialistischer Landeshauptmänner und Bürgermeister in den Landes- und Gemeindeverwaltungen, die ebenfalls der formellen Bestätigung durch Seyß-Inquart sicher sein konnten.

Da die meisten NS-Führer von Anfang an erkannten, daß sie auf das reibungslose Funktionieren des Großteils der vorhandenen Bürokratien im öffentlichen Bereich und auch in der privaten und öffentlichen Wirtschaft angewiesen waren, nahmen NS-Führer wie Seyß-Inquart die Beamten vor allzu heftigen Angriffen nationalsozialistischer Fanatiker und Postenjäger in Schutz, wenn diese Beamten auch nur halbwegs tragbar waren und den Anschein von Loyalität erweckten, was wiederum nicht schwer war. Nur den allerhöchsten „ständestaatlichen“ Amtsträgern und den Juden gegenüber gab es keinen Pardon.

Aber dieses Bündnis der neuen österreichischen Führungsschicht mit der traditionellen Beamenschaft war nicht nur eine Zweckverbindung. Es hatte auch einen gemeinsamen sozialen und ideologischen Hintergrund. Denn wie die meisten Mitglieder der Regierung Seyß-Inquart kamen diese neuen Führer überwiegend aus dem „gehobenen Mittelstand“. Höhere Beamte, freiberufliche Akademiker und Wirtschaftsmanager waren für sie typische Berufe. Ein unter ihnen stark vertretenes Laufbahnmuster, das vom Deutschnationalismus über die „nationale“ Richtung der Heimwehr in die NSDAP, besonders in die SS, verlief, war für viele von ihnen charakteristisch. Ideologisch waren sie daher mehr oder weniger einem gerade in der Beamenschaft und bei Freiberuflern besonders starken Deutschnationalismus verpflichtet; selbst über den Kreis der Deutschnationalen und Nazis hinaus spielten „gesamtdeutsche“ Reichsvorstellungen, auch wenn sie katholisch-antnazistisch geprägt waren, eine ausschlaggebende Rolle. Dasselbe gilt

auch auf andere Weise für die Funktionäre der nun allerdings vollends ausgeschalteten Arbeiterbewegung.

So wurde der 11. März 1938 zur Stunde der „Bont-Nationalen“ und „Katholisch-Nationalen“, wie Adam Wandruszka je nach dem Anteil des Deutschnationalismus bzw. katholischen Konservatismus in ihren Vorstellungen die „Brückenbauer“ zum Nationalsozialismus nennt<sup>27</sup>). Selbst „alte Kämpfer“ und „Illegale“ unter den österreichischen Nazis waren durch einen mehr oder weniger deutlichen katholisch-konservativen, österreichisch-separatistischen und antipreußisch-antideutschen Grundzug gekennzeichnet. Auch wenn die „Katholisch-Nationalen“ in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich eine wichtige Rolle spielten, ging die Entwicklung im Laufe schon eines Jahres zugunsten der radikalen Nationalsozialisten über sie hinweg. Der Grund dafür lag in der dritten, letztlich entscheidenden Komponente der Machtübernahme, in der von unten.

3. Die militärische Okkupation Österreichs ging einher mit einer Invasion deutscher Polizeikräfte, Abgesandter zahlreicher Zentralbehörden des „Reiches“ und Vertreter privater wirtschaftlicher Interessen, wobei jeder in dem schon in den ersten Stunden entbrennenden „Wettlauf nach Wien“ der erste sein wollte. Es ging dabei wohl unmittelbar weniger um persönliche karrieristische Ziele – wenn auch um diese – als um den Ausbau und die Stärkung administrativer, wirtschaftlicher und kultureller Macht. Als Ergebnis wurde Österreich schon in den ersten Wochen auf dreierlei Weise unter „reichsdeutsche“ Kontrolle genommen: Unübersehbar waren sachliche und personalpolitische Einzelmaßnahmen wie „Anforderungen“ von Büro- und Wohnräumen, Dienst- und Sachleistungen verschiedenster Art. Einander widersprechende Anweisungen und personalpolitische Eingriffe der deutschen Emissäre führten dabei zu einem stärkeren Wirrwarr, als es die Übergriffe von unten hervorgerufen hatten.

Wichtig war sodann das Instrumentarium der gesetzgeberischen Normensetzung, das die „Reichsgrundgesetze“ in Österreich einführte und die verfassungsrechtliche Stellung der Bundesländer und Wiens einschneidend betraf. Noch wichtiger war die Etablierung einer immer einflußreicher werdenden Parteiinstanz in der Person des pfälzischen

<sup>27</sup> Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1977, S. 411 ff.; siehe auch: Erika Weinzierl-Fischer, Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus, I–III, in: Wort und Wahrheit, 18 (1963), S. 417–439 und 493–526, und ebd., 20 (1965), S. 777–804; Peter Eppel, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Wien 1980; Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft, Wien 1971.

Gauleiters Josef Bürckel, der von Anfang an alsbeauftragter Hitlers für die Reorganisation der NSDAP und für die Durchführung der „Volksabstimmung“ einen mächtigen Gegenpol zu den staatlichen Stellen der „Ostmark“ und des „Altreichs“ bildete. Konsequenterweise ging nach einigen Wochen daraus das Amt des „Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ hervor, das Bürckel bis 1940 in Österreich umfassende Vollmachten gab.

Die schärfste Form der Gleichschaltung wurde indes in der auch vom „Altreich“ her bekannten Weise von SS und Gestapo ausgeübt. Die dadurch bewirkte Beseitigung der alten politischen Führungsgruppen und die Einschüchterung derer, die nicht von Anschlußbegeisterung erfüllt waren, bereiteten die Grundlage für die anlaufende „Volksabstimmungs“-Propaganda.

In der Verflechtung dieser drei Prozesse wird erst verständlich, wie die NS-Machtübernahme in

Österreich abließ. Hatte der Nationalsozialismus 1933 im Deutschen Reich noch mehrere Wochen, ja Monate benötigt, um alle ernsthaften politischen und gesellschaftlichen Oppositionskräfte zu überwinden, die traditionellen Machteliten, hohe Bürokratie, Militär und private Wirtschaft gleichzuschalten oder sich mit ihnen vollends zu arrangieren, so lief dasselbe in Österreich in wenigen Tagen ab. Wengleich hier eine Zeitlang eine völlig unübersichtliche Lage drohte, so wurde durch den dreifachen Machtergreifungsprozeß im Endeffekt doch um so energischer mit den konservativen einheimischen Machtfaktoren aufgeräumt. Überwogen in den allerersten Tagen die Tendenzen zu einem „Umsturz“ von unten und einer Machtergreifung von österreichischen Führungsstellen aus, so wurde bald das Eingreifen der „Reichsdeutschen“ zur Garantie einer umfassenden Machtübernahme, die in erster Linie eine solche des deutschen Nationalsozialismus war<sup>28)</sup>.

### III. Volksabstimmung: echt, manipuliert oder gefälscht?

Eine andere Frage, die die Betrachter der Geschichte des „März 1938“ entzweit, ist jene nach der Authentizität des 99%igen Ja-Ergebnisses der von Hitler zur plebiszitären Akklamation des „Anschlusses“ angesetzten „Volksabstimmung“ vom 10. April 1938. Während es sich dabei um keinen grundsätzlich anderen Vorgang handelte als im Fall der „Reichstagswahlen“ im „Altreich“, die in der deutschen Historiographie zu keinen wesentlichen Kontroversen geführt haben, ist deren österreichisches Pendant innerhalb Österreichs und noch mehr zwischen österreichischen und deutschen Geschichtsinterpreten äußerst kontrovers. Auf deutscher Seite wird nicht selten mit einer gewissen Häme auf die jubelnden Massen auf dem Wiener Heldenplatz und das noch „99prozentigere“ Abstimmungsergebnis als im „Altreich“ hingewiesen; von österreichischer Seite wird dem empört mit dem Hinweis auf den SS-Terror und auf die Millionen der nicht auf dem Heldenplatz versammelten Österreicher, die still zuhause geweint hätten, geantwortet. Der gemeinsame Ausgangspunkt für beide gegensätzlichen Meinungen dürfte in einer der für Parteiendemokratien typischen Überschätzung des Politischen liegen: entweder in der Vorstellung der Allmacht der politischen Eliten über das „Volk“ und der Totalität der Kontrolle von dessen Meinungen oder in einer etwas naiven Gleich-

setzung von Entscheidungen im Wahlakt mit politischen Meinungen, eingefahrenen Verhaltensweisen und dauerhaften Mentalitäten.

Die Abstimmung vom 10. April 1938 erbrachte mit 99,6 % Ja-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 99,7 Prozent in der Tat ein Ergebnis, das selbst die Erwartungen der nationalsozialistischen Führer übertraf. Wie ist nun dieses Resultat unter dem Aspekt der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik zu erklären?<sup>29)</sup>

Zunächst ist davon auszugehen, daß eine generelle Fälschung des Ergebnisses von oben ebensowenig wie bei anderen Abstimmungen im „Altreich“ nachzuweisen ist. Immerhin verfuhr aber die gänzlich unkontrollierten nationalsozialistischen Wahlbehörden bei der Stimmenauszählung und Zurechnung von Stimmzetteln zu den „Ungültig“- und „Nein“-Stimmen nicht allzu sorgfältig. Auch waren rund 360 000 oder 8 Prozent der über 20jährigen Österreicher überhaupt vom Stimmrecht ausgeschlossen, teils, weil sie jüdische Vorfahren hatten wie die 183 000 Österreicher mosaischen Religionsbekenntnisses und die etwa 120 000 „Rassejuden“ und „jüdischen Mischlinge“, teils, weil sie aus politischen Gründen verhaftet waren oder nicht an der Abstimmung teilnehmen durften. (Allerdings ist auch die Zahl von 76 000 Österreichern, die bereits unmittelbar nach dem „Anschluß“ verhaftet worden seien, eher als Mythos denn als einigermaßen

<sup>28)</sup> Siehe: Harry Slapnicka, Oberösterreich — als es Oberdonau hieß (1938—1945), Linz 1978; Ernst Hanisch, Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, Salzburg 1983; Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938—1945, Graz 1986; G. Botz, Wien (Anm. 22).

<sup>29)</sup> Ausführlicher dazu siehe: Gerhard Botz, Krisenzonen einer Demokratie, Frankfurt 1987, S. 237—248.

exakte Schätzung anzusehen, wie K. R. Stadler<sup>30)</sup> schon 1967 nachgewiesen hat.)

Was jedoch noch stärker zählt, ist die Tatsache, daß es praktisch kein Wahlgeheimnis gab. Durch Flüsterpropaganda verbreitete sich die wohl in vielen Fällen richtige Meinung, das Wahlgeheimnis sei nicht gewahrt und es bestehe eine geheime Kontrolle. Tatsächlich ist solches aus Deutschland und von der Saarabstimmung vielfach belegt. Allein schon das Betreten der Wahlzelle wurde von sehr vielen für bedenklich gehalten, so daß sie außerhalb der Zelle blieben und öffentlich den „Ja“-Kreis auf dem Stimmzettel ankreuzten. In vielen Fällen war auch diese „Freiwilligkeit“ nicht gegeben.

Dennoch hätte dies zur Erzielung des doppelten Effekts der „Volksabstimmung“ — plebiszitäre Akklamation unwiderrufbarer politischer Entscheidungen und politische Massenmobilisierung — nicht ausgereicht. Dazu bedurfte es neben der Einschüchterung durch den massiven Terror von SS und Polizei eines Zusammenspiels verschiedenster Faktoren: breite organisatorische Erfassung aller Nationalsozialisten und ihrer Sympathisanten, Mobilisierung der Bevölkerung durch eine technisch und psychologisch raffinierte Propaganda, symbolische Partizipation und kurzfristig wirksame sozialpolitische Maßnahmen. Nicht zuletzt bedurfte es auch öffentlicher Unterstützungserklärungen aus allen relevanten politisch-sozialen Gruppen. Angesichts so weittragender Veränderungen wie der Aufgabe der Unabhängigkeit des Landes und eines einschneidenden politischen Systemwandels hätten ein bloßes Schweigen der hierarchischen Spitze bei den Gläubigen der dominanten Religion und eine vollständige verbale Zurückhaltung der ehemaligen politischen Führer des Austromarxismus bei der überwiegend noch sozialdemokratisch eingestellten Arbeiterschaft als Ausdruck von Nicht-Zustimmung aufgefaßt werden können. Die maßgebenden NS-Führer bemühten sich daher intensiv, propagandistisch wirksame Zustimmungserklärungen angesehener Vertreter aller halbwegs wichtigen politisch-sozialen und weltanschaulichen Gruppen zu erlangen.

Mit Loyalitätserklärungen von Kardinal Innitzer und der Empfehlung des österreichischen Episkopats, am 10. April 1938 mit „Ja“ zu stimmen, gelang Bürckel ein rascher Erfolg, den der Beauftragte Hitlers später nicht einmal mit der Einhaltung gegebener kirchenpolitischer Zusicherungen zu begleiten hatte<sup>31)</sup>.

Noch einfacher scheint den NS-Führern die Erlangung der Zustimmung zum „Anschluß“ von seiten des ersten sozialdemokratischen Staatskanzlers

Karl Renner gemacht worden zu sein. Renners Zustimmungserklärung erforderte offensichtlich kaum mehr als die Erweckung vager Hoffnungen, dadurch das Los politisch und rassisch verfolgter Parteifreunde verbessern zu können. Zwar distanzierte Renner sich in dem Interview, das am 2. April 1938 im „Neuen Wiener Tagblatt“ erschien, anders als der katholische Episkopat, deutlich von den Methoden, mit denen der „Anschluß“ herbeigeführt wurde. Dennoch fiel seine Zustimmung, nur erklärlich aus der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Anschlußideologie, recht überschwänglich aus, indem er den vollzogenen „Anschluß“ als „geschichtliche Tatsache“ hinnahm und erklärte, „und diese (Tatsache) betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles. Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutsch-österreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte.“<sup>32)</sup>

Renner leistete damit einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der NS-Herrschaft. Dieser politische Fehler wurde auch dadurch nicht gemindert, daß sich auch andere ehemals führende sozialdemokratische Funktionäre im Exil — wie etwa Otto Bauer und Friedrich Adler — dafür aussprachen, den nun einmal vom Nationalsozialismus erzwungenen „Anschluß“ im Sinne einer Voraussetzung für die erhoffte gesamtdeutsche soziale Revolution nicht mehr rückgängig zu machen<sup>33)</sup>.

Allein durch diese beiden Zustimmungserklärungen war dem Nationalsozialismus ein abstimmungsgemäßes Wohlverhalten von etwa zwei Dritteln der österreichischen Bevölkerung sicher. Das „nationale Lager“ war ohnehin entweder direkt nationalsozialistisch geworden oder es trat aus Tradition für den „Anschluß“ ein. Die ebenso reibungslose Erlangung von öffentlichen „Huldigungen“ der Repräsentanten anderer Gruppen wie der nichtkatholischen Kirchen, der Wiener Tschechen, der Kärntner Slowenen, prominenter Träger von Wissenschaft und Kultur war demgegenüber nur noch eine Art flankierender Maßnahme.

Wie problematisch insgesamt das Ergebnis des Plebiszits war, geht aus dem Umstand hervor, daß einige kleine Bauerngemeinden in Tirol, zu denen die Kunde von dem Umschwung nicht gedrungen war, die von Schuschnigg für den 13. März angesetzte und dann abgesagte Volksbefragung doch durchgeführt und zu 100 % gegen den „Anschluß“

<sup>30)</sup> Karl R. Stadler, Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1967, S. 27 ff.

<sup>31)</sup> Viktor Reimann, Innitzer, Wien 1967; Maximilian Liebmann, Kardinal Innitzer und der Anschluß, Graz 1982.

<sup>32)</sup> Zit. nach: Jacques Hannak, Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965, S. 650 f.

<sup>33)</sup> Vgl. Helmut Konrad (Hrsg.): Sozialdemokratie und „Anschluß“, Wien 1978; Ernst Panzenböck, Ein deutscher Traum, Wien 1985.

gestimmt hatten, dann aber am 10. April mit demselben Stimmenverhältnis den „Anschluß“ bekräftigten.

Abschließend erhebt sich daher die immer nur spekulativ zu beantwortende Frage, wieviele der Ja-Stimmen auf die wirklich überzeugten Anhänger Hitlers und des „Anschlusses“ entfielen. Dazu liegen nur vage Schätzungen über den Stand vor dem „Anschluß“ vor. In einer für die NS-Ideologie überdurchschnittlich stark anfälligen sozialen Gruppe, der Beamtenschaft, waren nach Schätzungen der Gestapo in Tirol 35 bis 40 % offene oder verdeckte Gegner, 45 % Nationalsozialisten und 10 bis 20 %

Mitläufer<sup>34</sup>). Insgesamt hatten die „ständestaatlichen“ Behörden die Zahl der nationalsozialistischen Aktivisten auf um 80 000 geschätzt, wohingegen die NSDAP nach dem „Anschluß“ in Österreich rund 200 000 „alte Kämpfer“ und „Illegale“, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auch „Märzveilchen“ (Opportunisten), feststellte. Schuschnigg rechnete bei seiner für den 13. März geplanten, zweifelsohne ebenfalls nicht korrekten Volksbefragung mit einer „verläßlichen Mehrheit von 65 bis 75 Prozent“<sup>35</sup>). Somit wäre in der gegebenen Situation mit nur 25 bis 35 Prozent echten und unbedingten „Anschluß“-Begeisterten, ein großer Teil davon Nationalsozialisten, zu rechnen gewesen.

#### IV. Die Einstellung der Bevölkerung zum „Anschluß“: pro oder kontra

Bei einer Erörterung der Zustimmung der österreichischen Bevölkerung eher zum „Anschluß“, weniger zum Nationalsozialismus ist des weiteren hervorzuheben, daß es dem Nationalsozialismus innerhalb weniger Tage oder doch Wochen gelungen ist, ein wirklich überwältigendes Bild der allgemeinen Zustimmung hervorzurufen. Für das heutige Österreichverständnis geradezu beschämend sind die zahlreichen in- und ausländischen Berichte von dem „Begeisterungsturm“ auf Straßen und in Kundgebungen. Was vielleicht noch mehr zählt, ist die Tatsache, daß es kein einziges der historischen Forschung bekannt gewordenen Photo gibt, auf dem die Spalier stehenden Zuschauer auch nur annähernd jene schmerzverzerrten Gesichter zeigen wie die tschechische Bevölkerung beim Einmarsch Hitlers in Prag. Diesen Umstand einfach auf die Manipulation der Pressephotographen und die Kontrolle der Meinungsäußerung zurückzuführen, wie dies gerade wieder in jüngster Zeit nicht selten geschieht, ist geschichtswissenschaftlich schlichtweg unseriös. Jede private Photosammlung aus dieser Zeit dürfte das offizielle Bildmaterial bestätigen. Sicher waren es nicht alle Österreicher, die sich bis zur Hysterie begeistert zeigten. Nachweislich waren viele von den Vorgängen Mitte März 1938 distanziert und beunruhigt. Doch die überwiegende Mehrheit der Österreicher – so muß man bekennen – nahm den „Anschluß“, wenn nicht offen zustimmend, so doch mindestens passiv abwartend hin. Das heißt nicht, daß sie auch dem Nationalsozialismus in jeder seiner Dimensionen zugestimmt hätten.

Die eigentliche Frage der österreichischen Historiographie zur Zeit nach dem 11. März 1938 hat daher

<sup>34</sup>) Gerechtigkeit für Österreich! Rot-weiß-rot-Buch, Wien 1946, S. 81 f.

<sup>35</sup>) K. Schuschnigg (Anm. 24), S. 313.

zu lauten: Warum gab es so wenig gezeigten Protestwillen und so wenige registrierbare Widerstandshandlungen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, abgesehen nur von einer verschwindenden Minderheit kommunistischer, sozialistischer und katholisch-konservativer Aktivisten? Natürlich waren die antinationalsozialistischen Organisationen auf einen Widerstand gegen einen Unterdrückungsapparat wie den des Nationalsozialismus nicht genügend vorbereitet. Natürlich waren diese Organisationen vollauf beschäftigt, ihre gefährdeten Mitglieder in Sicherheit zu bringen. Doch die Tatsache eines fehlenden bereiten Widerstands bleibt bestehen und ist ohne die Berücksichtigung einer Reihe von z. T. schon aufgezählten Faktoren nicht erklärbar. Diese Faktoren sind:

– der tatsächlich perfekt von oben her organisierte Terror und zugleich das Aufbrechen eines nationalsozialistischen Terrors von unten aus den Kreisen der einheimischen Nationalsozialisten und Mitläufer;

– die in der ganzen Ersten Republik nahezu allumfassende Anschlußideologie und Orientierung des Nationalbewußtseins auf Deutschland hin – eine Orientierung, die so selbstverständlich war, daß sich selbst die Österreichideologie des „Ständestaates“ ihr nicht zu entziehen vermochte;

– damit zusammenhängend das vor allem im Bürgertum verbreitete Bedürfnis nach Wiederherstellung imperialer Großmachtstellung, in der diese Schichten ihre gesellschaftlich (relativ) bedrängte Stellung außenpolitisch zu kompensieren suchten (Reichsmythos);

– die insbesondere in Westösterreich verbreitete Erleichterung, daß eine kriegerische Auseinandersetzung, die weite Teile des Landes zum Kriegsschauplatz gemacht hätte, vermieden wurde;

— die Erleichterung auf seiten der ehemals sozialdemokratischen Arbeiterschaft über eine Beseitigung des autoritären „Ständestaates“, der als diktatorisches Regime per se gar nicht imstande sein konnte, dieses ausgeschlossene Drittel der österreichischen Bevölkerung am politisch-sozialen Herrschaftsprozess teilnehmen zu lassen; und schließlich

— vor allem die wirtschaftlichen Erwartungen (nicht schon reale Verbesserungen), die sich mit einem „Anschluß“ Österreichs an Deutschland bei einem oberflächlichen Vergleich beider Länder ergaben: hier eine beinahe noch auf dem Weltwirtschaftskrisen-Niveau stagnierende Wirtschaft mit etwa einer halben Million Arbeitslosen und Ausgesteuerten, dort ein rascher Wirtschaftsaufschwung mit einem deutlichen Arbeitskräftemangel. Daß die deutsche Wirtschaft direkt auf den Zweiten Weltkrieg zusteuerte, war nicht vielen bewußt. Der Verlust der staatlichen Unabhängigkeit und die Vertauschung einer politischen Unfreiheit durch eine andere waren ein vorerst leichtfertig gezahlter Preis.

Gauleiter Bürckel, der die Volksabstimmungskampagne in Österreich leitete, war sich durchaus im klaren darüber, daß die „augenblickliche Massenbegeisterung . . . nicht überschätzt werden“ dürfe<sup>36)</sup>. Er und andere NS-Führer in Österreich gingen immer davon aus, daß die bisher katholisch-konservativ eingestellten sozialen Gruppen, vor allem die Bevölkerung der Agrargebiete und das

Großbürgertum sowie die ehemals sozialdemokratische und kommunistische Arbeiterschaft, im Grunde nicht ihre bisherige politische Überzeugung aufgegeben hätten, wenngleich sie mit „Ja“ gestimmt hatten.

Die Antwort auf die hier gestellte Frage soll daher weder im Sinne des einen noch des anderen Extrems gegeben werden. Die zweifelsohne weit verbreitete Anschlußbegeisterung der Österreicher im März und April 1938 entsprach in vielem der augenblicklichen Situation; sie war sicher nicht annähernd so hoch, wie die Abstimmungsergebnisse suggerieren. Doch sollten Terror und Meinungsmanipulation nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei um einen Aufbruch echter nationaler Begeisterung in jenem Sinne, wie sich der Großteil der Österreicher der Zwischenkriegszeit national verstand, handelte. Die machtpolitische Zukunft des Dritten Reiches war trotz aller Ankündigungen des NSDAP-Programms und der Parteiführer schließlich noch offen; viele seiner außen- und innenpolitischen Ziele deckten sich mit den ohnehin bodenständigen autoritären Denkstrukturen und korporatistischen institutionellen Traditionen, und das Los der verfolgten Minderheiten — Juden, Zigeuner, Slawen, politische Gegner — berührte nur wenige. Die Anpassung der Österreicher im Jahre 1938 auf puren Opportunismus zurückzuführen, griffe zu kurz. Sie waren durchaus in ihrer Mehrheit bereit, im „Großdeutschen Reich“ ihre „Pflicht“ zu erfüllen.

## V. Wirtschaftlich-soziale Bilanz: Ausbeutung oder Gewinn?

Eine andere Streitfrage im Zusammenhang mit dem „Anschluß“ ist die Einschätzung seiner gesellschaftlichen, insbesondere sozialpolitischen und wirtschaftlichen Folgen. Es war zunächst eine auch vom Ausland nicht hinterfragte Annahme aller nicht-nazistischen und nicht-NS-freundlichen Interpretationslinien, die „Okkupation“ des Landes mit schärfster wirtschaftlicher Ausbeutung, mit Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft (vor allem in der „austromarxistischen“ Interpretation) und den Negativerscheinungen des Weltkriegs gleichzusetzen<sup>37)</sup> und positive Kurzfristeffekte sowie Strukturveränderungen, verstanden im Sinne

des wirtschaftspolitischen Konsenses der Zweiten Republik bis in die frühen achtziger Jahre, nicht gelten zu lassen. Allerdings ergaben sich aus der österreichischen Situation in den siebziger Jahren differenziertere Interpretationsmöglichkeiten: Die „Anschlußidee“ war zu einem großen Teil überwunden, ein nicht weniger als in der Bundesrepublik Deutschland beeindruckendes „Wirtschaftswunder“ hatte das österreichische Selbstbewußtsein dem deutschen Nachbarn gegenüber und international in der Ära Kreisky gewaltig gehoben, und es bestanden auch keine offenen vermögensrechtlichen Fragen mit Nachbarstaaten mehr. So konnten Ende der siebziger Jahre auf der Grundlage eines erstmals nicht mehr latent „paranazistischen“ oder kämpferisch antinazistischen Selbstverständnisses auch die positiven Effekte des „Anschlusses“ thematisiert und in den Kontext des NS-Regimes gestellt werden. Zunächst seien solche „ambivalente“ Aspekte am Beispiel der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Folgen der Integration Österreichs

<sup>36)</sup> Zit. nach G. Botz (Anm. 1), S. 97 f.

<sup>37)</sup> Siehe etwa: Felix Romanik, *Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933–1945*, Wien 1957; Norbert Schausberger, *Rüstung in Österreich 1938–1945*, Wien 1970; Hans Hautmann/Rudolf Kropf, *Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945*, 3. Aufl., Wien 1976.

in das nationalsozialistische Deutschland skizziert<sup>38)</sup>.

Daß 1938 in aller Massivität eine Ausbeutung von Österreichs wertvollen, zum Teil noch ungenutzten wirtschaftlichen Ressourcen im Interesse des „Großdeutschen Reiches“ einsetzte, empfand die breite Mehrheit der Österreicher zunächst nicht als negativ, stellte sich dieser Vorgang doch als die erhoffte Belebung der infolge der deflationistischen Wirtschaftspolitik des „Ständestaates“ immer noch darniederliegenden Wirtschaft dar. Nicht nur das gesamte staatliche Eigentum — gewaltige Devisen- und Goldreserven, Grundbesitz, Bundesforste, Eisenbahnen, Monopolbetriebe, Kunstschätze etc. — ging mit dem Ende Österreichs auf das Dritte Reich über. Auch die industriellen und finanziellen Großunternehmen gerieten in einem noch größeren Ausmaß in deutsche Hände, als es in der Ersten Republik schon geschehen war. Der Reichtum Österreichs an Eisenerz, Magnesit, Erdöl, Holz, elektrischer Energie usw. war für die unter Rohstoffknappheit leidende deutsche Rüstungswirtschaft ein dringend benötigtes Erfordernis für die weitere Expansion. Noch wertvoller war das unausgeschöpfte Potential Österreichs an menschlicher Arbeitskraft und Fertigkeit, das vom nationalsozialistischen Deutschland zuerst in die Wirtschaft geleitet, dann im Kriegseinsatz verheizt wurde. Die meisten Sparten der österreichischen Volkswirtschaft erwarteten sich vom „Anschluß“ einen fühlbaren Aufschwung.

In der Tat kam es auch 1938/39 zu einem Wirtschaftsboom ersten Ranges und zu einer Art Gründungsfeber in allen direkt und indirekt rüstungsabhängigen Sparten. Großprojekte der Schwer- und Metallindustrie, der chemischen Industrie und der Energieerzeugung wurden im Interesse der deutschen Wirtschaft bevorzugt vorangetrieben. Die Landwirtschaft erhielt produktions- und organisationstechnische Impulse zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit. Ihre drückende Verschuldung wurde nicht durch eine Entschuldung, wohl aber durch eine Umschuldung auf längere Zahlungsziele hin gemildert. Doch die mit der Erzeugung von Gütern des kurz- und langfristigen privaten Bedarfs befaßten Wirtschaftszweige, aber auch manche traditionelle Exportgüterindustrien profitierten von dem einseitigen Boom nur noch wenig. Und als die erste stürmische Expansionsperiode vorüber war, stellten viele österreichische Unternehmer und noch mehr nationalsozialistische Parteigänger, die

ihr Wunsch zum Wiederaufstieg in die Klasse der besitzenden Kleinbürger politisch motiviert hatte, enttäuscht fest, daß sich die deutschen Konzerne die meisten der einträglichen Betriebe gesichert und ihr Führungspersonal dort untergebracht hatten, daß auch die „Arisierung“ genannte Beraubung der österreichischen Juden nicht dem „Mittelstand“, sondern in erster Linie der großen Wirtschaft genützt hatte — ein Faktor, der innerhalb der österreichischen NSDAP eine steigende Ablehnung der „reichsdeutschen“ Parteigenossen, wenn gleich nicht des Nationalsozialismus überhaupt, hervorrief.

Schon 1940/41 zeigte sich, daß vor allem der Osten Österreichs im Vergleich zu den westlichen Regionen und dem „Altreich“ immer weiter zurückblieb, so daß führende Nationalsozialisten in Wien und Berlin ein (niemals realisiertes) Programm zur Abwendung einer wirtschaftlichen (und politisch-psychologischen) Krise in der „Ostmark“ entwerfen mußten. Der später auch auf Österreich übergreifende Luftkrieg mit seinen Menschenopfern und materiellen Zerstörungen stürzte schließlich ab 1943 das Land in ein Chaos. Dennoch verschwanden viele der eingetretenen strukturellen Veränderungen nicht mehr, und die Zweite Republik konnte vielfach — trotz aller kriegsbedingten Rückschläge — daran anschließen, ja, die Wirtschaftsstruktur Österreichs trägt, im guten wie im schlechten, bis in die Gegenwart hinein die Züge des „Anschluß“-Erbes. Überhaupt erfuhr Österreich in vielen Sektoren eine beschleunigte gesellschaftliche Modernisierung<sup>39)</sup>, eine tendenzielle „Entprovinzialisierung der Provinz“<sup>40)</sup> und Reduktion seiner regionalen Disparitäten zwischen Ost und West bzw. Wien und den „Ländern“, eine Westorientierung, die bis heute weiterwirkt.

Ähnlich ambivalent — sich von überwiegend positiven Reaktionen zum stärkeren Hervortreten der Nachteile des „Anschlusses“ wandelnd — verlief auch die Entwicklung auf dem Sektor der Sozialpolitik, insbesondere der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen<sup>41)</sup>.

Es ist überflüssig zu betonen, daß alle diese mindestens zweischneidigen „Errungenschaften“ nur für „Volksgenossen“ galten, während politische Gegner, „Fremdvölkische“ und Juden davon partiell bis total ausgeschlossen waren. Gerade auf Kosten der Juden wurde auch eine in Österreich, und ganz besonders in Wien, gesamtgesellschaftlich ins Gewicht fallende „negative Sozialpolitik“ durchge-

<sup>38)</sup> Siehe dazu ausführlicher: Kurt W. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: Wilhelm Weber (Hrsg.), Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern — heute — morgen, Bd. 1, Berlin 1961, S. 1—158; Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Wien 1978; Hans Kernbauer/Fritz Weber, Österreichs Wirtschaft 1938—1945, in: E. Hanisch u. a. (Anm. 18).

<sup>39)</sup> Siehe vor allem die Beiträge von Klaus-Dieter Mulley, Ernst Hanisch, Brigitte Kepplinger, Stefan Karner und Marlen Seliger in: E. Hanisch u. a. (Anm. 148).

<sup>40)</sup> E. Hanisch (Anm. 28), S. 10 ff.

<sup>41)</sup> Vgl. Emmerich Talos, Staatliche Sozialpolitik in Österreich, Wien 1981.

führt. Diese „negative Sozialpolitik“ bestand darin, daß auf Gebieten, in denen der Nationalsozialismus infolge sozialer Rücksichtnahmen auf Privilegierte oder in Sektoren, wo er infolge seiner Kriegsvorbereitungen nicht einmal in Friedenszeiten eine konstruktive Sozialpolitik durchführen konnte, den „Partei- und Volksgenossen“ oft echte Verbesserungen ihrer Lebenslage nur auf Kosten der verfolgten Minderheiten verschaffte. Dies geschah vor allem in der „Mittelstandspolitik“, die weitgehend mit dem Eigentum der jüdischen Geschäfte und durch sonstige „Arisierungen“ betrieben wurde<sup>42)</sup>. Dasselbe geschah auf dem Gebiet der Wohnraumbeschaffung, wo die Vertreibung und Vernichtung der Juden bis 1942 den Wohnbestand der Wiener „arischen“ Bevölkerung um etwa 10 % bis 15 % vermehrte, um bedeutend mehr als die 64 000 Wohnungen, die eine 15jährige sozialdemokratische Wohnbautätigkeit seit 1918/19 hatte schaffen können<sup>43)</sup>. Und es gab Anzeichen, daß sich diese Art von Sozial- und Wirtschaftspolitik auf Kosten der slawischen Minderheiten, vielleicht auch auf Kosten der Katholischen Kirche nach einem „Endsieg“ fortgesetzt hätte.

All diese Formen nationalsozialistischer pseudo-sozialpolitischer Maßnahmen haben dazu geführt, daß das Regime auch in Österreich nicht bloß auf Terror und propagandistischer Beeinflussung aufgebaut war, sondern sich auf mehr oder weniger

breite Zustimmung oder Duldung verlassen konnte. Doch je mehr für das frühere Heer der Arbeitslosen (600 000) und die lohnabhängige Bevölkerung überhaupt die Beschäftigung und die Wiedererlangung und Verbesserung sozialer Sicherungen zur Selbstverständlichkeit wurden, um so stärker traten die Nachteile der Situation seit dem „Anschluß“ ins Bewußtsein. Noch stärker wirkte es sich aus, als nach wenigen Monaten allgemein erkennbar wurde, daß die von der Propaganda angefachten Erwartungen zur Erlangung wirtschaftlicher und sozialer Vorteile zum Teil in einer in voller Kriegsvorbereitung befindlichen Gesellschaft nicht erfüllbar waren. Daher ließ die Massenzustimmung zu dem nationalsozialistischen „Anschluß“ in Österreich, vor allem im Osten des Landes, schon im Herbst 1938 merklich, mit dem Näherkommen des Krieges beschleunigt nach, um allerdings bei jedem neuerlichen außenpolitischen und militärischen Erfolg wieder zurückzupendeln. Dadurch traten im Laufe des Zweiten Weltkrieges die Elemente der Unterdrückung, aber auch das Moment der chauvinistischen Integration gegenüber äußeren Gegnern in der NS-Herrschaftspraxis immer mehr in den Vordergrund. Partielle wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit, verschärfte politische Verfolgung und erwachende Resistenz stehen dabei in einem untrennbaren Wechselwirkungsverhältnis, in das auch die Auswirkungen der politisch-verwaltungsmäßigen Gleichschaltung hineinspielten.

## VI. Auflösung Österreichs: aufgezwungen oder freiwillig?

Besondere Schwierigkeiten, den komplexen historischen Tatbestand des „Anschlusses“ mit dem dominanten staatlichen (und nationalen) Selbstverständnis des heutigen Österreich zu vereinen, ergeben sich auf dem Sektor der symbolisch aufgeladenen und personalisierten Frage nach Bruch oder Kontinuität des Nach-„Anschluß“-Österreichs mit der Ersten bzw. Zweiten Republik. So wird allzu leicht eine staats- und völkerrechtliche Diskontinuität — im letzteren Fall von der offiziellen Geschichtsinterpretation nicht einmal behauptet, während die Rechtswissenschaft dahin tendiert, von einem „Scheintod“ Österreichs zu sprechen — auf die Gesamtgesellschaft übertragen, in der dieser Tatbestand gerade am wenigsten existierte. Daher auch das besonders markante Auseinanderklaffen zwischen Populärtradition des Geschichtsbewußtseins über die „Anschluß“-Periode und den offiziellen

Lesearten, zwischen den antinazistischen Geschichtsbildern und den (älteren) wissenschaftlichen Darstellungen. „Untergang Österreichs“, „Finis Austriae“, „Tod eines Staates“ sind in diesem Zusammenhang häufig gebrauchte Metaphern, die, wie zu zeigen sein wird, auf der gesamtstaatlichen Betrachtungsebene durchaus in einem hohen Maße, doch nicht einmal hier vollkommen zutreffend sind, geschweige denn auf der regional- und lokalgeschichtlichen Ebene der Politik- und Verwaltungsabläufe<sup>44)</sup>.

Der Begriff des Anschlusses hatte bis 1938 viel vom Charakter einer staatsrechtlichen und politischen Leerformel an sich gehabt, auf die sich die unterschiedlichsten politischen Gruppen und gesellschaftlichen Interessen hätten einigen können, solange nicht konkretisiert wurde, auf welche Weise die Vereinigung Österreichs mit Deutschland die

<sup>42)</sup> Gerhard Botz, Stufen der Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft, in: *Zeitgeschichte*, 14 (1987), 9/10, S. 359–378.

<sup>43)</sup> Ders., *Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938–1945*, Wien 1975; Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung: Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978; Karl Stuhlpfarrer, *Antisemitismus, Rassenpolitik*

und Judenverfolgung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Das österreichische Judentum*, Wien 1974, S. 141–164; Erika Weinzierl, *Zu wenig Gerechte*, Graz 1969.

<sup>44)</sup> Vgl. Robert Stadler/Michael Mooslechner, *St. Johann/PG 1938–1945*, Salzburg 1986.

politischen Machtzentren unterschiedlichster Rangordnung innerhalb des einzugliedernden Landes betraf<sup>45)</sup>. Da politische Machtausübung selbst in einem Willkür- und Maßnahmenstaat wie dem Dritten Reich mindestens zum Teil im Rahmen verfassungsmäßiger Normen und einer geordneten Verwaltung abließ, war die Frage der rechtstechnisch-administrativen Eingliederung, die Entscheidung von Verwaltungsaufbau und administrativer Gebietsabgrenzung, zugleich eine Frage von eminent politischer Bedeutung. An ihr kristallisierten sich binnen kurzem unterschiedliche soziale Interessensrichtungen heraus. Sie waren es auch, die in wechselnden Tendenzen der „Ostmark“-Politik wirksam wurden, je nachdem, welche Gruppierung stärkeres Gewicht erlangte. Hitlers Führerstellung in dem vielfältigen In-, Mit- und Gegeneinander der politisch-sozialen Realität des Dritten Reiches war, wie sich gerade in der „Ostmark“-Politik zeigte, oft nicht mehr als die eines Schiedsrichters oder Beobachters, der sich auf die Seite des voraussichtlich Stärkeren stellte, aber im Fall Österreichs ein hartnäckiges Interesse an personalpolitischen, wirtschaftlichen und stadtplanerischen sowie anderen Details der Politik zeigte.

In zeitlicher Abfolge stellt sich die wechselnde Österreich-Politik des Dritten Reiches als eine ständige, stufenweise Verschärfung dar: Von lockeren Formen der Einbindung des neuen Gebietes in das Deutsche Reich ging die Entwicklung zu immer engeren Integrations- und Gleichschaltungsformen über. Vier solcher Stufen lassen sich unterscheiden:

1. *Stufe*: Eine ganz lockere Form des Zusammenschlusses Österreichs und Deutschlands durch eine Personalunion der Ämter der beiden Staatsoberhäupter in der Person Hitlers<sup>46)</sup>. Ein diesbezüglich bis zum Einmarsch der deutschen Truppen bestehender Plan wurde schon von den Ereignissen überholt, noch bevor er überhaupt verwirklicht werden konnte. Er war auf deutscher Seite nur durch außenpolitische Rücksichtnahme und Bedenken bezüglich der Anschlußbegeisterung der Österreicher motiviert gewesen. Da sich diese Gründe binnen kurzem als nicht stichhaltig erwiesen, hatte die deutsche Staatsführung schon am Abend des 12. März kein Interesse mehr daran. Hitler gab diesen Plan schon auf, während er noch in Linz weilte.

2. *Stufe*: Vollständige staatsrechtliche Vereinigung Österreichs mit Deutschland, wobei Österreich als

Ganzes erhalten bleiben sollte. Diese Lösung wurde durch das „Anschluß“-Gesetz vom 13. März 1938 tatsächlich herbeigeführt und bestimmte in den nächsten vier bis sechs Wochen den Großteil der verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Schritte. Sie ist mit Seyß-Inquart in seiner Stellung als Reichsstatthalter in Österreich aufs engste verknüpft. Diese Lösung hätte zweifellos den Interessen der konservativ-katholischen Richtung im österreichischen Nationalsozialismus und den traditionellen Machtträgern, vor allem den staatlichen Bürokratien und Teilen der ostösterreichischen Exportwirtschaft, am meisten entsprochen.

Doch schon zur Zeit der „Volksabstimmung“ begann man, sich im Stab des Volksabstimmungsbeauftragten Bürckel mit einem neuerlichen Kurswechsel in der „Anschluß“-Politik zu befassen. Nachdem Bürckel am 23. April 1938 die volle staatliche und NS-politische Macht in Österreich durch die Ernennung zum Reichskommissar erlangt hatte, fielen im Mai 1938 die Entscheidungen, die im „Ostmark-Gesetz“ vom 14. April 1939 schließlich verwirklicht wurden, nämlich als

3. *Stufe*, die auf eine Auflösung Österreichs als Ganzes und auf eine separate Eingliederung der einzelnen Bundesländer als „Reichsgaue“ hinauslief (Burgenland und Vorarlberg wurden überhaupt aufgelöst). Diese „Reichsgau“-Lösung verletzte zwar die Interessen jener Gruppen, die die vorhergehende Stufe unterstützt hatten, sie fand jedoch auch in Österreich keinen geringen Rückhalt, vor allem bei den Bundesländer-Nationalsozialisten, bei der nach Deutschland ausgerichteten Wirtschaft und beim Bürger- und Kleinbürgertum der Landeshauptstädte, deren Anti-Wien-Affekt aus der Ersten Republik auch nach der NS-Machtübernahme weiterwirkte. Die Hauptbefürworter der „Reichsgau“-Lösung waren jedoch die zentralen NSDAP-Stellen und die obersten Reichsbehörden in München und Berlin, die an einer möglichst weitgehenden Auslöschung all dessen interessiert waren, was an Österreich erinnern konnte, und die hier ihre eigenen verfassungspolitischen Vorstellungen von einem nationalsozialistischen Reich verwirklichen wollten.

Doch gibt es einige Anhaltspunkte, daß die 3. Anschluß-Stufe nicht auch die endgültige sein sollte. Schon im April und Mai 1938 gab es Bestrebungen von seiten deutscher Machtträger, vor allem des Reichsinnenministers Frick, Bormanns und Reichskommissars Bürckel, auf einer

4. *Stufe* eine noch engere rechtliche und politische Integration Österreichs herbeizuführen. Die „Reichsgaue“ auf österreichischem Gebiet sollten sich nicht einmal mehr an die historischen Bundesländergrenzen anlehnen, sondern nach verwaltungstechnischen Gesichtspunkten völlig neu gebildet werden. Vorarlberg wäre vielleicht zu Schwa-

<sup>45)</sup> Vgl. Radomir Luza, Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, Wien 1977; Gerhard Botz, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich, Wien 1988<sup>3</sup>.

<sup>46)</sup> Vgl. auch: Karl Stuhlpfarrer, Der deutsche Plan einer Währungsunion mit Österreich, in: Anschluß (Anm. 24), S. 271–294; Gerhard Botz, Hitlers Aufenthalt in Linz im März 1938 und der „Anschluß“, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz, Linz 1971.



ben gekommen, Tirol wahrscheinlich zu Bayern, Kärnten und die Steiermark hätten eine Einheit gebildet usw. Politisch hätte dies zweifellos eine totale Brechung jedes historisch verankerten Staats- und Landesbewußtseins bedeutet. Da Hitler eine daraus unvermeidlich resultierende allgemeine Mißstimmung der Österreicher nicht in Kauf nehmen wollte, wurden solche Maximalpläne zurückgestellt. Möglicherweise wären sie aber nach einem, wie man erhoffte, siegreichen Weltkrieg wieder hervorgeholt worden.

Schon die vorletzte Stufe war für Österreich schlimm genug; es wurde in seine historischen Bausteine zerlegt (Reichsgaue Wien, „Niederdonau“, „Oberdonau“, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol) und jeder politischen Eigenständigkeit beraubt. Mit der Liquidation der meisten alten Zentralbe-

hörden in Wien, das auf die Stufe einer zweitrangigen Großstadt herabgedrückt wurde, wurden 1940 auch die Bezeichnungen „Österreich“ und „Ostmark“ eliminiert, da sie der deutschen Staatsführung zu sehr mit historischen Reminiszenzen verknüpft waren. Aber auch die an ihre Stelle tretende Sammelbezeichnung „Reichsgaue der Ostmark“ schien Anfang 1942 so gefährlich zu werden, daß auch ihre Verwendung untersagt wurde und – wenn eine zusammenfassende Bezeichnung ganz unvermeidlich war – nur durch die Neuprägung „Alpen- und Donaureichsgaue“ ersetzt werden durfte<sup>47)</sup>. Und dennoch ist es so, daß diese „Auslöschung“ Österreichs, solange es dem „Heimatgefühl“ und dem „Landesbewußtsein“ nicht widersprach, auch von vielen „Ostmärkern“, insbesondere im Westen und Süden des Landes, hingenommen wurde.

## VII. Überwindung der Anschlußidee: Selbstfindung oder Opportunismus?

Auf der wirtschaftlichen, sozialen und politisch-institutionellen Ebene zeichnete sich im Bewußtsein der Bevölkerung schon im Herbst 1938 ein immer stärker werdendes Hervortreten (und schließliches Überwiegen) der negativen Seiten des Anschlusses ab. Je nach sozialer Klasse und Schicht waren dabei jeweils andere Probleme ausschlaggebend. Teile des österreichischen Großbürgertums und des besitzenden Kleinbürgertums verspürten die Auswirkungen der auf Konzentration ausgerichteten und daher die deutschen Großunternehmen bevorzugenden NS-Wirtschaftspolitik, die auch in der Vergabe des geraubten jüdischen Besitzes zum Tragen kam. Viele Arbeiter fühlten sich in ihren anfänglichen Erwartungen und im Vergleich mit dem „Altreich“ weiterhin lohn-, sozial- und gesellschaftspolitisch enttäuscht. Katholische Kleinbürger und Bauern wurden von dem nach einer Protestdemonstration jugendlicher Katholiken in Wien am 7. Oktober 1938 („Rosenkranzfest“) aufbrechenden offenen Kirchenkampf zurückgestoßen. Die Beamtenschaft und das Bildungsbürgertum fühlten sich durch die politische und kulturelle Zurücksetzung Österreichs in ihrem persönlichen Selbstwertgefühl mitgetroffen. Die „mittelständischen“ Kernschichten des Nationalsozialismus empfanden Unmut über die ausbleibende wirtschaftlich-gesellschaftliche Kompensation für die auf sich genommenen Verfolgungsmaßnahmen des „Ständestaates“ und über die Zurücksetzung inner-

parteilichen (vor allem deutschen) Rivalen gegenüber. Aus diesen verschiedenen Strömen wurde ein allmählich steigendes Potential kollektiver Unzufriedenheit. Erst vor diesem Hintergrund konnte sich ab 1939 bzw. 1941 ein nennenswerter spontaner und organisierter Widerstand kommunistischer, katholisch-konservativer und sozialdemokratischer Gruppen bilden<sup>48)</sup>.

Wie die Begeisterung großer Teile der Bevölkerung im März 1938 über den „Anschluß“ als Zustimmungserklärung zum Nationalsozialismus aufgefaßt werden konnte und jedenfalls zur Stabilisierung von dessen Regierungssystem mit beitrug, so war auch die politisch-gesellschaftliche Ablehnung des Nationalsozialismus untrennbar mit der österreichisch-patriotischen Unzufriedenheit über den „Anschluß“ vermengt. Wie in Wiederaufnahme und Nachholung der Verbindung von nationaler und demokratischer Bewegung des frühen 19. Jahrhunderts begannen im österreichischen Widerstand antifaschistische und separatistisch-nationale Momente zu verschmelzen – eine Entwicklung, die für die Zweite Republik grundlegend werden sollte. Es ist daher kaum möglich, auch im organisierten Widerstand einigermaßen scharf zu trennen, ob die Erweckung eines Österreich-Bewußtseins dem antifaschistischen Kampf oder – umgekehrt – der

<sup>47)</sup> Erich Zöllner, Formen und Wandlungen des Österreichbegriffs, in: *Historica. Studien zum geschichtlichen Denken und Forschen*, Wien 1965; Ludwig Jedlicka, Verfassungs- und Verwaltungsprobleme, 1938–1955, in: *Die Entwicklung der Verfassung Österreichs*, Graz 1963, S. 120–144.

<sup>48)</sup> Siehe vor allem: Radomir Luza, *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*, Wien 1985; Willibald Holzer, *Im Schatten des Faschismus*, Wien 1978; Wolfgang Neugebauer, *Widerstandsforschung in Österreich*, in: I. Ackerl u. a. (Anm. 21), S. 359–376, sowie die Dokumentationen: *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945*, 3 Bde., Wien 1975; dasselbe für Burgenland, Oberösterreich, Tirol, Niederösterreich, Wien 1979 ff.

Antifaschismus der Wiedererlangung österreichischer Unabhängigkeit dienen sollte.

Doch erst die Wende von Stalingrad Anfang 1943, die Veröffentlichung der Moskauer Deklaration der alliierten Außenminister vom 30. Oktober 1943 und der Attentats- und Umsturzversuch Stauffenbergs vom 20. Juli 1944 stimulierten den Gedanken eines wieder selbständigen Österreichs ganz wesentlich. Vor allem die oppositionellen politischen Eliten, nunmehr auch die sozialistischen Aktivisten und Widerstandskämpfer im Inland und in der Emigration, sahen weitgehend übereinstimmend ihr politisches Ziel in die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs. Die Tatsache, daß die „Moskauer Deklaration“ die Nachkriegsbehandlung Österreichs von seinem eigenen Beitrag zur Befreiung abhängig machte, läßt manche Äußerung von Österreich-Separatismus freilich im Lichte opportunistischer Anpassung erscheinen. Wie schon in der vor-nationalistischen Anschlußbewegung wirtschaftliche und politische Zweckmäßigkeitserwägungen oft mehr als Deutschnationalismus gezählt hatten, so wurden solche pragmatischen Beweggründe auch 1943 bzw. 1945 für das Entstehen des österreichischen Nationalbewußtseins wichtig. Als im September 1944 der Gestapochof Ernst Kaltenbrunner einige österreichische Reichsgaue bereiste, stellte er in Wien eine katastrophale politische Stimmungslage fest, die für „gewisse Öster-

richtendenzen“ empfänglich sei und schon „Niederdonau“ und – weniger – auch „Oberdonau“ angekränkt habe. Nur in Salzburg sei noch alles in Ordnung<sup>49)</sup>.

Daß sich diese nationsbildende Bewußtseinsveränderung in Österreich im stillen schon seit langem vorbereitet hatte, geht aus einer Begebenheit in den autobiographischen Notizen Adolf Schärfs hervor. Schärf, bis dahin wie die allermeisten sozialdemokratischen Parteiführer auf eine Bejahung des Anschlusses eingestellt, versicherte zwar einen Abgesandten der deutschen Widerstandsbewegung der lebhaftesten politischen Sympathie, schloß jedoch schon im Frühsommer 1943 die bezeichnenden Worte an: „Der Anschluß ist tot. Die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden.“<sup>50)</sup>

Nichts könnte besser als dieser Ausspruch die Haltung des wachsenden Teils der österreichischen Bevölkerung und insbesondere seiner vor- bzw. nachnazistischen politischen Eliten in der Endphase des Weltkriegs charakterisieren – eine Erfahrung, die mit 372 000 Todesopfern des NS-Regimes (oder 5,6 % der Bevölkerung, darunter 35 000 politische Opfer, 65 000 Opfer rassistischer Ausrottungspolitik und 271 000 Kriegstote) teuer erkauft war, jedoch für die Zweite Republik grundlegend wurde.

## VIII. Zusammenfassung im Hinblick auf das „Bedenkjahr“ 1988

Im Zentrum von Österreichs politischer Identität steht zweifelsohne die Überwindung der Anschlußidee und der Folgen des „Anschlusses“ von 1938. Nationale Selbstfindung erfolgte in Österreich mehr als vier Jahrzehnte lang unter besonderer Betonung der „Opfer-Rolle“ Deutschland und dem Nationalsozialismus gegenüber, während bestimmte belastende Aspekte, vor allem die Mitbeteiligung von vielen Österreichern am Nationalsozialismus und an dessen Politik im Zweiten Weltkrieg, unterbelichtet wurden. Daher konnte jüngst der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky zu Recht davon sprechen, Österreich sei als die „Antithese zum Nationalsozialismus“ gegründet worden. Dies entspricht dem Elitenkonsens der Gründergeneration der Zweiten Republik in ÖVP, SPÖ und KPÖ und bezieht sich heute noch vor allem auf die staatliche Existenz Österreichs.

Ein ähnlicher, vor allem in den ersten Jahren nach 1945 vorhandener Konsens über die demokratiepo-

litischen Dimensionen einer solchen „Antithese zum Nationalsozialismus“ ist seit dem „Kalten Krieg“ und im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte immer mehr in den Hintergrund getreten. Schon die in den siebziger Jahren verstärkt einsetzenden Bemühungen um eine (demokratie-)politische Bildung waren nur zum Teil erfolgreich. Stark abweichend von deren Inhalten, den offiziellen Stellungnahmen und den Ergebnissen neuerer geschichtswissenschaftlicher Forschungen hat sich daher bis heute eine Populärtradition erhalten, deren Geschichtsbilder keineswegs direkt nazistisch sind, die jedoch mehr oder weniger deutliche Kontinuitäten mit Österreichs NS-Vergangenheit und autoritär-„ständestaatlichen“ Traditionen aufweisen, die gerade durch Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime im Sinne des Staatskonsenses der Zweiten Republik nicht nur patriotisch, sondern auch demokratisch legitimiert worden waren.

Für das gerade in jüngster Zeit verhängnisvolle Aufbrechen dieses „paranazistischen Substrats“ während der um Bundespräsident Waldheims „verdrängte“ Kriegsvorgangheit sich zuspitzenden „Staatskrise 1988“ sind neben einigen anderen Eigenheiten der jüngeren österreichischen Zeitge-

<sup>49)</sup> Spiegelbild einer Verschwörung, Stuttgart 1961, S. 353 ff.; Ludwig Jedlicka, Der 20. Juli in Österreich, Wien 1965, S. 21 f.

<sup>50)</sup> A. Schärf (Anm. 21), S. 19 f.

schichte vor allem zwei Faktoren zu nennen: einerseits die nicht nur ursprünglich in der bundes- wie DDR-deutschen Gesellschaft gegebene, sondern auch in Österreich starke historische Verankerung von Elementen des Nationalsozialismus und andererseits das österreichische Spezifikum, daß die historisch nur halbrichtige „Opfer-These“ der Alliierten des Zweiten Weltkriegs die Alpenrepublik lange Zeit der internationalen kritischen Beobachtung entzog und hier die „Antithese zum Anschluß“ zum Alibi für eine intensivere Entwicklung der „Antithese zum Nationalsozialismus“ werden konnte.

Somit tritt zu der *vertikalen* Trennlinie in der gegenwärtigen politischen Kultur Österreichs — zunehmend politisch relevant werdend — eine horizontale Trennlinie. Die eine scheidet traditionellerweise die beiden großen „Lager“, d. h. neben den spät-deutschnationalen und grün-alternativen Potentialen die jeweils zu unterschiedlich asymmetrischen Volksparteien gewordene Sozialdemokratie und katholisch-konservative Gruppierung. Die Geschichtsbilder dieser beiden großen politisch-gesellschaftlichen Segmente Österreichs sind — mit der noch vorzunehmenden Einschränkung — als einmal mehr antifaschistisch, einmal mehr antinazistisch akzentuierte „Antithesen zum Nationalsozialismus“ zu charakterisieren. Die andere, *horizontale* Trennlinie in Österreichs politischer Kultur scheidet eine Schicht, in deren historischem und demokratiepolitischem Selbstverständnis in der Tat die genannte Antithese dominiert, von einer solchen, deren Vorstellungen eher von einer *Synthese mit den Voraussetzungen und Nachwirkungen des Nationalsozialismus* geprägt werden.

Eine geschichtswissenschaftliche Analyse des historischen „Anschlusses“ aus österreichischer Sicht hat

sich, ungeachtet wo vorgetragen, den innerösterreichischen Legitimationszwängen, die sich aus der skizzierten Überlagerung der verschiedenen Konfliktlinien ergeben, zu entziehen. Daher wurde hier — in Absetzung sowohl von Österreich-apologetischen Darstellungen als auch von pangermanischen Positionen — versucht, eine interpretatorische Balance zwischen den Extremen zu wahren. Denn: Gesellschaft und politische Kultur Österreichs und viele Österreicher der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben — mehr als oft angenommen — auf direkte oder indirekte Weise zur Entstehung und zum Funktionieren des Nationalsozialismus und zu dessen Regime beigetragen.

Der „Anschluß“ an Deutschland war nicht nur Invasion von außen, sondern auch eine Machtübernahme österreichischer Nationalsozialisten von oben wie von unten. Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. April 1938 spiegelt daher, über die bekannten Bedingungen des Dritten Reiches hinausgehend, eine von „Anschlußbegeisterung“ getragene Welle des Konsenses mit dem NS-Regime, der jedoch bald wieder einer gewissen Ernüchterung über die gesellschaftliche Realität im „Großdeutschen Reich“ wich, ohne vollends in Oppositionsverhalten umzuschlagen. Denn diese Realität stellte sich für große Segmente der österreichischen Bevölkerung durchaus als ambivalent dar: Terror, politische Entrechtung und vollkommene Auflösung Österreichs wurden zunächst durchaus durch wirtschaftliche Vorteile und gesellschaftliche Modernisierung mehr als kompensiert, so daß erst mit der Verschärfung der Lage im Krieg und der sich abzeichnenden Niederlage eine nachhaltige Umorientierung des Österreichbewußtseins und wachsende Widerstandsbereitschaft einsetzten.

## Der Anschluß Österreichs — Stationen auf dem Weg zum März 1938

„Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich!“<sup>1)</sup>

Mit diesen Worten beendete Adolf Hitler am Mittag des 15. März 1938 die „Befreiungskundgebung“ auf dem Heldenplatz in Wien, wo sich weit über hunderttausend Menschen eingefunden hatten. Hitlers „Vollzugsmeldung vor der Geschichte“ vom Balkon der neuen Hofburg wurde von der Menge mit nicht endenwollendem Jubel und „Sieg-Heil“-Rufen beantwortet. Vor aller Welt sichtbar war Österreich „heim ins Reich“ geholt worden, schien ein alter Wunsch, der besonders seit dem Ende des Ersten Weltkrieges immer wieder mit Nachdruck geäußert worden war, in Erfüllung gegangen zu sein<sup>2)</sup>. Insbesondere diese Vorgeschichte, die im Herbst 1918 beginnt, ist für das Verständnis des März 1938 wichtig; sie zeigt, daß dieser März nicht im luftleeren Raum stattfand, daß von den Nationalsozialisten bewußt auf etwas aufgebaut und Kontinuitäten hergestellt wurden, die in dieser Form allerdings gar nicht bestanden — etwa wenn man Hitler bei seinem Besuch in Innsbruck am 5. April 1938 die Dokumente der Tiroler Anschlußabstimmung vom 24. April 1921 überreichte und er als Vollender dieser Politik gefeiert wurde.

„Heim ins Reich!“, „Ein Volk, ein Reich!“, „Großdeutschland unsere Zukunft!“ — so und ähnlich lauteten schon 1918/19 die Parolen in Österreich, das damals noch „Deutschösterreich“ hieß. Von jenem Zeitpunkt an blieb das Thema „Anschluß“ in irgendeiner Weise auf der Tagesordnung und beherrschte — manchmal stärker, manchmal schwächer — die österreichische und deutsche Politik. Auf dem Weg zum März 1938 lassen sich sechs Stationen fixieren, nämlich:

1. die sozialistische Anschluß euphorie 1918/19 in Österreich;
2. die Anschluß- (oder besser) Zusammenschlußbewegungen in den österreichischen Bundesländern 1921;
3. die Anschlußpropaganda und praktische Angleichungspolitik in den zwanziger Jahren;
4. das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt 1931;
5. Hitler an der Macht: Die „schnelle Lösung“ 1933/34;
6. die evolutionäre Lösung der „geistigen Durchdringung“ Österreichs mit dem Anschluß im März 1938<sup>3)</sup>.

Diese Stationen, auf die im folgenden eingegangen wird, standen im Zeichen politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeitserwägungen; bei den Stationen 1 bis 3 war Österreich, bei Station 4 schon Deutschland der drängende Partner, und bei den Stationen 5 und 6 war von österreichischen Anschlußwünschen — zumindest auf offizieller, d. h. Regierungsebene — wahrlich nichts mehr zu spüren.

<sup>3)</sup> Eine ähnliche „Phasen“einteilung bei Gerhard Botz. Der 13. März und die Anschlußbewegung. Wien 1978. S. 9, sowie ders., Das Anschlußproblem (1918—1945) — Aus österreichischer Sicht, in: Robert A. Kann/Friedrich E. Prinz (Hrsg.), Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch. Wien-München 1980. S. 179—198. hier S. 184. und Ulrich Kluge. Der österreichische Ständestaat 1934—1938. Wien-München 1984. S. 127. Vgl. auch den profunden Aufsatz von Andreas Hillgruber. Das Anschlußproblem (1918—1945) — Aus deutscher Sicht, in: R. A. Kann/F. E. Prinz, S. 161—178.

<sup>1)</sup> Max Domarus (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945, Bd. I, Triumph, 2. Halbband 1935—1938, Wiesbaden 1973, S. 824.

<sup>2)</sup> Die Wurzeln des Anschlußproblems reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück, als es um die großdeutsche oder kleindeutsche Lösung der deutschen Frage ging — die im Jahre 1866 mit dem Sieg der Preußen über die Österreicher bei Königgrätz vorläufig beantwortet wurde. Aus Platzgründen kann dies hier nicht erörtert werden. Vgl. hierzu die Beiträge von Fritz Fellner und Michael Derndarsky in: Heinrich Lutz/Helmut Rumpel (Hrsg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, Wien 1982, S. 33—59 und S. 92—116, sowie Norbert Schausberger, Wurzelzonen der Anschlußfrage im 19. Jahrhundert, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 23 (1979), S. 121—147. Die österreichischen Sozialdemokraten knüpften am Ende des Ersten Weltkrieges bewußt an diesem Punkt an. So forderte ihr intellektueller Führer, Otto Bauer, auf dem Parteitag am 31. 10. 1918, „den Anschluß dort zu suchen, wo wir ihn finden können, wo wir von Natur aus hingehören, und wo man uns nur künstlich vor Jahrzehnten abgetrennt hat — beim Deutschen Reich“. Zitiert bei Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Band 5, Wien 1925, S. 363.

## I. Die sozialistische Anschluß euphorie 1918/19

Der 12. November 1918 bleibt in der Geschichte Österreichs ein denkwürdiges Datum. An diesem Tag verabschiedeten die im Jahre 1911 gewählten Reichsratsabgeordneten des deutschen Siedlungsgebietes der Habsburger Monarchie, die sich am 21. Oktober 1918 in Wien zur „Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich“ konstituiert hatten, eine neue Verfassung; in Artikel 1 wurde der neue Staat „Deutschösterreich“ — dem u. a. auch die sudetendeutschen Gebiete angehören sollten — zu einer demokratischen Republik erklärt, und in Artikel 2 wurde bestimmt: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“<sup>4)</sup>, mit anderen Worten: Der neue Staat hielt sich schon in seiner Geburtsstunde für lebensunfähig — ein Makel, den er in den folgenden Jahren nicht mehr los wurde; es war jener Staat entstanden, „den keiner wollte“<sup>5)</sup>.

Der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner bekannte sich an jenem 12. November im Parlament in einer leidenschaftlichen Rede zur deutschen Einheit. Er beklagte das Schicksal des deutschen Volkes und erklärte u. a.: „Das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, ist im Augenblick tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.“<sup>6)</sup>

Otto Bauer, intellektueller Führer der Sozialdemokraten und für auswärtige Angelegenheiten zuständiger Staatssekretär, teilte den einstimmig gefaßten Beschluß vom 12. November am nächsten Tag dem Volksbeauftragten Hugo Haase in Berlin mit. In dem Telegramm hieß es, Deutschösterreich habe „seinen Willen kundgetan, sich mit den anderen deutschen Stämmen, von denen es vor 52 Jahren (Königrätz 1866, R. St.) getrennt wurde, wieder zu vereinigen. Wir bitten Sie, in direkte Verhandlungen mit uns über die Vereinigung Deutschösterreichs mit der deutschen Republik . . . einzutreten.“<sup>7)</sup>

Was waren die Gründe für diese Politik? Karl Renner hat 1945, als erster Kanzler auch der Zweiten

Republik, eine Antwort auf diese Frage gegeben. 1918, so seine Interpretation, habe die Angst vor Hunger und Arbeitslosigkeit jeden an den Anschluß als einzig mögliche Lösung denken lassen: „Österreichs wirtschaftliche Lage verstehen, bedeutet, die Bewegung für den Anschluß zu verstehen.“<sup>8)</sup> Die Sozialdemokraten waren damals von der Notwendigkeit großer Wirtschaftsräume überzeugt. Ein Land, das keine Kohle habe, nicht ausreichend Lebensmittel im eigenen Land erzeugen könne, auch keine größere Exportindustrie besitze, könne nicht selbständig existieren, so Otto Bauer im Juli 1919; ein solches Land würde im Dienste fremder Kapitalisten ein Leben der Knechtschaft, der Not und des Elends führen. Davor könne Deutschösterreich nichts anderes bewahren als die Vereinigung mit Deutschland<sup>9)</sup>.

Unbestritten ist, daß es in den Jahren nach Kriegsende Hunger und Not gab. Das Elend der neuen Zeit aber versperrte den Blick dafür, daß die Republik nicht ganz so arm war, wie viele Menschen damals glaubten: 12 Prozent der Bevölkerung der alten Doppelmonarchie lebten in ihr, aber 30 Prozent der industriellen Kapazität waren hier angesiedelt; Wien war das Finanzzentrum des Habsburgerreiches gewesen — und in Wien gab es immer noch viel Geld<sup>10)</sup>. Für die Anschluß euphorie der Sozialdemokraten<sup>11)</sup> gab es neben den wirtschaftlichen denn auch noch andere Gründe; es ging um die Schaffung einer Einheitsfront mit den deutschen Sozialdemokraten, genauso wie es in einem Wahlauftrag vom Februar 1919 hieß: „Wir wollen uns mit dem roten Deutschland vereinen. Vereinigung mit Deutschland bedeutet jetzt Vereinigung mit dem Sozialismus.“<sup>12)</sup>

Die Entscheidung vom 12. November wurde in Berlin mit Zurückhaltung aufgenommen, war doch schon am 9. November aus Bern bekanntgeworden, daß die Entente bei einem Anschluß Deutsch-

<sup>8)</sup> Karl Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der provisorischen Regierung der Republik, Wien 1945, S. 18f.

<sup>9)</sup> Vgl. Otto Bauer, Acht Monate auswärtige Politik, Wien 1919.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu auch E. März, Österreichische Bankenpolitik in der Zeit der großen Wende 1913—1923, Wien 1981.

<sup>11)</sup> Zur Gesamtproblematik vgl. die Beiträge von Helmut Konrad, Rudolf Kropf und Hanns Haas in: Helmut Konrad (Hrsg.), Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 9), Wien—München—Zürich 1978.

<sup>12)</sup> Karl Stadler, Hypothek auf die Zukunft. Die Entstehung der österreichischen Republik 1918—1921, Wien—Frankfurt—Zürich 1968, S. 68. Anzumerken ist dabei allerdings, daß die Sozialdemokraten auch dann noch weiter für den Anschluß waren, als klar war, daß es kein sozialistisches Deutschland geben würde.

<sup>4)</sup> Es hieß weiter in Artikel 2: „Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der Deutschen Republik auf Deutschösterreich.“ Vgl. Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich, 1918, Nr. 45, S. 4f.

<sup>5)</sup> Vgl. Hellmut Andics, Der Staat, den keiner wollte, Österreich 1918—1938, Wien 1962.

<sup>6)</sup> Das Protokoll verzeichnet hier: „Die Versammlung erhebt sich, Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Galerien.“

<sup>7)</sup> Vollständiger Text bei Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918—1919, Dokumente, Frankfurt 1968, S. 369f.

land härtere Friedensbedingungen auferlegen würde. Bei der Besprechung des Telegramms von Bauer wurde daher in der Sitzung der Volksbeauftragten am 15. November beschlossen, „wegen der internationalen Gesamtlage auf die Angliederungsfrage nicht einzugehen“<sup>13)</sup>. Entsprechend war die Reaktion in Wien. Man war „enttäuscht, daß die Anschlußfrage nicht erwähnt wurde. Hiesige Presse aller Parteien zurückhaltend, bespricht Antwort fast gar nicht“, berichtete der deutsche Botschafter von Wedel<sup>14)</sup>.

In der deutschen Öffentlichkeit war der Anschluß allerdings durchaus ein Thema. Am 17. Januar 1919 forderte die gesamte Presse den Anschluß, am 5. Februar sprachen sich *alle* Parteien dafür aus<sup>15)</sup>. In dieser Stimmung kam Bauer am 27. Februar nach Deutschland, um in Berlin und Weimar Besprechungen mit Außenminister Brockdorff-Rantzau zu führen. Er erhielt jetzt den Eindruck, daß Deutschösterreich im Reich „mit brüderlicher Gesinnung willkommen heißen“ und „die herzlichste Bereitwilligkeit zu brüderlicher Hilfe“ finden würde<sup>16)</sup>. Am 2. März endeten die Gespräche mit der Unterzeichnung eines geheimen Protokolls, in dem festgelegt wurde, wie „mit tunlichster Beschleunigung“ der Zusammenschluß der beiden Staaten durchzuführen wäre. Demnach sollte Deutschösterreich als „selbständiger Gliedstaat“ mit gewissen Sonderrechten (u. a. Wien als gleichberechtigte zweite Hauptstadt, zeitweise Aufenthalt des Reichspräsidenten dort) dem Reich angeschlossen werden; verschiedene paritätisch besetzte Kommissionen sollten die Angleichung der Rechts-, Handels-, Verkehrs-, Unterrichts- und Sozialpolitik vorbereiten.

Der entscheidende Schritt wurde dann aber von deutscher Seite mit Blick auf die Friedenskonferenz

in Paris nicht getan. Die französische Haltung war bekannt; sie steigerte sich zu einer geradezu leidenschaftlichen Ablehnung jedweden Anschlusses. Kein französischer Politiker wollte dem geschlagenen Deutschland eine Gebietserweiterung und eine Zunahme seiner Bevölkerung um sechseinhalb Millionen Menschen zubilligen<sup>17)</sup>.

Im Friedensvertrag von Versailles, der am 28. Juni 1919 von Deutschland unterzeichnet werden mußte, legten die Sieger dann auch im Artikel 80 die Unabhängigkeit Österreichs und die Unantastbarkeit seiner Grenzen fest. Zwei Monate später, am 2. September, wurde Karl Renner in Saint Germain der Entwurf des Friedensvertrages mit Österreich mit einem auf fünf Tage befristeten Ultimatum übergeben. In Artikel 88 wurde auch hier ein Anschlußverbot ausgesprochen<sup>18)</sup>. Die österreichische Nationalversammlung nahm den Vertrag am 10. Septemner 1919 unter Protest an; und da an einen Anschluß offensichtlich nicht mehr zu denken war, wurde sechs Wochen später, am 21. Oktober 1919, nicht nur die Namensänderung „Deutschösterreich“ in „Republik Österreich“ beschlossen, sondern auch „in Durchführung des Staatsvertrages von St. Germain die bisherige Bestimmung ‚Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches‘ außer Kraft gesetzt“<sup>19)</sup>.

<sup>17)</sup> Für diese Haltung gibt es zahlreiche Zeugnisse. So erklärte Außenminister Pichon schon am 29. 12. 1918, man werde die Macht Deutschlands entscheidend reduzieren und ihm die Möglichkeit nehmen, sich an den Österreichern für das schadlo zu halten, was es unwiderruflich verloren habe. Für die französischen Militärs blieb Deutschland auch nach der Niederlage noch für lange Zeit „wegen seiner materiellen und geistigen Verfassung und seiner zahlenmäßigen Überlegenheit über die demokratischen Länder Westeuropas eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation“ (Note von Marschall Foch an die alliierten Mächte, 10. 1. 1919; abgedruckt bei Johannes Hohlfeld (Hrsg.), *Dokumente der Deutschen Politik*, Bd. 3, S. 8 ff.). In Deutschösterreich selbst agierten der französische Gesandte Allizé und der französische Oberst Vyx mit diplomatischen und militärischen Intrigen sowie der Errichtung von eigenen Nachrichtenagenturen gegen den Anschluß; vgl. Walter Goldinger, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.), *Geschichte der Republik Österreich*, München 1954, S. 96.

<sup>18)</sup> Abgedruckt bei Heinz von Paller, *Der großdeutsche Gedanke*. Leipzig 1928, S. 150.

<sup>19)</sup> Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich, 1919. Gesetz Nr. 484.

<sup>13)</sup> Auszug der Besprechung bei G. A. Ritter/S. Miller (Anm. 7), S. 370.

<sup>14)</sup> Ebd., S. 371.

<sup>15)</sup> Vgl. Hermann Ullmann, *Antriebe und Quellen der Anschlußbewegung*, in: *Staat und Volkstum*, (1926), S. 15 ff.

<sup>16)</sup> Stenographisches Protokoll der 3. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich am 12. 3. 1919; Bericht Bauers über die Verhandlungen in Deutschland.

## II. Die Anschlußbewegung in den österreichischen Bundesländern und die Genfer Protokolle

Hatte schon Otto Bauer durch seinen demonstrativen Rücktritt am 25. Juli 1919 das Scheitern seiner Anschlußpolitik eingestanden, so schien durch die Annahme des Friedensvertrages und durch das Gesetz vom 21. Oktober das Thema „Anschluß“ erledigt zu sein. Aber der Schein trug. Die „Republik Österreich“, ein Staat, entstanden nach dem Motto „L'Autriche c'est ce qui reste“<sup>20)</sup>, war jetzt mit den erzwungenen Gebietsabtretungen (Südtirol und das Kanaltal an Italien, Teile der Steiermark und Kärntens an Jugoslawien, das sudetendeutsche Siedlungsgebiet an die Tschechoslowakei) in den Augen weitester Kreise seiner Bewohner erst recht nicht lebensfähig, und für all jene, die an diesen Staat nicht glauben wollten, schien jetzt erst recht der Anschluß, trotz Artikel 88, der einzig mögliche Weg aus dem immer größer werdenden Elend zu sein. Dabei verlagerte sich die Anschlußbewegung weitgehend auf die Länder, vor allem auf Tirol, Salzburg und die Steiermark.

Angesichts der in den folgenden Monaten immer unerträglicher werdenden wirtschaftlichen Lage, in der es zu zahlreichen Hungerdemonstrationen kam<sup>21)</sup>, wurde die Bundesregierung zunächst am 1. Oktober 1920 von der Nationalversammlung aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten eine Volksabstimmung über den Anschluß durchzuführen. Mit Drohungen — insbesondere einer Hungerblockade — und einer scharfen Note von Clemenceau vom 17. Dezember gelang es Frankreich, diese Volksabstimmung zu verhindern.

Als die Länderregierungen sahen, daß die Zentralregierung unter dem Druck der Sieger nicht frei handeln konnte, beschlossen sie, die Abstimmung länderspezifisch vorzunehmen. Aber auch dagegen protestierten die Alliierten scharf. Am 14. April 1921 verlangte der französische Gesandte in Wien, Lefèvre-Pontalis, vom christlichsozialen Bundeskanzler Michael Mayr, einem Abgeordneten aus Tirol, die „auf den Anschluß hinielenden Umtriebe wirkungslos zu machen“, andernfalls werde jegliche Hilfe für Österreich eingestellt<sup>22)</sup>. Bundesregierung und Landesregierungen erhoben dagegen Einspruch, und am 24. April fand in Tirol die vom

Landtag beschlossene Abstimmung statt, bei der 98,75% der abgegebenen Stimmen für den „Zusammenschluß“ waren und an der Grenze bei Scharnitz die Grenzpfosten beseitigt wurden<sup>23)</sup>.

Dem folgten entsprechende Beschlüsse der Landtage von Salzburg und der Steiermark, Volksabstimmungen durchzuführen, falls nicht ein nationales Plebiszit stattfände. Der Druck der Alliierten wurde daraufhin noch massiver; Paris war zum Äußersten entschlossen. Es wurde mit der Einstellung der Anleiheverhandlungen und sogar mit der Aufteilung des Landes unter seine Nachbarn gedroht. Mayr gelang es zwar, daß die Abstimmung in Salzburg nur „privat“ durchgeführt wurde — 98,8% der Teilnehmer, 73% der Wahlberechtigten stimmten für den Anschluß<sup>24)</sup> —, die christlichsoziale Landesregierung der Steiermark blieb jedoch bei ihrem Vorhaben, worauf Mayr am 1. Juli 1920 zurücktrat<sup>25)</sup>. Damit war offenbar geworden, daß eine andere Politik betrieben werden mußte, sollte der Staat nicht in eine noch größere Krise geraten.

Blickt man auf die Anschlußbewegung in den Ländern, vor allem in Tirol und Salzburg, so wird deutlich, daß die Motive hier anders aussahen als bei der von Wien ausgehenden Bewegung. Es waren Länder mit konservativen Mehrheiten, die weder mit den Wiener noch mit den deutschen Sozialisten etwas im Sinn hatten. „Anschluß“ unter dem Banner des Sozialismus war kein Thema mehr. Deutschland war nicht sozialistisch geworden, und in Bayern war die Räterepublik Episode geblieben; von daher bot sich angesichts der andauernden wirtschaftlichen Notlage der wirtschaftliche „Zusammenschluß“ mit diesem Land an, wobei das Wort

<sup>23)</sup> Vgl. hierzu Hermann Kuprian, Tirol und die Anschlußfrage 1918 bis 1921, S. 43–74, in: Thomas Albrich/Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hrsg.), Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938, (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Band 3), Innsbruck 1988.

<sup>24)</sup> Zur Erinnerung an diese Abstimmung wurde 1923 am Rathaus der Stadt Salzburg eine Gedenktafel errichtet, „in unerschütterlicher Zuversicht, daß die verlorene Einheit des Vaterlandes wieder errungen werde“, wie die Inschrift besagte. Nach Kriegsende, wahrscheinlich schon 1945, wurde die Gedenktafel entfernt. Freundliche Mitteilung von J. Gassner vom Salzburger Museum Carolino Augusteum.

<sup>25)</sup> Bereits am 11. 5. 1919 hatte in Vorarlberg eine Abstimmung stattgefunden, in der es um den Anschluß an die Schweiz gegangen war. Von 58 449 Wahlberechtigten hatten 47 208 (= 80,8%) folgende Frage mit „Ja“ beantwortet: „Wünscht das Vorarlberger Volk, daß der Landesrat der Schweizerischen Bundesregierung die Absicht des Vorarlberger Volkes, in die schweizerische Eidgenossenschaft einzutreten, bekanntgebe und mit der Bundesregierung in Verhandlungen eintrete?“ Vgl. hierzu Werner Dreier, Vorarlberg und die Anschlußfrage 1918–1938, in: Th. Albrich u. a. (Anm. 23), S. 183–220.

<sup>20)</sup> So soll Clemenceau gesagt haben.

<sup>21)</sup> Nur durch Lebensmittelsendungen aus verschiedenen Ländern und durch zahlreiche andere Hilfsaktionen, insbesondere für Kinder, die das „Internationale Komitee für Reliefkredite“ organisierte, wurde Österreich vor dem Schlimmsten bewahrt. Vgl. hierzu Gustav Gratz/Richard Schüller, Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung, Wien–New Haven 1930.

<sup>22)</sup> Vgl. Friedrich F. G. Kleinwachter/Heinz von Paller (Hrsg.), Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, Wien–Leipzig 1930, S. 81.

„Anschluß“ jetzt tunlichst vermieden wurde. Und man wollte los vom „roten“ Wien! Und im übrigen hielt man von dieser „Republik Österreich“ gar nichts. Das wird nirgends so deutlich wie in einem Brief, den Richard Steidle, der einflußreiche Führer der Tiroler Heimatwehr (wie in Tirol die Heimwehr hieß), der 1940 im KZ Buchenwald umkommen sollte, am 25. Mai 1921 an Bundeskanzler Mayr schrieb. Entscheidend für die Haltung der Tiroler Bevölkerung war seiner Meinung nach „vor allem der Wunsch, endlich einmal von der ganz verhaßten Wiener Wirtschaft, mit der die Leute nichts mehr zu schaffen haben wollen, loszukommen. Diese Stimmung nimmt gerade in den religiös- und nationaltirolisch orientierten Kreisen schon geradezu gehässige Dimensionen an, und ich treffe immer mehr Leute, die unverhohlen dieser Meinung Ausdruck geben.“

Steidle beendete seinen Brief mit einem Wunsch, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, der aber auch erkennen läßt, warum dieser Staat in den nächsten Jahren im Inneren gar nicht zur Ruhe kommen konnte. „Eigentlich“, so Steidle, „hätte ich Dir das alles gar nicht sagen sollen, weil ich von meinem persönlichen Standpunkte aus nichts sehnlicher wünsche, als daß endlich dieser unmögliche Staat sich mit Gestank auflöst und Tirol von Wien frei wird.“<sup>26)</sup>

Österreich löste sich nicht „mit Gestank“ auf; nach einem einjährigen Zwischenspiel mit Johannes Schober als Kanzler übernahm im Mai 1922 Prälät Ignaz Seipel, „die stärkste nichtsozialistische Per-

sönlichkeit, die seit langem im Hintergrund wirkte“<sup>27)</sup>, die Regierung, die er bis 1929 führte. Der Christlichsoziale Seipel war zweifelsohne kein Freund des Anschlusses, auch wenn er öffentlich niemals dagegen Stellung nahm. Ihm ging es um die Stabilisierung Österreichs ohne Anschluß. Als er die Führung des Landes übernahm, gab es mehr als 20 Prozent Arbeitslose, die Inflation war auf dem Höhepunkt<sup>28)</sup>, ein völliger Zusammenbruch stand bevor. „das Ende Österreichs schien nahe“, wie dies Goldinger formuliert hat<sup>29)</sup>.

Seipels Taktik war es, die Sieger für die weitere Entwicklung verantwortlich zu machen, sie aber gleichzeitig von dem Erhalt Österreichs als einer europäischen Notwendigkeit zu überzeugen, was zunächst auch gelang. Der Völkerbund gewährte eine Anleihe über 650 Millionen Goldkronen, zwar unter Bedingungen, die heutzutage Entwicklungsländern auferlegt werden, aber Seipel akzeptierte diese Bedingungen in den „Genfer Protokollen“, die am 4. Oktober 1922 unterzeichnet wurden. Im Protokoll Nr. 1 verpflichtete sich die Republik Österreich, für die nächsten 20 Jahre „gemäß dem Wortlaut des Artikels 80 des Vertrages von St. Germain, ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben“.

Für die späteren Ereignisse ist besonders interessant, daß sich Großbritannien, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei ihrerseits verpflichteten. „die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die Souveränität Österreichs“ zu erhalten<sup>30)</sup>.

### III. Anschlußpropaganda und praktische Angleichungspolitik in den zwanziger Jahren

Mit der Sanierungsarbeit, die nun mit Hilfe der Völkerbundanleihe begann, verlor der Anschlußgedanke in weiten Kreisen der Bevölkerung zunächst an Aktualität, da mit seiner Verwirklichung auf absehbare Zeit nicht zu rechnen war. Das änderte sich dann wieder ab etwa 1925, als sich die wirtschaftliche Lage erneut verschlechterte<sup>31)</sup>. Selbst die Großdeutschen, für die der Anschluß doch vor allem ein ideologisches und nationales Postulat war, stellten das wirtschaftliche Moment nun in den Vor-

dergrund und forderten den Anschluß als eine „handelspolitische und wirtschaftliche Notwendigkeit“. In einer vom Parteitag 1925 beschlossenen Resolution hieß es, man sei sich bewußt, „daß die Stabilisierung unserer heimischen Wirtschaft nicht ohne Vereinigung mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet erreicht werden kann“<sup>32)</sup>.

Seit dem Jahre 1925 wurde auch die Propaganda von „Arbeitsgemeinschaften“ und „Volksbünden“ organisiert, die von der Wiener Regierung toleriert<sup>33)</sup> und von der Reichsregierung finanziell unterstützt wurden. Es gab die „Österreichisch-deutsche Arbeitsgemeinschaft“ und ihr Pendant in

<sup>26)</sup> Vgl. Kuprian (Anm. 23), S. 65.

<sup>27)</sup> So Walter Goldinger, in: H. Benedikt (Anm. 17), S. 122.

<sup>28)</sup> Die Krone sank auf den 15 000sten Teil ihres Goldwertes; so kostete z. B. ein Brot, für das man früher eine halbe Krone hatte zahlen müssen, jetzt 6 600 Kronen.

<sup>29)</sup> In: H. Benedikt (Anm. 17), S. 126.

<sup>30)</sup> Text der Protokolle im Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich vom 3. 12. 1922, S. 842.

<sup>31)</sup> Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 1925 meldeten 699 Betriebe Konkurs an. Vgl. Survey of International Affairs 1925, London 1926, S. 198.

<sup>32)</sup> Vgl. Margaret M. Ball, Post-War German-Austrian Relations. The Anschluß Movement 1918—1936, Stanford 1937, S. 59f.

<sup>33)</sup> Im Koalitionsvertrag war der Großdeutschen Partei ausdrücklich volle Freiheit in der Anschlußpropaganda zugebilligt worden. Vgl. Adam Wandruszka, in: H. Benedikt (Anm. 17), S. 387.



Deutschland, die „Deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft für das Reich“, in denen sich Intellektuelle und Politiker zusammengeschlossen hatten. Sie beschäftigten sich in erster Linie „wissenschaftlich“ mit der Anschlußproblematik, publizierten eine Fülle von Schriften, gaben eigene Zeitschriften heraus, veranstalteten ab 1929 „Österreichische Wochen“ und gewannen einen nicht zu unterschätzenden Einfluß.

Daneben gab es die Massenverbände, den „Österreichisch-deutschen Volksbund Berlin“ und den „Österreichisch-deutschen Volksbund Wien“, die bald mehrere Hunderttausend Mitglieder zählten und die Anschlußpropaganda in der breiten Öffentlichkeit betrieben. Eine der eindrucksvollsten Veranstaltungen war das 10. Deutsche Sängerbundfest 1928 in Wien, auf dem dessen Präsident u. a. erklärte: „Unsere Seele dürstet nach diesem Großdeutschland, aber unser Verstand sagt uns, daß wir nur Vorbereitungsarbeit leisten können. Dieser Arbeit wollen wir uns unterziehen mit der Kraft und Begeisterung, die aus dem deutschen Lied fließt.“<sup>34)</sup>

Als dritte Organisation ist die „Delegation für den österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschluß“ zu nennen, die 1927 gegründet wurde und der sich innerhalb kurzer Zeit mehr als 140 Verbände aus fast allen Gebieten der Wirtschaft anschlossen. Die Forderung nach diesem wirtschaftlichen Zusammenschluß wurde in der Folgezeit von weiten Kreisen der Industrie immer lauter erhoben, u. a. vom Handelskammertag, der Kohle- und Eisenindustrie (der Vorsitzende der Schwerindustrie, Apold: „Der Anschluß ist für uns eine wirtschaftliche Notwendigkeit allerersten Ranges. Und wir müssen ihn erreichen!“<sup>35)</sup>), dem christlichsozialen Bauernbund, der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer. Zum ersten Male engagierte sich auch die deutsche Wirtschaft in größerem Umfang in Österreich: 1926 wurden die Alpine-Montanwerke durch die Vereinigten Stahlwerke übernommen. Eine systematische Vorbereitung des späteren Anschlusses durch deutsche Wirtschaft und Banken fand dennoch nicht statt, auch wenn dies eine bis heute oft zitierte Standardformel der österreichischen Zeitgeschichte ist<sup>36)</sup>.

Daneben wurde auf den Gebieten Verkehr, Kultur und Recht praktische Angleichungspolitik betrieben. So wurden schon 1925 der Visazwang aufgehoben und Vereinbarungen im gegenseitigen Postverkehr getroffen, 1926 sogar die feldgrünen Uniformen des Bundesheeres durch feldgraue — die Farbe der Reichswehruniform — ersetzt. 1927

wurde ein Gesetz über Vormundschafts- und Nachlaßwesen beschlossen; 1930 ein Abkommen über die gegenseitige Anwendung von Patenten unterzeichnet.

Bei allen Aktivitäten blieb entscheidend, daß sie *politisch* im Sinne eines Anschlusses nicht wirksam wurden. Zum einen ließen die bestehenden Verträge und die Politik Seipels dies gar nicht zu, zum anderen war der Anschluß zu diesem Zeitpunkt kein vorrangiges Ziel deutscher Politik, auch wenn man es als Fernziel keineswegs aus den Augen verlor<sup>37)</sup>. Den größeren Rahmen für dieses Thema aus deutscher Sicht beschrieb Gustav Stresemann, Außenminister von 1923 bis 1929, im Januar 1925 in einer geheimen Vorlage für das Kabinett. Als Ziel „deutschen Hoffens“ nannte er „die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenzen alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen“. Dies war nichts anderes als das Mitteleuropakonzept aus dem Ersten Weltkrieg, zumal in diesem „mitteleuropäischen“ Reich „neben unseren Volksgenossen auch Angehörige fremder Nationen unter deutsche Staatshoheit gestellt werden“ würden, weil dieses Reich anders nicht zu verwirklichen sei<sup>38)</sup>.

Wie die Militärs dachten, machte eine Studie des Truppenamtes, d. h. des Generalstabes der Reichswehr, vom März 1926 deutlich, in dem der „Anschluß Deutschösterreichs“ (!) als dritte Etappe vorgesehen war, nach Etappe eins: „Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes“ und Etappe zwei: „Beseitigung des Korridors und Wiedergewinnung Polnisch-Oberschlesiens“, und noch vor der „Beseitigung der entmilitarisierten Zone“<sup>39)</sup>.

Auf dem Weg zurück zur Großmacht verlor man in Berlin jedenfalls Österreich nicht aus den Augen. Dabei wurde auch alles vermieden, was der Anschlußbewegung in Österreich selbst schaden konnte; so weigerte sich die Reichsregierung, die Brennergrenze anzuerkennen und machte auch keinerlei Äußerungen über Südtirol, die auf eine Billigung der Verhältnisse dort schließen ließen.

<sup>37)</sup> So wurden dann auch die genannten Anschlußorganisationen insgeheim finanziert. Vgl. dazu Winfried R. Garscha, Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft. Kontinuität und Wandel deutscher Anschlußpropaganda und Angleichungsbemühungen vor und kurz nach der nationalsozialistischen ‚Machtergreifung‘, Wien-Salzburg 1984.

<sup>38)</sup> Aufzeichnung Stresemanns vom 13. 1. 1925; zit. bei Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979, S. 76, und A. Hillgruber (Anm. 3), S. 164.

<sup>39)</sup> Akten zur deutschen Auswärtigen Politik zit. [ADAP](B), Bd. I, Göttingen 1966, S. 727 ff., und A. Hillgruber (Anm. 3), S. 164.

<sup>34)</sup> Zitiert bei H. v. Paller (Anm. 18), S. 133.

<sup>35)</sup> Ebd., S. 246.

<sup>36)</sup> Hierzu kritisch Franz Mathis, Deutsches Kapital in Österreich vor 1938, in: Th. Albrich u. a. (Anm. 23), S. 435–452.

## IV. Das Zollunionsprojekt 1931

Eine Aktivierung der deutschen Österreichpolitik setzte dann unter Stresemanns Nachfolger, Julius Curtius, ein. Mehrere Gründe kamen zusammen:

1. Die weitere Verschlechterung der österreichischen Wirtschaftslage, vor allem in der Textil-, Eisen- und metallverarbeitenden Industrie. Gegen Ende 1929 wurden auch die Elektro-, Leder- und Schuhindustrie und die chemische Industrie von dem Rückschlag erfaßt; gleichzeitig verschärfte sich die Preis- und Absatzlage der Landwirtschaft.

2. Der wachsende Einfluß der Heimwehr in Österreich. Die Heimwehr war eine militante, antimarxistische Bewegung, Sammelbecken aller nationalistischen und konservativen Kräfte, deren politischer Einfluß ständig wuchs und die die demokratische, als „rot“ empfundene Republik ablehnte und durch einen autoritären Staat ersetzen wollte. Die Gefahr, die sich daraus für die Anschlußbewegung ergeben konnte, war klar. So berichtete der deutsche Gesandte in Wien, Lerchenfeld, am 21. November 1929 nach Berlin, ein vollständiger Sieg der Heimwehr sei gleichzusetzen mit der Errichtung einer halbfaschistischen Diktatur; dies wiederum würde bedeuten, daß sich Österreich dann fest an den italienisch-ungarischen Block binden werde. Dadurch würde die Entwicklung der deutsch-österreichischen Beziehungen sehr ernsthaft bedroht<sup>40)</sup>.

3. Briands Europaplan. Der französische Außenminister Aristide Briand hatte auf der Völkerbundtagung im September 1929 die Schaffung eines Vereinten Europa vorgeschlagen<sup>41)</sup>. Bei einer Realisierung dieses Plans wäre der politische und territoriale Status quo in Europa festgeschrieben worden, was gleichzeitig das Ende deutscher Revisionspolitik und deutscher Großmacht bedeutet hätte. Genau dies aber wollte man in Berlin durch eine Eingliederung in die vorgeschlagene neue europäische Ordnung nicht gefährden lassen. Kanzler Brüning machte am 8. Juni 1930 im Kabinett klar, was Deutschland haben müsse, nämlich einen „ausreichenden natürlichen Lebensraum“<sup>42)</sup>. Und Curtius stellte fest, die deutsche Antwort werde „für die Aktion Briand ein Begräbnis erster Klasse werden, müsse andererseits der deutschen Außenpolitik als

Plattform für die weitere Verfolgung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele dienen“<sup>43)</sup>.

Gemeint war damit der Aufbau einer deutschen Großmachtstellung im Donauraum. Das Sprungbrett dafür war logischerweise Österreich. Der „Zusammenschluß mit Österreich“, so eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 7. Juli 1930, „sollte die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik sein, denn von einem zu Deutschland gehörenden Österreich aus könnte in ganz anderer Weise, als dies jetzt möglich ist, die Entwicklung im Südosten im Interesse Deutschlands beeinflußt und gelenkt werden“<sup>44)</sup>.

Der erste Schritt dazu sollte die Zollunion sein. Man erwartete, daß sich die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien gezwungenermaßen anschließen würden. Würden dann noch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den baltischen Staaten verbessert, so hätte man Polen wie in einem Schraubstock und könnte es dazu bringen, wirtschaftliche Hilfe gegen politische Konzessionen — d. h. die Revision der Ostgrenze — einzutauschen<sup>45)</sup>. Dem ganzen Unternehmen sollte dabei ein „paneuropäisches Mäntelchen“ umgehängt werden, wie es Staatskanzler v. Bülow im Auswärtigen Amt im Januar 1931 formulierte<sup>46)</sup>.

Dem Drängen der deutschen Seite — vor allem von Curtius — konnte sich Bundeskanzler Schober kaum entziehen. Die Verhandlungen wurden dann zwar bis zum Abschluß eines Vertragsentwurfes unter äußerster Geheimhaltung geführt, aber eine Indiskretion machte dieser Geheimhaltung dann ein Ende und führte zur überstürzten Bekanntgabe des Projekts am 21. März 1931. Zu vermuten ist, daß die undichte Stelle in Wien war, denn — und das ist höchst interessant — jetzt, wo zum erstenmal mit dem wirtschaftlichen Zusammenschluß wirklich Ernst gemacht werden sollte, formierte sich auf österreichischer Seite Widerstand: in der Maschinenindustrie, der chemischen Industrie, der Schwerindustrie, bei den Konfektionsherstellern, bei der Land- und Forstwirtschaft, ja selbst bei den Klavierbauern. Überall wies man jetzt auf das ei-

<sup>43)</sup> Ebd., S. 283.

<sup>44)</sup> Zitiert bei Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Europaplan, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 20 (1972), S. 64.

<sup>45)</sup> Staatssekretär v. Bülow am 19. 4. 1931, vgl. F. G. Stambrook (Anm. 40), S. 43f.; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 532, und die Arbeiten von Hans-Jürgen Schröder zu diesem Thema, u. a.: Die deutsche Südosteuropapolitik und die Reaktion der angelsächsischen Mächte 1929–1933/34, in: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, München 1980, S. 343–360.

<sup>46)</sup> ADAP (B), XVI, Nr. 174.

<sup>40)</sup> Wien: Bericht vom 21. 11. 1929; Innsbruck: Bericht vom 30. 1. 1930. Vgl. F. G. Stambrook, The German-Austrian Customs Union Project of 1931. A Study of German Methods and Motives, in: Journal of Central European Affairs, 31 (1961), S. 21. Vgl. auch Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, Wien 1985.

<sup>41)</sup> Text der Rede in G. Suarez, Briand, Sa vie — son oeuvre — avec son journal, Bd. 6, Paris 1952, S. 326f. Der Plan wurde am 17. Mai 1930 den Regierungen von 26 Ländern zur Stellungnahme bis zum 15. Juli zugesandt.

<sup>42)</sup> Akten der Reichskanzlei; Brüning I, S. 281.

gene Technologiedefizit und die daraus resultierenden strukturellen Nachteile gegenüber der deutschen Industrie hin<sup>47)</sup>.

Noch nicht zu klären ist die Frage, ob es in den folgenden Wochen ein Zusammenspiel zwischen diesen Kreisen, Christlichsozialen und der französischen Regierung gegeben hat. Frankreich fühlte sich jedenfalls — zu Recht — von der deutschen Regierung hintergangen und zog jetzt alle Register (bis zu einem Ultimatum an die österreichische Regierung), um das Projekt zu Fall zu bringen. Zur politischen Vertrauenskrise kam ab Mai 1931 die Bankenkrise in Österreich und Deutschland. Im September 1931 wurde von deutscher und österreichischer Seite dann offiziell der Verzicht auf das Projekt ausgesprochen.

In Österreich stellten die Vorgänge um die geplante Zollunion das Anschlußproblem, so Renner später, „in gefährlicher Weise wieder auf die Tagesordnung

und rüttelten die nationalen Leidenschaften wieder auf, wovon die Hitlerbewegung am meisten profitieren sollte“. Eine parlamentarische Mehrheitsregierung war schon bald nicht mehr möglich, und schließlich büßte der Völkerbund „in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Österreichs die wohlverworbenen Sympathien ein“<sup>48)</sup>.

Für Deutschland war das ganze Unternehmen „wirklich der Sündenfall der deutschen Außenpolitik, eine Herausforderung des europäischen Staatensystems und eine schlecht kalkulierte dazu“<sup>49)</sup>. Der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit und die Ideen von Genf wurden endgültig zu Grabe getragen. Eine Entwicklung setzte ein, die für alle beteiligten Mächte schon nach kurzer Zeit verhängnisvoll werden sollte. Das Zollunionsprojekt war auf diesem Weg der Entfremdung von „geschichtlicher Bedeutung“<sup>50)</sup> und „setzte die europäische Explosion in Gang“<sup>51)</sup>. Für Deutschland hieß das Hitler, für Österreich Dollfuß.

## V. Hitler an der Macht — Das Scheitern der „schnellen Lösung“ 1933/34

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten kam auf deutscher Seite zu den bereits genannten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Überlegungen in der Anschlußfrage ein neues Element hinzu: der völkisch-national überhöhte Rassegedanke. Bereits auf der ersten Seite von „Mein Kampf“ hatte Hitler gefordert: „Deutschösterreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande, und zwar nicht aus Gründen irgendwelcher wirtschaftlicher Erwägungen heraus. Nein, nein: Auch wenn diese Vereinigung, wirtschaftlich gedacht, gleichgültig, ja selbst wenn sie schädlich wäre, sie müßte dennoch stattfinden. *Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich.*“<sup>52)</sup>

Genau dies war die Linie, auf der sich bis März 1938 die NS-Propaganda bewegte; damit wurde — erfolgreich — überdeckt, daß aber gerade dieser Aspekt in der NS-Anschlußpolitik den geringsten Stellenwert überhaupt besaß. In Hitlers Weltherrschaftskonzept kam dem Anschluß Österreichs letztlich fast ausschließlich eine militärstrategisch-ökonomische Funktion zu. Das wird nirgends so deutlich wie in der berühmten Rede vom 5. November 1937 vor den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile, in der er seinen „unabänderlichen Entschluß“ bekanntgab, „spätestens 1943 bis 1945 die deutsche Raumfrage zu lösen“. Österreich wurde hier auf eine Stufe mit der Tschechoslowakei gesetzt. Hitler nannte als erstes Ziel, „die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen“; es gehe um den „Angriff auf die Tschechei und Österreich“<sup>53)</sup>.

Der Anschluß war die erste Voraussetzung für die Schaffung „Großdeutschlands“, und das wiederum war eine der Voraussetzungen für die Realisierung des außenpolitischen Programms.

1933/34 unternahm Hitler, offensichtlich in der Hoffnung, die Dynamik der NS-Bewegung auszunutzen zu können, den Versuch, den Anschluß auf schnellstem Wege herbeizuführen. Er ernannte den Landesinspekteur der NSDAP in Wien, Theodor Habicht, zu seinem „Sonderbeauftragten“ für Österreich, und von nun an waren Terroranschläge

<sup>47)</sup> Vgl. hierzu Frank Wittendorfer, *Industrie, Banken, Politiker und Verbände in Österreich im Widerstand gegen die Wirtschaftspolitik des Jahres 1931*. Dargestellt am Beispiel des deutsch-österreichischen Zollunionsprojektes. Phil. Diss., Innsbruck 1986, sowie Jürgen Nautz, *Die österreichische Wirtschaft und die Anschlußfrage*, in: Th. Albrich (Anm. 23), S. 385—402.

<sup>48)</sup> Karl Renner, *Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik* (nachgelassene Werke, II. Band), Wien 1953, S. 100.

<sup>49)</sup> P. Krüger (Anm. 45), S. 533.

<sup>50)</sup> Oswald Hauser, *Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die europäische Föderation*, in: *Historische Zeitschrift* 179, (1955) S. 92.

<sup>51)</sup> So der damalige amerikanische Präsident Herbert Hoover, der das Projekt in seiner Bedeutung mit dem Zwischenfall von Sarajewo verglich. Herbert Hoover, *Memoiren*. Deutsche Ausgabe, Bd. III. Die große Wirtschaftskrise 1929—1941, Mainz 1954, S. 67.

<sup>52)</sup> Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 548.—552. Auflage, München 1940, S. 1.

<sup>53)</sup> ADAP (D), I. S. 52 („Hoßbach-Protokoll“). Vgl. auch A. Hillgruber (Anm. 3), S. 171.

der österreichischen Nationalsozialisten an der Tagesordnung. Als der seit März 1933 autoritär regierende Engelbert Dollfuß — das Parlament hatte sich „selbst ausgeschaltet“<sup>54</sup>) — den bayerischen Justizminister und Reichsjustizkommissar Frank im Mai 1933 aus Österreich auswies, reagierte Hitler mit der sogenannten Tausend-Mark-Sperre: Jeder Deutsche, der fortan nach oder durch Österreich reisen wollte, mußte vorher eine Gebühr von 1000 Reichsmark zahlen. Diese Maßnahme traf zwar den österreichischen Fremdenverkehr schwer, aber Hitlers Erwartungen, wie er sie im Kabinett am 26. Mai 1933 formuliert hatte, erfüllten sich nicht, nämlich: „Diese Maßnahme wird voraussichtlich zum Zusammenbruch der Regierung Dollfuß und zu Neuwahlen führen. Diese Neuwahlen werden die innere Gleichschaltung Österreichs ergeben, auch ohne daß ein äußerer Anschluß nötig ist . . . Der Kampf wird noch in diesem Sommer entschieden werden.“<sup>55</sup>)

Dollfuß reagierte im Juni mit einem Betätigungsverbot für die NSDAP in Österreich<sup>56</sup>). NS-Wirtschaftskrieg und Terror gingen verstärkt weiter, aber der von Hitler erhoffte Erfolg blieb aus. Für einen Anschluß unter NS-Bedingungen waren die Großdeutschen zu haben, nicht aber Sozialdemokraten und Christlichsoziale, die nun den Anschlußparagraphen aus ihren Programmen strichen. Zu einer gemeinsamen Abwehrfront und einem österreichischen Identitätsbewußtsein kam es dennoch nicht, weil das Land zu diesem Zeitpunkt schon in unversöhnliche „Lager“ gespalten war und Dollfuß ein Regime etablierte, das bewußt die Konsequenzen aus dieser Situation zog, die schon im Juli 1927 mit dem Brand des Justizpalastes ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte<sup>57</sup>).

<sup>54</sup>) In der Sitzung am 4. März hatten nacheinander sowohl Präsident des Nationalrates, Renner, als auch die Vizepräsidenten ihre Ämter niedergelegt, um in ihrer jeweiligen Fraktion mitstimmen zu können. Der Ministerrat hatte drei Tage später beschlossen, mit Hilfe des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 autoritär zu regieren. Eine neue Sitzung des Nationalrates wurde nicht mehr einberufen, das Kabinett regierte von nun an mit Notverordnungen, die Presse wurde unter Vorzensur gestellt, der Republikanische Schutzbund für aufgelöst erklärt.

<sup>55</sup>) ADAP (C), I, S. 483 f. Siehe hierzu auch den Beitrag von Josef Nussbaumer, Die Tausend-Mark-Sperre vom Mai 1933 und der Tiroler Fremdenverkehr, in Th. Albrich u. a. (Anm. 23), S. 307–330.

<sup>56</sup>) Zuvor war schon das Zeigen der Hakenkreuzfahne verboten worden; der „Hitler-Gruß“ wurde mit zwei Monaten Gefängnis bestraft.

<sup>57</sup>) Das Wiener Landesgericht hatte am 14. Juli 1927 drei „Frontkämpfer“ freigesprochen, die am 30. Januar 1927 im burgenländischen Schattendorf zwei Angehörige des Republikanischen Schutzbundes der Sozialdemokraten erschossen hatten, obwohl der Staatsanwalt die Geschworenen aufgefordert hatte, die Angeklagten schuldig zu sprechen, wenn auch „die moralische Verantwortung für die Ereignisse auf dem Schutzbund laste“. Bei den Demonstrationen am 15. 7. 1927 gab es 89 Tote, 660 Schwer- und 1 000 Leichtverletzte.

1977 schrieb die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ in einem Rückblick auf jene Ereignisse: „Der 15. Juli 1927 hat mehr Menschenleben gekostet als die Revolution von 1918/19 und nicht viel weniger als der Februar 1934. Er ist das Schlüsselergebnis der Ersten Republik, die Wende zwischen Demokratie und Faschismus. An diesem blutigen Freitag ging mehr in Trümmer als der Justizpalast: die Arbeiterklasse verlor ihr Vertrauen in den Rechtsstaat, die Sozialdemokratie den Glauben an die Allmacht ihrer Organisation. Die Ausschaltung des Parlaments 1933, die Auflösung der Sozialdemokratie 1934 waren nur noch die letzten Konsequenzen dieser großen Niederlage der jungen Demokratie.“<sup>58</sup>)

Im Februar 1934 standen in viertägigen, bürgerkriegsähnlichen Kämpfen Heimwehr, Militär und Polizei gegen bewaffnete sozialdemokratische Arbeiter Österreichs; es gab Hunderte von Toten, neun Arbeiter wurden hingerichtet. Diese Ereignisse blieben unvergessen, der Schatten der Hingerichteten lag von nun an über allem, was kam. Auf dem Weg zur Umgestaltung des Staates nach faschistischem Vorbild — gegen das vage Versprechen des italienischen Mussolini, Österreichs Unabhängigkeit mit Waffengewalt zu verteidigen — leistete Dollfuß ganze Arbeit. Nun wurden die Sozialdemokratische Partei, die Freien Gewerkschaften, die Arbeiter-, Sport- und Kulturvereinigungen aufgelöst und deren Vermögen beschlagnahmt<sup>59</sup>).

Dollfuß führte jetzt einen Zweifrontenkrieg — gegen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Im „Ständestaat“, der nun aufgebaut wurde, waren nahezu zwei Drittel der Bevölkerung von jeder Mitgestaltung ausgeschlossen, während im NS-Reich die „Volksgemeinschaft“ propagiert wurde. Mit einer solchen Politik war die Überwindung der Anschlußidee zum Scheitern verurteilt, zumal, wie Gerhard Botz betont, „das Bild vom ‚eigenständig österreichischen Menschen‘ als dem ‚besseren Deutschen‘ immer noch dem Deutschnationalismus verbunden war und von hier aus, wie in den letzten Jahren des ‚Ständestaates‘ tatsächlich geschehen, nationalsozialistisch unterhöhlbar“<sup>60</sup>).

Hitlers Versuch einer „schnellen Lösung“ endete mit dem Putschversuch der österreichischen Nationalsozialisten am 25. Juli 1934. Auch wenn es keinen Befehl Hitlers zum Putsch gab (auch für die „Endlösung“ der Judenfrage ist kein Befehl Hitlers gefunden worden), lag die letzte Verantwortung bei ihm. Der Putsch war schlecht organisiert, und nach

<sup>58</sup>) Beilage zur Arbeiter-Zeitung, Wien, 26. 7. 1977.

<sup>59</sup>) Vgl. hierzu: Das Jahr 1934: 12. Februar, Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927–1938), hrsg. v. Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck, Wien 1975.

<sup>60</sup>) G. Botz (Anm. 3), S. 188.

dem Massaker an der Röh-SA am 30. Juni trugen die schweren Spannungen zwischen SA und SS in Österreich erheblich zum Scheitern bei. Dollfuß fiel zwar den Putschisten zum Opfer, der Putsch selbst brach dann aber angesichts der entschlossenen Haltung der Regierung und des Bundesheeres nach

wenigen Stunden zusammen. Die deutsche Reichsregierung distanzierte sich von den Vorgängen — nicht zuletzt unter dem Eindruck von Mussolinis Entscheidung, vier Divisionen in Richtung Brenner und eine in Richtung Kärnten in Marsch zu setzen<sup>61</sup>).

## VI. Die „evolutionäre Lösung“ bis zum Einmarsch der Wehrmacht am 12. März 1938

Die Ereignisse in Österreich mit Mussolinis „Wacht am Brenner“ überzeugten Hitler davon, daß die Zeit für einen Anschluß noch nicht reif war. In dieser Situation plädierte daher Franz von Papen — jetzt Sondergesandter Hitlers in Wien — für eine „evolutionäre“ Lösung dieser Frage, für die „geistige Durchdringung“<sup>62</sup> Österreichs; das Land sollte von innen heraus unterhöhlt werden<sup>63</sup>.

Kurt von Schuschnigg, Nachfolger von Dollfuß, spielte dieser Politik nachgerade in die Hand. Er unternahm nichts, um die „Lager“ zu versöhnen und das politisch gespaltene Land zusammenzuführen; er verfolgte bewußt einen „deutschen Weg“, mit Österreich als zweitem deutschen Staat, und seine Wirtschaftspolitik sorgte dafür, daß Österreich das Land in Europa mit der relativ höchsten Arbeitslosenzahl blieb. Außenpolitisch orientierte er sich dabei mehr und mehr nach Italien. Ob Papens „Evolutionstheorie“ allein jemals zum Erfolg geführt hätte, kann bezweifelt werden. Mitentscheidend waren jedenfalls die außenpolitische Isolierung und die wachsende Abhängigkeit von Mussolini, in die sich Schuschnigg manövrierte. Mit jedem Schritt, mit dem sich Mussolini den Westmächten entfremdete und Hitler annäherte (Überfall auf Abessinien, Spanischer Bürgerkrieg), ließ dessen Interesse an einem unabhängigen Österreich nach und wurde Schuschniggs Spielraum enger. So gab Mussolini Anfang 1936 Berlin zu verstehen, daß er bei einer Garantie der Brennergrenze nichts gegen

einen Vertrag einzuwenden habe, bei dem Österreich „so als formell unbedingt selbständiger Staat praktisch ein Satellit Deutschlands“ würde<sup>64</sup>).

Gleichzeitig riet er Schuschnigg zu einem Abkommen mit Hitler, um damit das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich zu verbessern. Das Ergebnis war das von Papen schon lange forcierte „vertrauliche Gentlemen Agreement“ vom 11. Juli 1936. Schuschnigg verpflichtete sich:

1. „Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen der Außenpolitik der deutschen Reichsregierung zu führen“, wobei weder geklärt wurde, was „Bedachtnahme“ hieß, noch was mit „friedlich“ gemeint war;
2. österreichische Nationalsozialisten „zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung“ heranzuziehen;
3. die Pressepolemik und Propaganda gegen Deutschland einzustellen sowie
4. eine Amnestie durchzuführen.

Schuschnigg war sich im klaren darüber, was er da unterschrieb, aber es ging ihm darum, „Zeit zu gewinnen und im Augenblick vom deutschen Druck etwas entlastet zu werden“<sup>65</sup>), zumal Hitler als Gegenleistung bestätigte, daß „Deutschland weder die Absicht noch den Willen (hat), sich in die österreichischen inneren Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen“<sup>66</sup>). Tatsächlich aber hatte Hitler mit diesem Abkommen den entscheidenden Fuß in die österreichische Tür bekommen: mit Glaise-Horstenau saß schon bald ein Nationalsozialist am Tisch des österreichischen Ministerrates, und die 17.000 amnestierten Nationalsozialisten verstärkten nun den Kampf der „Bewegung“ gegen das „System“, während das Land außenpolitisch ohne Schutz dastand, als es im Herbst 1936 zur „Achse Berlin-Rom“ kam. Damals entstand das makabre Scherzwort, diese Achse sei

<sup>61</sup>) Zum Juli-Putsch siehe vor allem: Gerhard Jagschitz, Der Putsch. Die Nationalsozialisten im Juli 1934 in Österreich. Graz 1975. Ferner: Österreich 1927—1938. Protokoll des Symposiums in Wien vom 23.—28. 10. 1972. hrsg. v. L. Jedlicka/R. Neck. Wien 1973 (darin in erster Linie die Beiträge von K. Stuhlpfarrer, Österreichs außenpolitische Lage 1934; L. Jedlicka, Die Ära Schuschnigg; G. Jagschitz, Bundeskanzler Dollfuß und der Juli 1934); Gottfried-Karl Kindermann, Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und österreichischer Abwehresieg von 1934. Hamburg 1984.

<sup>62</sup>) Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938. Frankfurt-Berlin 1968. S. 436; A. Hillgruber (Anm. 3), S. 169; Norbert Schausberger, Der Anschluß, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalik (Hrsg.), Österreich 1918—1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1. Graz-Wien-Köln 1983, S. 518.

<sup>63</sup>) Vgl. Franz Müller, Franz von Papen und die deutsche Österreichpolitik in den Jahren 1934—1938, in: Th. Albrich, u. a. (Anm. 23), S. 357—384.

<sup>64</sup>) Mussolini am 6. 1. 1936 gegenüber Botschafter U. v. Hassell. Vgl. Esmond Robertson, Zur Wiederbesetzung des Rheinlandes 1936, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 10 (1962), S. 189.

<sup>65</sup>) N. Schausberger (Anm. 62), S. 518.

<sup>66</sup>) ADAP (D), Bd. I, S. 231 ff.

der Spieß, an dem Österreich braun gebraten werde<sup>67)</sup>.

Ebenfalls im Herbst 1936 begann auf deutscher Seite mit dem Vierjahresplan die Phase der direkten Kriegsvorbereitungen. In diesem Zusammenhang wurde Österreich nicht etwa aus den von Hitler auf Seite 1 von „Mein Kampf“ genannten und bereits zitierten Gründen immer wichtiger, sondern aus strategischen und ökonomischen Gründen. Nicht von ungefähr war es dann Hermann Göring, als Beauftragter für den Vierjahresplan für die Aufrüstung verantwortlich, der nun zur treibenden Kraft für einen schnellen Anschluß wurde.

In Österreich lockten 600 000 Arbeitslose, unter ihnen Zehntausende hochqualifizierter Facharbeiter, zahlreiche neue Produktionskapazitäten und wichtige Rohstoffe, insbesondere Eisenerz, Holz, Erdöl, Magnesit. Vor allem aber lockten Geld- und Devisenvorräte, die angesichts der eigenen katastrophalen Devisenlage dringend benötigt wurden. So verfügte die Deutsche Reichsbank Ende 1937 nur noch über Devisen im Wert von rd. 90 Mio. Reichsmark, während die deutsche Beute im März 1938 mit umgerechnet rd. 1,4 Mrd. Reichsmark geradezu gigantisch war. Statt das Geld für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verwenden und so die Arbeitslosen und Ausgesteuerten für den Staat zu gewinnen, hatte die Schuschnigg-Regierung der Währungsstabilität absoluten Vorrang eingeräumt und Devisen angehäuft<sup>68)</sup>. Mit dieser Beute, so Schausberger, „erhalten Dimension und Bedeutung der deutschen Anschluß-Forcierung um die Jahreswende 1937/38 erst ihr wirkliches weltpolitisches Gewicht: Das Deutsche Reich konnte mit dem Gewinn Österreichs seine kritische wirtschaftliche Situation überwinden sowie Tempo und Vorsprung der Rüstung durch mindestens neun Monate aufrechterhalten.“<sup>69)</sup>

Ende 1937 befand sich Österreich innen- und außenpolitisch in einer fast hoffnungslosen Lage: Hitler hatte von Mussolini bei dessen Besuch in Berlin im September 1937 freie Hand im Hinblick auf Österreich erhalten; auch von den Briten war keine Hilfe zu erwarten, nachdem Lord Halifax — Vor-

sitzender des Geheimen Rates, Vertrauter von Premierminister Chamberlain und schon bald Außenminister — am 19. November 1937 Hitler zu verstehen gegeben hatte, daß bei Danzig, Österreich und der Tschechoslowakei England nur daran interessiert sei, „daß diese Änderungen im Wege friedlicher Evolution zustandegebracht würden und daß Methoden vermieden würden, die weitergehende Störungen ... verursachen könnten“<sup>70)</sup>, während im Innern die 5. Kolonne der nach wie vor illegalen Nationalsozialisten ihre Aktivitäten verstärkte.

Die Ablösung der Generäle Blomberg und Fritsch und der Wechsel an der Spitze des Auswärtigen Amtes (Neurath wurde durch Ribbentrop ersetzt) Anfang Februar 1938 machten deutlich, daß Hitler entschlossen war, den ersten Schritt auf jenem Weg zu gehen, den er in seiner Rede vom 5. November 1937 aufgezeigt hatte, und dabei notfalls auch Gewalt anzuwenden. Hitler war nunmehr unumschränkter Herrscher über die Wehrmacht.

In Österreich ist diese Entwicklung damals nicht erkannt worden — übrigens auch nicht von den Gegnern dieser Politik im Reich —, sonst wäre Schuschnigg wohl kaum zu jenem Treffen mit Hitler am 12. Februar in Berchtesgaden bereit gewesen, das Papen und die österreichischen Nationalsozialisten eingefädelt hatten. Wenn der österreichische Kanzler gehofft hatte, bestehende Differenzen klären und Zeit gewinnen zu können, so gab es für ihn ein böses Erwachen. Hitler diktierte dem sowieso nicht besonders nervenstarken Schuschnigg ein auf drei Tage befristetes Ultimatum, die österreichische Außen-, Militär-, Wirtschafts- und Pressepolitik der deutschen anzupassen, den Nationalsozialisten Betätigungsfreiheit und Amnestie zu gewähren und einen ihrer Gemäßigten, Seyß-Inquart, zum Innenminister mit unbeschränkter Polizeikompetenz zu ernennen. Für den Fall der Ablehnung drohte er mit dem Einmarsch der Wehrmacht — ein Bluff, da dafür die Vorbereitungen noch nicht begonnen hatten.

Schuschnigg kapitulierte, zumal auch von außen keine Hilfe zu erwarten war. Dies war im Grunde schon der Anfang vom Ende, das dann doch schneller als erwartet kam. Der Anschluß lag damals „in der Luft“; wenige Tage nach Berchtesgaden setzte eine wilde Kapitalflucht ins Ausland ein. Am 20. Februar 1938 hielt Hitler eine besonders in Österreich mit Spannung erwartete Rede, die zum erstenmal im österreichischen Rundfunk übertragen wurde — auch ein Ergebnis von Berchtesgaden. Hitler erwähnte die Unabhängigkeit Österreichs dabei allerdings mit keinem Wort, wies vielmehr darauf hin, daß zehn Millionen Deutsche gegen ihren eigenen Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Reich gehin-

<sup>67)</sup> Vgl. N. Schausberger (Anm. 62), S. 741. Zum Juli-Abkommen vgl. Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976, hrsg. v. Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck, Wien 1977.

<sup>68)</sup> Vgl. hierzu Dieter Stiefel, Utopie und Realität: Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates, in: Th. Albrich u. a. (Anm. 23), S. 403–434.

<sup>69)</sup> N. Schausberger (Anm. 62), S. 522 f. Zu dieser Thematik die detaillierte Arbeit von Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien-München 1978. Zur Gesamtproblematik: Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978, hrsg. v. Rudolf Neck/Adam Wandruszka, Wien 1981. Vgl. hierzu auch Dietmar Petzina, Die deutsche Wehrwirtschaftsplanung und der Anschluß Österreichs, in: Th. Albrich u. a. (Anm. 23), S. 453–480.

<sup>70)</sup> ADAP I. Dok. Nr. 31. S. 47–52.

dert würden und daß es auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich sei, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Sympathie oder ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk, seinem Schicksal und seiner Weltauffassung fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt werde.

Entsprechend war die Reaktion; in vielen Teilen Österreichs folgten der Hitler-Rede nationalsozialistische Demonstrationen und Freudenkundgebungen: „In Wien wurde vom Rathaus die rotweißrote Fahne gerissen und die Hakenkreuzfahne gehißt, in Graz fühlten viele bereits ‚das Dritte Reich ausgebrochen‘, und die österreichische Exekutive, jetzt unter Befehl von Seyß-Inquart, schritt nicht ein.“<sup>71)</sup>

In Linz nahm Seyß-Inquart am 2. März (mit Hitler-Gruß) eine Parade der verbotenen SA ab; die Veranstaltung wurde zu einer NS-Demonstration, die mit Sprechchören „Ein Volk, ein Reich“, „Sieg-Heil!“ und „Deutschland erwache, Juda verrecke!“ endete<sup>72)</sup>. Ähnliche Demonstrationen folgten im ganzen Land; die Lage wurde von Tag zu Tag kritischer. In einer verzweifelten Aktion versuchte Schuschnigg, die Initiative zurückzugewinnen und löste damit den letzten Akt dieses Dramas selbst aus. Mit dem einstigen Kampftruf des Tiroler Freiheitshelden Andreas Hofer, „Mander, 's ischt Zeit!“, verkündete er am 9. März in Innsbruck auf einer Versammlung der Vaterländischen Front die Abhaltung einer Volksbefragung am Sonntag, dem 13. März. Die Parole sollte lauten: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einig Österreich!“ Auch jetzt noch hatte es Schuschnigg für notwendig gehalten, was auch von vielen seiner Anhänger bedauert wurde, von einem „deutschen“ Österreich zu sprechen.

Die ganze Aktion kam jedoch zu spät, war angesichts der Politik der vergangenen vier Jahre ein Verzweigungsschritt und wurde, wie der italienische Außenminister Ciano notierte, dann auch die „Bombe“, dazu bestimmt, Schuschnigg „in der Hand zu explodieren“; nicht umsonst hatte Mussolini vor einem solchen Schritt gewarnt<sup>73)</sup>.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, was wohl geschehen wäre, hätte die Abstimmung stattgefunden. Hitler und seine Paladine, die wußten, wie die Ergebnisse von Volksabstimmungen in Diktaturen auszusehen hatten, befürchteten wohl zu Recht, daß Schuschnigg eine überzeugende Mehrheit zustandebekommen hätte, auch wenn – oder wohl

gerade weil – es keine Wählerlisten gab (seit acht Jahren hatten keine allgemeinen Wahlen mehr stattgefunden); Wahlbetrug wäre also möglich gewesen<sup>74)</sup>.

Der 10., 11. und 12. März waren dann von Chaos, Kompetenz- und Entscheidungswirrwarr in Wien gekennzeichnet, wobei der 11. März zum entscheidenden Tag wurde. Die Chronologie der wichtigsten Ereignisse ist inzwischen weitgehend bekannt; sie stellt sich in Kurzfassung folgendermaßen dar<sup>75)</sup>: Am Vormittag des 10. März reagierte Hitler auf Schuschniggs Rede; er befahl, das „Unternehmen Otto“, d. h. den Einmarsch in Österreich, für den 12. März vorzubereiten; um 18.30 Uhr wurde der entsprechende Mobilisierungsbefehl erteilt; Glaise-Horstenau, der sich zufällig in Deutschland aufhielt, wurde beauftragt, sofort nach Wien zurückzukehren und Schuschnigg ultimativ aufzufordern, die Volksbefragung zu verschieben. Ein Erfolg dieser Befragung schien sicher, als am Morgen des 11. März das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten die Arbeiter aufforderte, mit „Ja“ zu stimmen<sup>76)</sup>.

Dem folgten an diesem Tag gleich drei Ultimaten der österreichischen Nationalsozialisten in Wien – jeweils nach Rücksprache mit Berlin:

1. Um 10.00 Uhr wurde Schuschnigg von Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau unter Androhung ihres Rücktritts – was den Bruch des Berchtesgadener Abkommens bedeutet und Hitler den offiziellen Grund zum militärischen Einschreiten gegeben hätte – aufgefordert, die Volksbefragung abzusetzen; Schuschnigg akzeptierte um 11.30 Uhr.

Um 13.00 Uhr unterzeichnete Hitler die Weisung Nr. 1 für den Einmarsch am 12. März. Sollte es zum Widerstand kommen, so sollte dieser „mit größter Rücksichtslosigkeit durch Waffengewalt“ gebrochen werden<sup>77)</sup>.

<sup>74)</sup> In fast allen Arbeiten über den Anschluß wird darauf verwiesen, daß in verschiedenen entlegenen Kleingemeinden Österreichs die von Schuschnigg angesetzte Volksbefragung tatsächlich abgehalten worden sei, weil man von den Ereignissen am 11. und 12. März noch nichts gewußt habe, und daß im Vergleich zum 10. April völlig diametrale Ergebnisse erzielt worden seien, einmal 100% für ein unabhängiges Österreich und einmal 100% für den Anschluß. Als erster hat davon Kurt Schuschnigg, *Im Kampf gegen Hitler*, Die Überwindung der Anschlußidee, Wien 1969, S. 313, berichtet und dabei die Tiroler Gemeinde Tarrenz genannt. Solche Abstimmungen haben nachweislich nicht stattgefunden; dennoch hält sich diese Legende hartnäckig. Vgl. hierzu kritisch Gerhard Botz, *Schuschniggs geplante „Volksbefragung“ und Hitlers „Volksabstimmung“ in Österreich. Ein Vergleich*, in: *Anschluß 1938* (Anm. 69), S. 220–243.

<sup>75)</sup> Ausführliche Darstellungen bei N. Schausberger (Anm. 62), S. 534; Erwin Schmidl, *März 1938. Der deutsche militärische Einmarsch in Österreich*, Wien 1987.

<sup>76)</sup> Zitiert bei F. Danimann (Anm. 72), S. 53f.

<sup>77)</sup> IMT, XXXIV, S. 336.

<sup>71)</sup> Vgl. N. Schausberger (Anm. 62), S. 530.

<sup>72)</sup> Vgl. Franz Danimann (Hrsg.), *Finis Austriae*, Österreich, März 1938, Wien-München-Zürich 1978, S. 49.

<sup>73)</sup> Graf Ciano, *Tagebücher 1937/38*, Hamburg 1949, S. 123.

2. Wenige Minuten nach 13.00 Uhr folgte dann das auf 17.30 Uhr befristete zweite Ultimatum von Seyß-Inquart: Rücktritt des Kabinetts und Neubildung durch ihn. Fast gleichzeitig begann in den Städten und Ländern die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten; das alte Regime brach nahezu widerstandslos zusammen. Als in dieser Situation diplomatische Anfragen in Paris, London und Rom deutlich machten, daß von dort keine Hilfe zu erwarten war, trat Schuschnigg um 16.00 Uhr zurück. Dem folgte wenig später das

3. Ultimatum, diesmal an Bundespräsident Miklas: bis 19.30 Uhr Ernennung von Seyß-Inquart zum neuen Bundeskanzler, andernfalls Einmarsch der deutschen Truppen. Während Miklas sich noch weigerte, das Ultimatum anzunehmen, kapitulierte Schuschnigg endgültig; er verabschiedete sich um 20.00 Uhr über den Rundfunk von seinen Landsleuten und gab Ultimatum und Einmarschdrohung bekannt<sup>78)</sup>. Das Bundesheer wurde angewiesen, daß bei einem Einmarsch deutscher Truppen „kein Schuß abzugeben“ sei und sich „die eigenen Truppen nach Osten zurückzuziehen hätten“.

Unabhängig von der Frage, wie sich die Truppen in Vorarlberg und Tirol „nach Osten“ zurückziehen sollten, lauten die viel interessanteren und oft gestellten Fragen: „Warum ist kein Befehl zum militärischen Widerstand gegeben worden?“ und „Was wäre dann geschehen?“ Die zweite Frage kann der Historiker nicht beantworten; die erste Frage kann ernsthaft wohl nur so beantwortet werden, daß in der konkreten Situation jenes 11./12. März unmittelbar vor bzw. nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten jede politische Grundlage für einen solchen Befehl bzw. für dessen Durchführung fehlte; und im übrigen wollte diese österreichische Führung kein „deutsches Blut“ vergießen.

In der Diskussion um einen möglichen Widerstand ist hier oftmals der Wunsch der Vater des Gedankens. Es gab keinen politischen Willen für einen solchen Schritt, es gab keine funktionsfähige Regierung mehr, die Truppe war von „illegalen Elementen“, sprich Nationalsozialisten, durchsetzt, und die Nationalsozialisten hatten praktisch schon die Macht im Lande übernommen. Am 11. März um 23.00 Uhr wurde Seyß-Inquart dann von Miklas zum neuen Bundeskanzler ernannt. Obwohl der Sieg der österreichischen Nationalsozialisten damit vollständig war, änderte dies nichts an der von Hitler um 20.45 Uhr unterzeichneten Weisung Nr. 2, am 12. März bei Tagesanbruch mit dem Einmarsch zu beginnen; die letzte Ungewißheit auf Seiten Hitlers wurde am späten Abend beseitigt, als aus Rom

mitgeteilt wurde, Mussolini habe nichts gegen die Aktion<sup>79)</sup>.

Jubel und Begeisterung der Österreicher beim Einmarsch der deutschen Truppen am Vormittag des 12. März übertrafen alle Erwartungen auf deutscher Seite und trugen mit zu Hitlers Entschluß bei, den Anschluß Österreichs sofort und vollständig durchzuführen, ohne die zunächst beabsichtigte Übergangsregelung abzuwarten. Seyß-Inquart blieb es vorbehalten, als letzten Akt seiner zweitägigen Kanzlerschaft am 13. März das Gesetz über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ zu unterzeichnen, in dem der Artikel 1: „Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches“ in fataler Weise an das Jahr 1918 erinnerte, obwohl doch alles ganz anders war.

Neben Begeisterung, Jubel, Zustimmung, Hoffnung auf bessere Zeiten und viel Opportunismus gab es damals auch Österreicher, die mit dem, was da geschah, nicht einverstanden waren — auch wenn sie weitgehend unbemerkt blieben, denn Himmlers Schergen griffen schnell zu; was blieb, waren die Jubelbilder und Hitler auf dem Heldenplatz. Und wo noch Skepsis war, wurde diese in den Wochen bis zur Volksabstimmung am 10. April unter einem bisher nicht dagewesenen Propagandafeldzug erstickt — nicht ohne Zutun der Österreicher selbst.

So begrüßten es die katholischen Bischöfe, „daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde“, und wollten „dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen (begleiten)“; Kardinal Innitzer unterzeichnete mit „Heil Hitler“<sup>80)</sup>. Karl Renner erklärte am 2. April: „Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache; und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles ... Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Österreich werde ich mit „Ja“ stimmen.“<sup>81)</sup>

Wer sollte als Katholik oder Sozialist bei solchen „Vorgaben“ noch mit „Nein“ stimmen? Entspre-

<sup>79)</sup> Hitlers emphatische Antwort, er werde ihm dies „nie vergessen . . . Nie, nie, nie, was immer geschehen mag“ (IMT, XXXI, S. 368f.), führte zu dem Gerücht, Mussolini habe Hitler als „Morgengabe“ die Rückgabe Südtirols zugesagt. Vgl. hierzu Günther Pallaver, „Ihr Deutsche, gebt uns Brüdern Raum/Da wir nach Norden schreiten.“ Eine großdeutsche Lösung für Südtirol?. in: Th. Albrich u. a. (Anm. 23), S. 221–270.

<sup>80)</sup> Faksimile in: Anschläge. Politische Plakate in Deutschland 1900–1970, hrsg. v. Friedrich Arnold, Ebenhausen 1972, Nr. 110.

<sup>81)</sup> Neues Wiener Tagblatt, 2. 4. 1938.

<sup>78)</sup> Wiener Zeitung, 12. 3. 1938.



chend war denn auch das Ergebnis. Auf die Frage: „Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?“<sup>82)</sup> gab es in Österreich 4.453.772 = 99,73% Ja-Stimmen, 11.929 Nein-Stimmen und 5.776 ungültige Stimmzettel (in Deutschland 44.362.667 = 99,02% Ja-, 440.429 Nein-Stimmen; die Abstimmung galt gleichzeitig als Wahl zum Reichstag). Dabei ist wohl davon auszugehen, daß es Wahlfälschungen im großen Stil nicht gab — dies war unter den gegebenen Umständen in der Tat auch gar nicht nötig<sup>83)</sup>.

Bei vielen Österreichern trat die Ernüchterung dann aber schon bald ein. Hitler hatte die österreichischen Nazis nie besonders gemocht, und so übernahmen Nationalsozialisten aus dem „Altreich“ führende Positionen in Österreich. Und daß im ersten Flugzeug, das am 12. März in Wien um 4.30 Uhr landete, u. a. Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, sowie SS-Grup-

penführer Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsdienstes (SD), gewesen waren, hatte auch seine Bedeutung: Bis Dezember befanden sich rd. 21.000 Menschen in „Schutzhaft“; es gab systematischen Terror, Racheakte und schlimme antisemitische Ausschreitungen — auch dies war nur möglich, weil der Antisemitismus in Österreich tief verwurzelt war.

Der Name „Österreich“ und die Traditionen des Landes wurden schon bald ausgelöscht; aus Österreich wurde erst die „Ostmark“, dann „Alpen- und Donaugau“; von der Höhe seiner reichen Kultur sank es in den Provinzialismus ab. Dies wollte von jenen, die am 10. April 1938 mit „Ja“ gestimmt hatten, wohl niemand, genausowenig wie sie Krieg wollten. Die meisten Österreicher taten in diesem Krieg zwar ihre „Pflicht“ bis zum bitteren Ende, aber für viele galt auch das, was der Sozialdemokrat und spätere österreichische Bundespräsident Adolf Schärf einem Vertreter des deutschen Widerstandes im Frühjahr 1943 sagte: „Der Anschluß ist tot, die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden.“<sup>84)</sup>

<sup>82)</sup> Politische Plakate (Anm. 80), Nr. 111.

<sup>83)</sup> Vgl. hierzu auch Thomas Albrich, „Gebt dem Führer euer Ja!“ Die NS-Propaganda in Tirol für die Volksabstimmung am 10. April 1938, in: ders. u. a. (Anm. 23), S. 505—538.

<sup>84)</sup> Adolf Schärf, Erinnerungen aus meinem Leben, Wien 1963, S. 267.

# Der „Anschluß“ von 1938 und die internationalen Reaktionen

## I. Die Zeit vor dem „Anschluß“ im Überblick

Am 12. November 1918 wurde von der provisorischen Nationalversammlung in Wien einstimmig ein Gesetz über die Staats- und Regierungsform Österreichs einstimmig verabschiedet, welches in Artikel 2 besagte, daß „Deutsch-Österreich“ Bestandteil der „Deutschen Republik“ sei. Bei den Verhandlungen zum Friedensvertrag von St. Germain mußte die österreichische Delegation jedoch die Bedingungen der Siegermächte akzeptieren, die den Anschluß an das Deutsche Reich untersagten. Die österreichische Nationalversammlung stimmte am 10. September 1919 zwar für die in Paris getroffenen Vereinbarungen, allerdings unter einstimmigem Protest<sup>1)</sup>. Der neue Staat konnte kaum eine weitgehende Zustimmung erwarten, da in großen Teilen der Bevölkerung und in fast allen politischen Lagern Anfang der zwanziger Jahre der Anschlußgedanke weit verbreitet war. Die junge Republik hatte zudem schwere Wirtschaftskrisen zu bestehen, die ihre Existenz wiederholt ernstlich in Frage stellten. Österreich wurde abhängig von Lebensmittellieferungen und Hilfsaktionen des Auslandes sowie von hohen Krediten durch Anleihen des Völkerbundes, der bei seinen Unterstützungen apodiktisch voraussetzte, daß der politische Status quo unangetastet bleiben sollte<sup>2)</sup>. Versuche, sich diesen Auflagen zu entziehen, wie etwa das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion 1931, scheiterten am Widerstand Frankreichs und der Kleinen Entente<sup>3)</sup>, wobei schon vor diesem Zeitpunkt die allgemeine Anschluß euphorie in Österreich merklich abgeklungen war.

Die Österreich durch den Völkerbund auferlegten Bestimmungen versuchte Weimar-Deutschland vor 1931 vorsichtig – auf inoffiziellem Wege – zu

umgehen. Ab 1933 wurde das Anschlußverbot von den Nationalsozialisten dann massiv propagandistisch bekämpft; mit Pressuren aller Art wurde der „Anschluß“ forciert. Die von Hitler verfügte 1000-Mark-Sperre für Reisen deutscher Urlauber nach Österreich, die diesen Betrag beim Grenzübertritt zu entrichten hatten, bedeutete einen weiteren schweren Schlag für die Wirtschaft des mittlerweile autoritär geführten „Ständestaates“<sup>4)</sup>. Der NS-Terror in Österreich fand am 25. Juli 1934 seinen Höhepunkt, als Mitglieder einer illegalen österreichischen SS-Standarte in das Bundeskanzleramt eindringen und Kanzler Dollfuß ermordeten.

Nach dem Scheitern des dilettantisch vorbereiteten Putsches zeigte sich Hitler zurückhaltend, zumal Mussolini Truppen in der Stärke von fünf Divisionen am Brenner sowie an der Grenze Kärntens aufmarschieren ließ und der faschistisch gelenkten Presse grünes Licht für eine heftige Kampagne gegen Deutschland gab. Die Ereignisse des Putsches<sup>5)</sup> und die internationalen Reaktionen hatten Hitler gezeigt, daß allein Italien eine verlässliche Stütze für die österreichische Unabhängigkeit bieten konnte. England und Frankreich zeigten sich auf der Dreimächte-Konferenz in Stresa am 14. April 1935 mit Italien zwar zu einer gemeinsamen Deklaration zugunsten der Selbständigkeit Österreichs bereit, doch bei Besuchen des neuen Bundeskanzlers Schuschnigg in Paris und London im Februar 1935 war schon deutlich geworden, „daß die Westmächte in der Österreich-Frage Italien den Vortritt und eine Art Mandat zur Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit“ überlassen wollten.

<sup>1)</sup> Alfred D. Low, Die Anschlußbewegung in Österreich und Deutschland 1918–1919 und die Pariser Friedenskonferenz, Wien 1975; Ludwig Jedlicka/Anton Staudinger, Ende und Anfang, Österreich 1918/19, Wien und die Bundesländer, Salzburg 1969; Karl R. Stadler, Hypothek auf die Zukunft, Die Entstehung der österreichischen Republik 1918–1921, Wien–Frankfurt–Zürich 1968.

<sup>2)</sup> Vgl. Kurt Schuschnigg, Dreimal Österreich, Wien 1937, S. 82 ff., 171 ff.

<sup>3)</sup> Dieser Plan fand auch nicht in allen österreichischen Kreisen Zustimmung, hierzu: Frank Wittendorfer, Industrie, Banken, Politiker und Verbände in Österreich im Widerstand gegen die Wirtschaftspolitik des Jahres 1931, Dargestellt am Beispiel des deutsch-österreichischen Zollunionsprojekts, Phil. Diss., Innsbruck 1986.

<sup>4)</sup> Winfried R. Garscha, Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft, Kontinuität und Wandel deutscher Anschlußpropaganda und Angleichungsbemühungen vor und nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ (Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, 4), Wien-Salzburg 1984; Gustav Otruba, Hitlers „Tausend-Mark-Sperre“ und die Folgen für Österreichs Fremdenverkehr (1933–1938) (Linzer Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 9), Linz 1983; Harald Walser, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933–1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung, 28), Wien 1983.

<sup>5)</sup> Zum 25. Juli 1934 in Österreich nach wie vor grundlegend: Gerhard Jagschitz, Der Putsch, Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz-Wien-Köln 1976; siehe auch: Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934, Akten der Historischen Kommission des Reichsführers SS, Wien-München-Zürich 1984.

Ein Jahr später sollte sich aber erweisen, daß Italien als Schutzmacht für Österreich nicht mehr in Frage kam. Mussolinis Krieg in Abessinien gab „dem Schicksal Österreichs eine entscheidende Wendung“<sup>6)</sup>. Infolge der engen Bindung an Italien nahm Schuschnigg nicht an Sanktionen des Völkerbundes gegen Mussolini teil, bewirkte damit jedoch eine schwere Verstimmung im Westen. Da NS-Deutschland sich im Abessinien-Konflikt voll hinter Italien stellte, war Mussolini Hitler gegenüber verpflichtet, Zugeständnisse in der Österreichfrage zu machen. Als Schuschnigg im Frühjahr 1936 Mussolini traf, ließ der Duce keinen Zweifel mehr daran, wieviel ihm an einem Ausgleich Österreichs mit dem Deutschen Reich gelegen war. Da ein energisches Eintreten Englands für die österreichische Eigenstaatlichkeit nach dem deutsch-britischen Flottenabkommen vom Juni 1935 kaum mehr zur Diskussion stand und Italien von der Unterstützung (Kohlelieferungen) Hitlers abhängig wurde, bemühte sich Schuschnigg um die Kontaktaufnahme mit Berlin. Am 11. Juli 1936 erfolgte die Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Österreich und Deutschland, welcher sich in der Folgezeit als erster Schritt zur Gleichschaltung Österreichs entpuppte.

Mit dem „Juli-Abkommen“ begann die NS-Expansionspolitik Konturen anzunehmen, wengleich die Vereinbarung auch nach außen hin als Sieg der Entspannung in Europa gefeiert wurde<sup>7)</sup>. De facto war die Frage des österreichischen Nationalsozialismus jedoch nicht gelöst, die innenpolitische Spannung nicht beseitigt worden und Italien als Protektor Österreichs weggefallen, denn das Abkommen erleichterte es Hitler, am 25. Oktober 1936 mit Mussolini einen Freundschaftsvertrag abzuschließen. Im November 1936 trat Mussolini dem Antikominternpakt bei, und ein Jahr später konnte Hitler bei einem Deutschlandbesuch Lord Halifax' den Eindruck gewinnen, daß England bei einem eventuellen deutschen Vorgehen gegen Österreich nicht militärisch eingreifen würde. Die Artikel 80 und 88 der Verträge von Versailles und St. Germain unter sagten zwar einen Anschluß, doch verloren sie nach und nach an Bedeutung, so daß zwischen den europäischen Mächten 1936/37 keine wirksame Vereinbarung, geschweige denn so etwas wie eine Garantieerklärung — wie beispielsweise die Englands für Polen 1939 — zum Schutze der staatlichen Integrität Österreichs getroffen wurde.

<sup>6)</sup> Adam Wandruszka, Österreich von der Begründung der ersten Republik bis zur sozialistischen Alleinregierung 1918–1970, in: Theodor Schieder (Hrsg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Stuttgart 1979, Bd. 7/2, S. 859 f.

<sup>7)</sup> Norbert Schausberger, Österreich und die nationalsozialistische Anschließpolitik, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 12), Düsseldorf 1976, S. 739.

Den radikalen Nationalsozialisten in Österreich ging das „Juli-Abkommen“ und die beabsichtigte Einbindung der „nationalen Opposition“ in ständestaatliche Organisationen nicht weit genug, da ihnen auf diese Weise der angestrebte „Anschluß“ auf die lange Bank geschoben schien. Mit verstärkten illegalen Aktivitäten versuchten sie 1937/38, die Übereinkunft zu torpedieren und Hitler Vorwände zur Intervention zu liefern, während sich der innen- und außenpolitische Handlungsrahmen Österreichs weiter verengte, nahm in Berlin die Entschlossenheit zu, die Österreichfrage — wenn nötig auch gewaltsam — zu lösen. Auf einen Rat Papens<sup>8)</sup>, der nach dem Juli 1934 als „außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in besonderer Mission“ in Wien tätig war, entschloß sich Schuschnigg, die Krise durch eine direkte Aussprache mit Hitler zu entschärfen. Er versuchte, Zeit zu gewinnen, bis sich die außenpolitische Lage zugunsten Österreichs verändert haben würde, um so den „Anschluß“ zu verhindern.

Am 12. Februar 1938 kam es in Berchtesgaden zu dem Treffen. Durch die Anwesenheit höchster Wehrmachtsskommandeure unter Druck gesetzt und von Hitler massiv bedroht, blieb Schuschnigg nur noch die Zustimmung zu den neuen Forderungen des „Führers“. Die getroffenen Vereinbarungen enthielten das Versprechen, den Nationalsozialisten Seyß-Inquart<sup>9)</sup> in die Regierung zu berufen und ihm das Innenministerium zu überlassen, Mitarbeiter Seyß-Inquarts in den staatlichen Bundespressdienst aufzunehmen sowie ferner die Intensivierung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs, die Auswechslung des Generalstabchefs des Bundesheeres, einen planmäßigen Offiziersaustausch, regelmäßige Besprechungen des Generalstabs und die Möglichkeit der legalen Betätigung der Nationalsozialisten in Österreich im Rahmen der Vaterländischen Front durchzuführen bzw. zu gewährleisten<sup>10)</sup>.

Mit diesem Abkommen war die innere Gleichschaltung Österreichs praktisch so gut wie vollzogen, der formelle „Anschluß“ nur mehr eine Frage der Zeit. Ein deutscher Einmarsch war im Grunde überflüssig geworden. Dementsprechend reagierten die Westmächte, denen die Abmachungen von Berchtesgaden im Detail bekannt waren. Am 17. Februar 1938 erklärte der englische Außenminister Anthony Eden, daß Großbritannien mangels tatsächlicher Sanktionsmöglichkeiten nicht die Initiative ergreifen werde, um Österreichs Unabhängigkeit zu sichern. Vier Tage später bekannte der britische Premierminister Chamberlain dem italie-

<sup>8)</sup> Franz Müller, Franz von Papen als Sondergesandter Hitlers in Wien und die deutsch-österreichischen Beziehungen 1934–1938, Phil. Diss, München 1987.

<sup>9)</sup> Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft, Seyß-Inquart und der Anschluß, Wien-Frankfurt-Zürich 1972.

<sup>10)</sup> A. Wandruszka (Anm. 6), S. 865 f.

nischen Botschafter Grandi, daß England Österreich für verloren ansehe. Auch Frankreich lehnte

ein Ergreifen von Initiativen ab, als Englands Reaktion bekannt wurde<sup>11)</sup>.

## II. Der „Anschluß“ 1938

Die österreichischen Nationalsozialisten feierten das Berchtesgadener Abkommen als Sieg. Trotz der weitgehenden österreichischen Konzessionen gab Hitler in einer Reichstagsrede vom 20. Februar 1938 zu verstehen, daß Deutschland nicht länger gewillt sei, die „Unterdrückung“ von zehn Millionen Deutschen an seinen Grenzen zu dulden. Nach Berchtesgaden spitzte sich daher die politische Lage in Österreich weiter zu, und bürgerkriegsähnliche Zustände wie 1934 waren nicht mehr auszuschließen. Die organisierte Arbeiterschaft bot Schuschnigg ihre Hilfe im Kampf gegen Hitler für ein Mindestmaß an Zugeständnissen<sup>12)</sup> an, doch der Kanzler wollte sich — obwohl schon „fünf vor zwölf“ — nicht zu einem Bündnis mit der vom „Austrofaschismus“ verbotenen Linken durchringen. Damit blieb wahrscheinlich die letzte Gelegenheit ungenutzt, dem Nationalsozialismus zumindest einen partiellen Widerstand entgegenzusetzen. Schuschnigg sah sich Anfang März 1938 in einer ausweglosen Situation und kämpfte verzweifelt um seine Regierungsgewalt. In seiner hoffnungslosen Lage rief er am 9. März 1938 in Innsbruck zu einer Volksbefragung für den folgenden Sonntag, den 13. März, auf, bei der sich die Wähler „für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einigtes Österreich! Für Friede und Arbeit! Und für die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen“ entscheiden sollten<sup>13)</sup>. Der Kanzler rechnete mit 70 Prozent „Ja“-Stimmen, nachdem auch die Sozialisten zugesagt hatten, für ein unabhängiges Österreich zu votieren. Hitler wertete Schuschniggs Plan als Bruch des Berchtesgadener Abkommens, forderte in ultimativer Form die Absetzung der Volksbefragung und ließ Vorbereitungen für einen Einmarsch deutscher

Verbände in Österreich treffen. Obwohl Schuschnigg das Ultimatum erfüllte, wurde er von Berlin zum Rücktritt aufgefordert, der kurz darauf auch erfolgte. Mit der Regierungsbildung wurde Seyß-Inquart betraut.

Hätte Schuschnigg eine andere Chance gehabt, als zu kapitulieren? Militärisch gesehen, konnte das Bundesheer in einem Feldzug gegen Hitlers motorisierte Wehrmacht nicht standhalten. Im März 1938 waren lediglich 5000 Mann voll ausgerüstet. Feldmarschalleutnant Jansa, Chef des Generalstabs, hatte zwar Verteidigungspläne entworfen, doch die Munitionsversorgung hätte höchstwahrscheinlich nur für zwei Tage ausgereicht<sup>14)</sup>.

Am 11. März 1938 gab Hitler den Befehl zum Einmarsch, der in den Morgenstunden des 12. März begann. Wesentlich war, daß Mussolini nichts unternehmen und mit dem „Anschluß“ einverstanden sein würde. Tatsächlich war am 12. März 1938 keine Macht des europäischen Staatensystems ernsthaft bereit, sich für die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs zu verwenden. Wie die Westmächte reagiert hätten, wenn von österreichischer Seite doch ein zumindest symbolischer Widerstand geleistet worden wäre, ist wohl eine der interessantesten und zugleich ungelösten Fragen der österreichischen Zeitgeschichte. Spekulativ bleibt, ob ein solcher Widerstand den weiteren Verlauf der Dinge entscheidend verändert hätte. Fest steht jedenfalls, daß im März 1938 ein Widerstand gegen den „Anschluß“ für die meisten Österreicher jenseits ihrer Vorstellungswelt lag. Die Mehrheit hatte im Frühjahr 1938 mit dem „Anschluß“ etwas anderes verbunden, als die Erfahrungen in den folgenden Jahren zeigen sollten.

Noch am 11. März 1938 und dem Tag darauf trafen einige der engsten Mitarbeiter Hitlers (Himmler, Heydrich, Bürckel) in Wien ein und begannen sofort mit der „Säuberung“ Österreichs von „Volksverrättern und anderen Staatsfeinden“. Ein Großteil der Österreicher bereitete den einmarschierenden Truppen und dem später eintreffenden „Führer“ einen triumphalen Empfang. Seyß-Inquart erklärte später in Nürnberg, er habe niemals eine derartige

<sup>11)</sup> Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945–1955*, Graz-Wien-Köln 1979, S. 15; Fritz Fellner, *Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten*, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalmik (Hrsg.), *Österreich. Die Zweite Republik*, Graz-Wien-Köln 1972, Bd. 1, S. 53 f.; Erwin A. Schmidl, März 38, *Der deutsche Einmarsch in Österreich*, Wien 1987.

<sup>12)</sup> Franz Danimann (Hrsg.), *Finis Austriae. Österreich. März 1938*, Wien-München-Zürich 1978, S. 50 f.

<sup>13)</sup> Keesings Archiv der Gegenwart vom 9. März 1938, S. 3466; Gerhard Botz, *Schuschniggs geplante „Volksbefragung“ und Hitlers „Volksabstimmung“ in Österreich*, in: Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hrsg.), *Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978*, Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938, Bd. 7, Wien 1981, S. 220–243.

<sup>14)</sup> Gordon Brook-Shepherd, *Der Anschluß*, Graz-Wien-Köln 1963, S. 222 f.

Begeisterung erlebt<sup>15</sup>). Die überschwengliche Reaktion bei Hitlers Einzug bedeutete weniger eine voll bewußte Zustimmung der Österreicher zur Ideologie des Nationalsozialismus als vielmehr die Erwartung, daß sich die unbefriedigenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nun zum Besseren wenden würden. Die Weltwirtschaftskrise 1929 hatte Österreich besonders schwer getroffen. Bis 1933 war das reale Nationalprodukt auf 81 Prozent vom Stand von 1913 gesunken; die Industrieproduktion war seit der Wirtschaftskrise um 38 Prozent und der Außenhandel um fast 50 Prozent zurückgegangen, die Arbeitslosenzahl auf über 600.000 gestiegen. Österreich war das einzige Land Europas, in der Zwischenkriegszeit, welches nicht nur kein Wirtschaftswachstum, sondern sogar eine Schrumpfung aufzuweisen hatte und 1938 immer noch die höchste Arbeitslosenquote in Europa verzeichnete, obgleich man 1937/38 am Beginn eines Konsolidierungsprozesses stand<sup>16</sup>).

Am 13. März unterzeichnete Hitler ein Reichsgesetz über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Nach seiner Verkündung hörte Österreich – völkerrechtlich gesehen – auf, als selbständiger Staat zu bestehen<sup>17</sup>). Das Ende des „Ständestaates“ bedeutete gleichzeitig Entrechtung und Verfolgung seiner Träger. Noch im März 1938 rollten die ersten Transporte mit Verhafteten ins Konzentrationslager Dachau.

Am 10. April 1938 fand die im sogenannten Wiedervereinigungsgesetz vorgesehene Volksabstimmung statt, deren Ausgang staatsrechtlich gesehen bedeutungslos war, denn erstens war der „An-

schluß“ de facto bereits durchgeführt und zweitens das Gesetz hierüber schon in Kraft. Von fast vier-einhalb Millionen Stimmberechtigten gaben gleichwohl 99,7 Prozent – ein für totalitäre Systeme typisches Ergebnis – ihr „Ja“ zum „Anschluß“. Eine freie Vorbereitung der „Wahl“ war kaum möglich, denn nahezu alle namhaften Funktionäre der „Vaterländischen Front“, der Sozialisten und der Kommunisten waren schon vor der Abstimmung von der Gestapo verhaftet worden. So fehlte neben einer echten Alternative für die Wähler auch die politische Opposition. Es gab keine Möglichkeit, öffentlich Gegenpropaganda zu betreiben. Die Abstimmung wurde zur Farce, denn man hatte über etwas zu entscheiden, was ohnehin schon vollzogen war und augenscheinlich nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte. Für Hitler war ausschlaggebend, daß ein Wahlergebnat vorlag, welches allen ausländischen Einwänden entgegen gehalten werden konnte<sup>18</sup>). Österreich verschwand für sieben Jahre von der politischen Landkarte. Es war nunmehr ein Land des Deutschen Reiches geworden.

Der Euphorie des März und April 1938 folgte in Österreich bald die Ernüchterung. Die österreichischen „Nazis“ stimmten der Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich im März 1938 zu, doch waren viele mit dem Vollzug des „Anschlusses“ und ihrer eigenen politischen Entmachtung, aber auch mit ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen oder sozialen Zurücksetzung unzufrieden. Im städtischen Kleinbürgertum, einer der Kernschichten des Nationalsozialismus, machte sich Unzufriedenheit breit. Görings Wirtschaftspolitik, die vorrangig auf Kriegsziele ausgerichtet war, förderte vielfach nur die Produktivität und Gewinne der Großunternehmer; viele kleinere Betriebe wurden dagegen geschlossen. Der Unmut der Österreicher richtete sich vor allem gegen „Reichsdeutsche“, die in der staatlichen und besonders der Wiener Bürokratie überrepräsentiert waren. Die Wünsche der Bauern hingegen (Entschuldung, Kreditgewährung zur Bodenverbesserung und Mechanisierung, niedrige Lohnkosten und Bodenformen) wurden vielfach, wenn auch mit Verzögerungen, erfüllt, weswegen sich die NS-Herrschaft relativ lange auf die Loyalität der bäuerlichen Schichten verlassen konnte<sup>19</sup>).

<sup>15</sup>) Gerhard Botz, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses 1938–1940 (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, 1), Linz 1972, S. 30. Umfassend und unübertroffen zur Thematik: Ulrich Eichstädt, Von Dollfuss zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933–1938 (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, 10), Wiesbaden 1955, S. 427 f.

<sup>16</sup>) Norbert Schausberger, Der Anschluß und seine ökonomische Relevanz, in: R. Neck/A. Wandruszka (Anm. 13), S. 251 f., 421; Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien-München 1978.

<sup>17</sup>) U. Eichstädt (Anm. 15), S. 429, 431 f.; Heinrich Schönfelder, Deutsche Gesetze. Textsammlung, Dresden 1939<sup>10</sup>. Im Zusammenhang mit dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich war es freilich nicht korrekt, von einer „Wiedervereinigung“ zu sprechen, denn staatsrechtlich gesehen waren diese beiden Territorien nie miteinander vereint gewesen. So hätte der Begriff „Vereinigung“ ausgereicht. Im Entwurf zur Moskauer Deklaration über Österreich 1943 von dem Briten Geoffrey W. Harrison hieß es denn auch – richtig – „union“.

<sup>18</sup>) G. Botz (Anm. 13); U. Eichstädt (Anm. 15), S. 435 f.

<sup>19</sup>) Gerhard Botz, Der ambivalente „Anschluß“ 1938/39. Von der Begeisterung zur Ernüchterung, in: Zeitgeschichte, (1978/79) 1–12, S. 98 ff., 102 f.

### III. Die politisch-weltanschaulichen Lager und ihr Verhältnis zum „Anschluß“

Mit dem „Anschluß“ etablierte sich der Nationalsozialismus als alleinige politische Kraft in Österreich. Alle anderen politisch-weltanschaulichen Gruppierungen wurden aus der Öffentlichkeit verdrängt, wobei die neuen Machthaber teilweise auf schon vorhandene Verbotsstrukturen des „Ständestaates“ aufbauen konnten. Die Reaktionen der vier traditionellen ideologisch-politischen Strömungen auf den „Anschluß“ lassen sich für die Zeit von 1938 bis 1945 folgendermaßen beschreiben:

Die Christlich-Sozialen, Katholisch-Konservativen und Legitimisten, die größtenteils dem „Anschluß“ kritisch-skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, strebten weiterhin die Wiederherstellung eines katholisch ausgeprägten Österreich an, das möglicherweise später in einer süddeutschen oder einer Donaukonföderation aufgehen konnte.

Die Kommunisten hielten — abgesehen von der Zeit des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts von Ende 1939 bis Mitte 1941 — mehrheitlich an der österreichischen Eigenstaatlichkeit seit 1918/19 fest.

Die Sozialisten besaßen ein gespaltenes Verhältnis zum „Anschluß“. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der „Revolutionären Sozialisten“, die mit den illegalen Nationalsozialisten in der (Anti-)Haltung zum „Ständestaat“ konvenierten, ließ sich von der Begeisterungswelle im Frühjahr 1938 mitreißen, wie auch eine Stellungnahme Karl Renners nahelegt. In einem Interview vom April 1938 meinte Renner, daß die Aktion („Anschluß“ 1938) zwar nicht mit jenen Methoden erfolgt sei, zu denen er sich bekenne, aber der „Anschluß“ doch von ihm, der stets dafür gekämpft habe, als „wahrhafte Genußnahme für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles“ betrachtet werde. Als Sozialdemokrat, Verfechter des Selbstbestimmungsrechts, erster Kanzler der Republik „Deutsch-Österreich“ und damaliger Präsident ihrer Friedensdelegation werde er bei der Volksabstimmung mit „Ja“ stimmen<sup>20)</sup>. Mit dem Kriegsausbruch wurde die Stellung der Sozialisten zum „Anschluß“ ambivalenter. Einerseits verfolgten sie bis etwa 1943 noch das Ziel einer gesamtdeutschen, dann gesamteuropäischen Revolution, in der Österreich aufgehen sollte. Andererseits entwickelte sich

bei manchen von ihnen eine Abneigung gegen die als Herren auftretenden Deutschen, wobei in dieser Frage zwischen Sozialisten in der Emigration und jenen, die nach 1938 im Lande verblieben waren, unterschieden werden muß.

Bei letzteren kristallisierte sich immer stärker die Auffassung heraus, daß der Anschlußgedanke durch die nationalsozialistische Zwangsherrschaft diskreditiert worden sei. Die sozialistische Emigration hingegen war dem „Anschluß“ als solchem nicht abgeneigt gewesen. Man hoffte auf eine gesamtdeutsche Revolution und eine allgemeine Stärkung der Bewegung durch das großdeutsche sozialistische Lager. Nach Bekanntwerden der Moskauer Deklaration 1943 über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs betrachteten es die sozialistischen Emigranten als eine ihrer Hauptaufgaben, „die Freiheit der Entscheidung des österreichischen Volkes über sein Schicksal, die nach dem Sturz Hitlers getroffen werden muß, sicherzustellen“, so Friedrich Adler, Sohn des Begründers der österreichischen Sozialdemokratie, im britischen Exil. Hinter diesen Worten stand die Hoffnung, daß ein freies Österreich sich vielleicht wieder an ein freies Deutschland anschließen würde. Die Konzeptionen der „Revolutionären Sozialisten“ in London waren auf eine Beibehaltung des „Anschlusses“ ausgerichtet. Ihr Führer, Oscar Pollak, der im „London Bureau of Austrian Socialists“ seine Ideen entwickelte, ging Ende 1942 noch heftig gegen eine Annullierung des „Anschlusses“ an. In Österreich herrschte dagegen unter den illegalen, noch aktiven, aber isolierten Linkskräften längst Klarheit über diese Streitfrage. Die Mehrheit tendierte deutlich zu einer Ablehnung der gesamtdeutschen Lösung.

Schließlich zeigte sich auch ein gewisses Maß an Unwillen bei den österreichischen Nationalsozialisten selbst, die eigene Vorstellungen vom „Anschluß“, von einer „Südostaufgabe“ und von der kulturellen Eigenart der „ostmärkischen“ Deutschen entwickelten. Sie beriefen sich dabei auf Hitler und forderten mehr Unabhängigkeit von den „Reichsdeutschen“. Auch führende deutsche Nationalsozialisten in Österreich, wie der Gauleiter von Wien, Baldur von Schirach, stellten sich an die Spitze dieser Bewegung. Mißtrauen und Abneigung gegen Deutsche hatten unter den Österreichern nach 1938/39 zugenommen, wengleich die militärischen Anfangserfolge und Siege das Stimmungstief in der öffentlichen Meinung wieder kompensieren konnten. Der Gegensatz reichsdeutsch — österreichisch blieb jedoch weiter spannungsträchtig. Dieser Antagonismus konnte zu Zwischenfällen und

<sup>20)</sup> Hanns Leo Mikoletzky, Österreichische Zeitgeschichte. Vom Ende der Monarchie bis zum Abschluß des Staatsvertrages 1955, Wien 1962; Hellmut Andics, Der Staat, den keiner wollte. Österreich von der Gründung der Republik bis zur Moskauer Deklaration, Wien-München-Zürich 1968; Alfred Jüttner, Die deutsche Frage. Eine Bestandsaufnahme, Köln 1971, S. 179 f.

Handgreiflichkeiten führen<sup>21)</sup>. Bisher kaum geleistete Forschungen zum Alltag in der NS-Zeit in

Österreich könnten hierzu weitere Erkenntnisse zutage fördern.

#### IV. Die internationalen Reaktionen auf den „Anschluß“

Hitler hatte am 21. Mai 1935 eine ausdrückliche Versicherung abgegeben, daß das Deutsche Reich die Unverletzlichkeit und Integrität Österreichs anerkennen würde. Diese Abmachung wiederholte er im „Juli-Abkommen“, als er die „Anerkennung der vollen Souveränität Österreichs“ festlegen ließ. Durch das Berchtesgadener Abkommen und den am 11. März 1938 gegebenen Befehl zum Einmarsch in Österreich wurden diese Versprechen gebrochen. Neben diesen beiden Garantien Hitlers an Schuschnigg verletzte NS-Deutschland mit dem „Anschluß“ — völkerrechtlich gesehen — fünf weitere bindende internationale Bestimmungen (die Haager Abkommen zur friedlichen Regelung internationaler Streitfälle von 1899 und 1907, das Haager Abkommen III über die Eröffnung der Feindseligkeiten von 1907, Artikel 80 des Friedensvertrags von Versailles und den Briand-Kellogg-Kriegsächtungspakt von 1928). Die militärische Besetzung Österreichs und die nachfolgende Annexion waren neben der Verletzung der angeführten völkerrechtlichen Verträge und zwischenstaatlichen Abkommen auch ein Bruch des „ius cogens“, des zwingenden Völkerrechts. Die Ultimaten an die österreichische Staatsführung, der Einmarsch der Wehrmacht und der damit vollzogene „Anschluß“ belasteten die internationalen Beziehungen des Reichs schwer. Durch die Informationen, die Schuschnigg laufend den ausländischen Regierungen zugeleitet hatte und nicht zuletzt durch seine Abschiedsrede war die Weltöffentlichkeit unterrichtet, auf welche Weise der „Anschluß“ durchgeführt wurde. Die Reaktionen des Auslandes, die im folgenden etwas näher betrachtet werden sollen, blieben daher nicht aus<sup>22)</sup>.

##### 1. Italien

Nach außen reagierte Italien positiv auf den „Anschluß“. Trotz der starken Verbundenheit mit Hitler nahm man gleichwohl intern die Entwicklungen in Österreich mit gemischten Gefühlen auf. Der Duce war durch einen Brief Hitlers vom 11. März informiert worden, daß sich das Deutsche Reich vom „Juli-Abkommen“ losgesagt und seine Österreichpolitik geändert habe. Von einem geplanten Einmarsch und einer Besetzung war jedoch keine Rede gewesen. Am Ende des Schreibens bestätigte Hitler Mussolini gegenüber ausdrücklich die Brenner-Grenze. Der Brief spiegelte Hitlers Einschätzung wider, daß Mussolinis Absichten noch ungeuß waren. Prinz Philipp von Hessen, der deutsche Botschafter in Rom, wurde zu einem Zeitpunkt, als das Ultimatum an Schuschnigg noch nicht beantwortet war, mit der Überbringung des Briefes beauftragt. In Rom mit einer Sondermaschine eingetroffen, erfuhr er erst durch Außenminister Ciano, daß die Wehrmacht Österreich besetzen würde. In Folge dieser Nachricht war Mussolini „zu Boden geschmettert“, tobte vor Wut und schimpfte auf den „maledetto tedesco“. Aus realpolitischen Erwägungen, um nicht die guten Beziehungen der Achse Berlin-Rom und die italienischen Ziele in Ostafrika und im Mittelmeerraum zu beeinträchtigen, mußte Mussolini gute Miene zum bösen Spiel machen. Italien hatte seine außenpolitische Handlungsfreiheit gegenüber Hitler schon weitgehend in den Kriegen gegen Abessinien und in Spanien verloren. Hinsichtlich der Spannungen im Mittelmeer war es auf die Achse angewiesen. Aus diesen Erwägungen heraus konnte Italien nicht an seiner selbstgewählten Rolle als Schutzmacht Wiens festhalten.

Als Hitler Mussolini nach dem Einmarsch telegrafieren ließ, er „werde ihm das nie vergessen“, antwortete der Duce: „Meine Haltung ist bestimmt von der in der Achse besiegelten Freundschaft zwischen unseren Ländern.“ Mussolinis Reaktion gab zu erkennen, daß er weder intervenieren wollte noch konnte. Italiens Ablehnung jeglicher Maßnahmen war ausschlaggebend für die Reaktionen der Westmächte. Die Passivität Mussolinis unterhöhlte die vorher noch teilweise vorhandene Entschlossenheit der Franzosen und Briten, auf Hitler mehr als nur diplomatischen Druck auszuüben. Mussolini und Ciano hatten sich schon vor dem März 1938 auf einen kommenden „Anschluß“ eingestellt, wollten ihn allerdings noch für einige Zeit hinausgeschoben wissen.

<sup>21)</sup> Gerhard Botz, Der 13. März 38 und die Anschlußbewegung. Selbstaufgabe, Okkupation und Selbstfindung Österreichs 1918—1945, Wien 1978, S. 34f.; Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945—1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1952, S. 19ff., 187f.; Stephan Verosta, Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938—1947, Wien 1947, S. 52f.; Michael Gehler/Wolfgang Chwatal, Die Moskauer Deklaration über Österreich 1943, in: Geschichte und Gegenwart, 6 (1987) 3, S. 212—237; Helmut Konrad (Hrsg.), Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln — Anschluß 1918 und 1938 — Nachwirkungen (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, 9), Wien-München-Zürich 1978.

<sup>22)</sup> Stephan Verosta, Politische und völkerrechtliche Aspekte der Besetzung Österreichs durch Deutschland, in: Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien 1972. Wissenschaftliche Kommission, Wien 1973, Bd. 1, S. 211f.; St. Verosta (Anm. 21), S. 119; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 436ff.

Trotz der „Achse“ herrschte in den Märztagen bei Hitler Ungewißheit über Italiens Haltung, da er im voraus nicht sicher damit rechnen konnte, ob Italien einen Einmarsch dulden oder gar unterstützen würde. In Berlin wußte man allerdings noch nicht, daß der Duce von Österreich konsultiert worden war, daß Mussolini von der Volksbefragung abgeraten hatte und Schuschniggs diesbezügliche Entscheidung als Fehler betrachtete. Am Abend des 11. März informierte Ciano den deutschen Geschäftsträger in Rom, von Plessen, über Mussolinis Kritik am Volksbefragungsplan Schuschniggs. Weiterhin setzte er Plessen über den Versuch Frankreichs in Kenntnis, ein gemeinsames Vorgehen mit Italien zu erörtern. Die italienische Regierung habe jedoch dieses Ansinnen abgelehnt. Damit war die Entscheidung gefallen<sup>23</sup>).

Mussolinis Hauptsorge galt nun der Brenner-Grenze. Aus diesem Grunde bat er den „Führer“ um Erlaubnis, zur Beruhigung des italienischen Volkes den Hitler-Brief vom 11. März veröffentlichten zu dürfen. Berlin entsprach seinem Wunsch, lediglich einige die Tschechoslowakei betreffende Stellen wurden ausgenommen. In seiner Reichstagsrede vom 18. März 1938 dankte Hitler Mussolini für sein Verhalten und wiederholte ausdrücklich, daß die Grenzen Italien gegenüber als unverletzlich angesehen würden. Obwohl die italienische Presse den „Anschluß“ wohlwollend darstellte, stieß intern die Haltung des Duce nicht auf ungeteilte Zustimmung. Das allgemeine Interesse an der Unabhängigkeit Österreichs hatte zwar schon lange nachgelassen, aber es bestand noch immer. Es blieb deshalb unerklärlich, daß Mussolini ohne Vorbehalte den „Anschluß“ zu billigen schien. Der frühere österreichische Militärattaché in Rom, General Liebitzky, bezeugte, daß der Einmarsch bei weiten Bevölkerungsteilen und selbst in Militärkreisen Bestürzung hervorgerufen habe.

Diese ambivalente italienische Haltung zum „Anschluß“ kam noch 1940 in einem Gespräch Cianos mit dem US-Unterstaatssekretär Sumner Welles deutlich zum Vorschein, als der italienische Außenminister meinte, keine Nation würde es sich wünschen, Deutschland zum Nachbarn zu haben. Es sei nun aber Italiens Nachbar geworden und man müsse alles tun, um mit diesem mächtigen Nachbarn auszukommen. Ein unabhängiges Österreich könne nur erfolgreich bestehen, wenn es eine Chance bekomme, sich zu einer stabilen und prosperierenden Nation zu entwickeln. Wenn irgendeine Nation die Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreichs wünsche, dann wäre dies Italien. Diesen kritischen Worten gegenüber dem US-Poli-

tiker fügte Ciano jedoch hinzu, daß das österreichische Volk deutsch sei und niemals bereit sein würde, zu dem Zustand der Jahre von 1918 bis 1938 zurückzukehren. Ein neues Österreich müsse die Möglichkeit haben, ein reiches Land zu werden. Andernfalls zöge es die große Mehrheit der Österreicher vor, Teil des Deutschen Reiches zu bleiben<sup>24</sup>).

Diese Äußerungen Cianos zwei Jahre nach dem „Anschluß“ zeigen, daß Italien so etwas wie eine historische Zwangsläufigkeit in den März-Ereignissen in Österreich sah, ihnen jedoch intern nur sehr zögernd zugestimmt hatte. Nach außen freilich wurde der „Anschluß“ als ein politisch positives Ereignis und als große Bewährung der „Achse“ Berlin-Rom gefeiert.

## 2. England

Während der „Anschluß“-Tage hielt sich der neue deutsche Außenminister Ribbentrop in England auf. Noch als deutscher Botschafter in London hatte er Anfang Dezember 1937 dem damaligen Reichsaußenminister von Neurath mitgeteilt, daß dem britischen Außenminister Eden zufolge England einsehen würde, daß eine engere Verbindung zwischen Deutschland und Österreich einmal kommen müsse. Der neue britische Außenminister, Lord Halifax, schränkte diese Interpretationsweise am 11. März 1938 gegenüber Ribbentrop allerdings deutlich ein, als er betonte, daß das deutsche Drohen mit Gewalt eine untragbare Vorgehensweise sei, während Premierminister Chamberlain zu verstehen gab, daß einer deutsch-britischen Verständigung nichts mehr im Wege stünde, wenn die österreichische Frage *vernünftig*, das sollte heißen: auf friedlichem Wege gelöst würde. Die Briten ließen Hitler gegenüber keinen Zweifel, daß ein gewaltsames deutsches Vorgehen nicht ihre Billigung finden könne, machten aber gleichzeitig auch Schuschnigg klar, daß sie Österreich nicht zu einem bewaffneten Widerstand gegen das Deutsche Reich ermuntern wollten. Die bei einer deutschen Aggression gegenüber Österreich vorgesehene britisch-französische *Démarche* in Berlin war nicht dazu gedacht, Schuschniggs Widerstandswillen gegen Hitler anzustacheln, sondern nur, um vor der Öffentlichkeit das Gesicht zu wahren. Noch am 11. März telegraphierte Halifax dem britischen Botschafter in Wien, Palairet, daß die Regierung seiner Majestät die Verantwortung nicht übernehmen wolle, der österreichischen Regierung einen Rat zu erteilen, der sie

<sup>23</sup>) G. Brook Shepherd (Anm. 14), S. 201 f.; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 341, 409, 441 ff.; Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, Berkeley 1948, S. 611.

<sup>24</sup>) Kurt Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußsidee, Wien-München-Zürich 1969, S. 353 f.; G. Brook Shepherd (Anm. 14), S. 218 f.; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 441 ff., 535.



nur in noch größere Schwierigkeiten bringen würde, während der britische Botschafter in Berlin, Henderson, eingestand, Schuschnigg hätte hinsichtlich der Volksbefragung mit einer „wahnsinnigen Übereilung“ gehandelt.

Die britische Presse verurteilte den „Anschluß“ zunächst aufs schärfste, wobei vor allem die Art der Vorgehensweise kritisiert wurde. Der Tenor ging dahin, die deutsch-britischen Beziehungen als stark beeinträchtigt anzusehen, ohne diese Beeinträchtigungen näher zu spezifizieren. Auffallend war allerdings, daß man sich jeglicher Forderung nach Rückkehr zum Status quo ante enthielt. Berlin bekam zwei nahezu gleichlautende Protestnoten zugestellt, durch die der britische Botschaftsrat Kirkpatrick und der französische Botschafter François-Poncet im Namen ihrer Regierungen „gegen die Ausübung eines durch Gewaltanwendung unterstützten Zwanges gegen einen unabhängigen Staat“ Verwahrung einlegten. Henderson zufolge sei eine solche Aktion geeignet, „die schwersten Reaktionen auszulösen, deren Folgen vorauszusagen unmöglich sei“.

Das britische Kabinett wurde am 12. März zu einer Sitzung einberufen, um die Lage zu erörtern. Am 14. März fand eine heftige Unterhausdebatte über die Vorgänge in Österreich statt. Premierminister Chamberlain legte die Beweggründe für die Überreichung der Protestnote in Berlin dar. Die von Hitler gewählten Methoden verdienten die schärfste Verurteilung, denn sie hätten allen einen schweren Schock zugefügt, die für den Frieden in Europa einträten. Die Feststellung von Neuraths, England habe kein Recht, sich für die österreichische Selbstständigkeit einzusetzen, wies Chamberlain zurück. Beide Staaten seien im Völkerbund und wie Deutschland an vertragliche Vereinbarungen zur Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs gebunden. England sei an Mitteleuropa stark interessiert, bemühe sich um eine größere Sicherheit und sehe derartige Ereignisse als Hemmnisse für die Erreichung dieser Ziele an. Chamberlain nahm auch auf das Abkommen von Stresa Bezug, das im April 1935 zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien mit dem Einvernehmen vereinbart worden war, „sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen“: „Wir waren Österreich gegenüber durch keine Verpflichtung gebunden, Maßnahmen zu ergreifen, waren aber zur Konsultation mit der französischen und der italienischen Regierung in dem Fall verpflichtet, wenn eine Aktion unternommen würde, welche die Unabhängigkeit . . . Österreichs berührte . . . Wir haben die Verpflichtung zur Konsultation . . . voll erfüllt.“ Diese diplomatisch verklausulierte Stellungnahme war symptomatisch für die Haltung Chamberlains zum „Anschluß“, wenn

auch nicht für die britische Öffentlichkeit insgesamt.

Nach der enthusiastischen Aufnahme Hitlers in Österreich vollzog sich jedoch ein Stimmungswandel in der öffentlichen Meinung Großbritanniens. Im „Observer“ stand, daß der „Anschluß“ mit Zustimmung eines großen Teils der österreichischen Bevölkerung durchgeführt worden und der Friedensvertrag von 1919 „a work of artificial statecraft“ gewesen sei, wortwörtlich: „. . . it was against nature, history, geography and economics. It could not last.“

Eindeutig negativ war die Reaktion Winston Churchills, der im Unterhaus am 14. März auf seine Weise zu den Ereignissen in Österreich Stellung nahm: Das schwerwiegende Geschehnis des 12. März könne man nicht überschätzen. Europa sehe sich einer geplanten Aggression gegenüber, die klar vorausberechnet sei und stufenweise durchgeführt würde. Es gebe nur eine Wahl — entweder nachzugeben, wie Österreich es getan habe, oder wirksame Maßnahmen zu ergreifen, solange man noch Zeit habe, der Gefahr zu begegnen. Wenn man ihr aber nicht begegnen könne, müsse man sich mit ihr messen. Zukunftsweisend fragte Churchill: „Wo werden wir nach zwei Jahren sein, wenn die deutsche Armee mit Sicherheit wesentlich stärker sein wird wie die französische und wenn alle kleinen Nationen die Flucht aus Genf ergriffen haben . . . Was wird unter diesen Umständen aus dem Mächtegleichgewicht, aus der sogenannten Kleinen Entente?“ Es war sicherlich nicht schwer, in der Opposition die Dinge deutlicher beim Namen zu nennen und zu erkennen, daß die Tschechoslowakei nach dem „Anschluß“ isoliert und wohl das nächste Opfer sein würde. Churchill machte sich keine Illusionen über die Absichten Hitlers und schätzte die neu entstandene Situation und ihre Folgen richtig ein. Er sah mit einer beachtlichen Klarheit die Gefahr für den europäischen Frieden (und die Stellung des Westens), die sich daraus ergab, daß sich Hitler mit dem „Anschluß“ nicht begnügen würde.

Lord Halifax stellte dagegen im House of Lords am 15. März fest, daß die britische Regierung niemals angenommen hätte, daß der Status quo in Österreich für alle Zeiten aufrechterhalten werden könne. Daher rühre auch ihre Bereitschaft, eine Revision des Friedensvertrages in Erwägung zu ziehen. Halifax wehrte sich gegen die Unterstellung, wonach er Hitler zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen Österreich ermutigt hätte. Er habe im Gegenteil darauf hingewiesen, daß Änderungen in Europa nicht durch Gewalt durchgeführt werden sollten. Das Verhalten Hitlers habe dem Vertrauen Europas gegenüber Deutschland „den härtesten und schwersten Stoß versetzt“. Gleichzeitig gestand er ein, daß es keinen Zweck habe, die Österreich-Frage vor den Völkerbund zu bringen. Nur ein

Krieg könne eine Änderung herbeiführen. Dazu seien jedoch seine Mitglieder nicht bereit<sup>25</sup>).

Am 2. April überreichte Henderson Ribbentrop zwei Noten. Die erste enthielt die Entscheidung Londons, am 15. April die britische Gesandtschaft in Wien zurückzuziehen und in ein Generalkonsulat umzuwandeln. In der zweiten Note wurde darauf verwiesen, daß sich die Regierung „naturgemäß ihre Stellungnahme zu den Fragen vorbehalten muß, die sich daraus ergeben, daß Österreich aufgehört hat, als unabhängiger souveräner Staat zu bestehen“. Ribbentrop erkundigte sich daraufhin bei Henderson, wie diese Vorbehalte zu verstehen seien. Henderson erwiderte, die britische Regierung erkenne die Vereinigung Österreichs mit Deutschland an, Vorbehalte würden sich lediglich auf Zoll-, Handels- und Konsultatsfragen beziehen<sup>26</sup>). Aus alledem war zu ersehen, daß die Österreichfrage für die britische Regierung kein Thema mehr war. Wenn man auch sehr aufgebracht war über die Art, in der sich der „Anschluß“ vollzog, so hatte London Österreich im März 1938 doch sich selbst überlassen.

### 3. Frankreich

Das Anschlußverbot im Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye war in erster Linie von Frankreich durchgesetzt worden, das damit eine dauernde politische und wirtschaftliche Schwächung Deutschlands beabsichtigte. Das Frankreich der Zwischenkriegszeit verlor jedoch in den dreißiger Jahren zunehmend seinen bisherigen Einfluß auf das Bündnisssystem in Ost- und Zentraleuropa und mußte eine immer stärkere Orientierung an England in Kauf nehmen. Diese außenpolitische Handlungsschwäche führte zu einer verstärkten Einbindung Frankreichs in die britische Appeasementpolitik. Aus den Analysen der französischen Haltung zur Österreichfrage durch den österreichischen Gesandten in Paris, Vollgruber, ging hervor, daß Frankreich ein eventuelles Vorgehen Deutschlands gegen Österreich nur dann hinnehmen würde, wenn sich England oder Italien nicht an einer militärischen Aktion gegen Hitler beteiligten. Da mit Italien nicht zu rechnen war — Ciano weigerte sich, sich mit dem französischen Botschafter in Rom, Blondel, in den Märztagen 1938 über die Österreichfrage ins Einvernehmen zu setzen — und da England seine Verständigungsbereitschaft gegenüber Hitler nicht aufgeben wollte, entfielen ausschlaggebende Voraussetzungen eines entschiede-

nen französischen Eintretens für Österreich. Obwohl also eine französisch-britisch-italienische Verständigung in dieser Frage im Frühjahr 1938 nur minimale Chancen hatte, wurde der französische Gesandte in Wien, Puaux, zu ihrem kategorischen Verfechter. Seine Möglichkeiten waren jedoch nur sehr begrenzt, zumal während der „Anschluß“-Tage in seiner Heimat eine Regierungskrise ausgebrochen war, welche zu weiterer Unsicherheit und Ratlosigkeit gegenüber den Ereignissen in Österreich führte.

Die französische Presse bezeichnete den „Anschluß“ als schweren Schlag für Paris. Sie machte Mussolini Vorwürfe, daß er sich einer gemeinsamen Aktion gegen Deutschland versagt hätte. Außenminister Delbos hatte noch am 17. Februar 1938 England den Vorschlag einer gemeinsamen Démarche in Berlin zur Manifestierung der Unabhängigkeit Österreichs unterbreitet. Das Konzept des Quai d'Orsay umfaßte dabei zwei Strategien: Zum einen eine Politik der Stärke gegen Berlin mit Androhung von Konsequenzen für den Fall eines Coup de force, zum anderen Unterstützungsmaßnahmen für Schuschnigg.

Nach der Entscheidung Englands, nicht militärisch gegen Hitler vorzugehen, wurde auch Frankreich zurückhaltender. Die französische Regierung schloß nun ebenfalls die Anwendung militärischer Mittel aus und richtete eine der britischen ähnlich lautende Protestnote nach Berlin. Wenn sie eine deutlichere Sprache gegenüber Hitler anschlug, so war dies nur deklamatorisch als abschreckende Maßnahme gedacht. Paris hatte mit einer Politik der starken Worte versucht, seine Mißbilligung gegenüber Hitlers Aggression auszudrücken, doch ernsthaft konnte es nicht annehmen, daß deswegen der deutsche Diktator auf den „Anschluß“ verzichten würde<sup>27</sup>).

Von den drei ehemaligen Stresa-Partnern war von Frankreich am wenigsten Hilfe für Österreich zu erwarten. Die französische Regierung verfügte über eine nur sehr eingeschränkte Handlungsfreiheit: Seit dem 10. März, dem Beginn der Regierungskrise, war das Kabinett Chautemps im Rücktritt begriffen, lediglich noch mit den laufenden Geschäften befaßt und nicht mehr imstande, sich mit zukünftigen Problemen zu befassen, geschweige denn konkrete Lösungen hierfür anzubieten. Die Regierung Léon Blum-Boncour, die der von Chautemps nachfolgte, begnügte sich damit, die schon erwähnte Note nach Berlin zu schicken. In Paris herrschte eine vorübergehende Erregung, aber dann hatte man alles — wenn auch unwillig —

<sup>25</sup>) Jacques Benoist-Méchin, Griff über die Grenzen 1938. Der Anschluß Österreichs und seine Vorgeschichte, Oldenburg-Hamburg 1966, S. 272 f.; Hanns Haas, Die Okkupation Österreichs in den internationalen Beziehungen, in: R. Neck/A. Wandruszka (Anm. 13), S. 38 f.; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 411, 437 f.; St. Verosta (Anm. 21), S. 25 ff.; Kurt Schuschnigg (Anm. 24), S. 359 f.

<sup>26</sup>) U. Eichstädt (Anm. 15), S. 438 f.

<sup>27</sup>) Fritz Fellner, Österreich in der Nachkriegsplanung der Alliierten 1943—1945, in: Österreich und Europa, Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag, Graz 1965, S. 583 f.; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 345, 374, 439; H. Haas (Anm. 25), S. 32 ff., 38 f.

akzeptiert; der „Anschluß“ wurde durch die französische öffentliche Meinung schneller anerkannt als die Besetzung des Rheinlandes zwei Jahre zuvor.

Frankreich trat also fortan nicht mehr ernsthaft für Österreich ein. Die Hauptsorge galt nun vor allem der Tschechoslowakei. Die neugebildete Regierung Daladier gab eine Deklaration ab, daß Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei einhalten werde, wobei intern längst klar war, daß Frankreich diesem Land keine direkte Hilfe zukommen lassen konnte. In dieser Erklärung war Österreich gar nicht mehr erwähnt, vielmehr wandelten die Franzosen ihre Wiener Gesandtschaft nach britischem Muster in ein Generalkonsulat um, womit der „Anschluß“ durch die neue französische Regierung nach außen hin seine Bestätigung fand<sup>28)</sup>.

#### 4. Die Vereinigten Staaten von Amerika

In den USA zeigte man sich zwar wegen der Österreich-Krise Anfang 1938 besorgt, doch Außenminister Hull erklärte, daß die USA nicht die Absicht hätten, irgend etwas zu unternehmen. Es habe sich nichts ereignet, was Washington direkt angehe. Die Regierung — so Hull — habe auch keinen mäßigen Einfluß auf das Deutsche Reich auszuüben versucht. Man sei zwar der Meinung, daß eine Mehrheit der Österreicher der deutschen Politik ablehnend gegenüber gestanden habe, aber jetzt sei offenbar die Mehrheit in Österreich mit der neuen Lage einverstanden. Hull gab sich mit den Versicherungen des deutschen Botschafters in den USA, Dieckhoff, zufrieden, daß nach dem „Anschluß“ keinerlei Ursachen mehr für eine militärische Auseinandersetzung in Europa bestünden. In Washington sah man den „Anschluß“ aus der Perspektive der Revision der Pariser Friedensordnung von 1919. Hinzu trat die Überzeugung, daß zwischen Deutschen und Österreichern keine nationalen Unterschiede bestünden; außerdem maß man auch einer eigenständigen wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Österreichs keine große Bedeutung bei.

Bis zum 14. März hatte die amerikanische Presse im ganzen eher deutschfreundlich berichtet, danach setzte jedoch ein deutlicher Meinungsumschwung ein. Der „Anschluß“ wurde offen kritisiert, als nähere Details bekannt wurden. Das Vorgehen Hitlers wurde scharf verurteilt, nachdem die Zeitungen über Mißhandlungen von Juden, ihre fristlose Entlassung aus allen wichtigen Stellungen, die Maßnahmen gegen katholische Geistliche, die Verhaftungen von Schuschnigg-Anhängern und Linksoppositionellen berichteten. Auch das State Department verhielt sich den deutschen Diplomaten gegenüber kühl und reserviert. Dieckhoff führte den Stim-

mungswandel auf ein Eingreifen des Präsidenten Roosevelt zurück, der wegen befürchteter Verwicklungen in Europa besorgt sei. Ferner sei das amerikanische politische Klima stark von London beeinflußt worden. Nach einiger Zeit beruhigte sich die amerikanische Öffentlichkeit, nachdem die positiven Bekenntnisse des österreichischen Klerus und des Sozialisten Renner zum „Anschluß“ bekannt wurden. Durch die Umwandlung der Gesandtschaft in Wien am 6. April 1938 in ein Generalkonsulat erkannten die USA den Anschluß implizit an. Washington gab zu verstehen, daß es der Volksabstimmung keine Bedeutung mehr zuzumessen<sup>29)</sup>.

Für die Zeit bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sucht man in den diplomatischen Akten der USA vergeblich nach der Österreich-Problematik. 1938 versuchte sich der Westen — trotz aller Vorbehalte — noch mit Hitler zu arrangieren, denn der Nationalsozialismus wurde zu diesem Zeitpunkt, im Unterschied zum Sowjet-Bolschewismus, noch als das kleinere Übel angesehen. Der „Anschluß“ wurde nicht zuletzt deshalb auch von den USA als Faktum hingenommen.

#### 5. Andere Staaten

Die Haltung anderer Staaten zum „Anschluß“ war ambivalent: Die Reaktionen reichten vom Fatalismus und die Sorge um die eigene Unabhängigkeit bei der Schweiz über eine vorsichtig formulierte Ablehnung in Belgien bis hin zu sehr positiven Bewertungen in Ungarn, Jugoslawien, Spanien und vor allem Japan. Die Kritik richtete sich hauptsächlich gegen die Methode, nicht so sehr gegen den Anschluß als solchen. Die Aktion wurde als erledigt angesehen, teilweise stand bereits die Tschechoslowakei-Problematik ganz oben auf der politischen Agenda.

In Prag selbst bezog die öffentliche Meinung seit Ende Februar 1938 deutlich Stellung für Österreich. Der Großteil des tschechischen Volkes wußte um die zunehmende Gefahr, die der Nation im Falle einer Liquidierung Österreichs drohen würde. Ministerpräsident Hodža war sehr österreichfreundlich gesonnen, im Gegensatz zu der Reserviertheit des Außenministers Krofta. Letzterer versicherte Berlin gegenüber, daß man nicht an militärische Maßnahmen denke und Entspannung wolle.

Die diplomatischen Kreise in der Sowjetunion hatten sich vor und nach 1938 weitaus mehr mit mitteleuropäischen Fragen und, sich daraus ergebend, auch mit der österreichischen beschäftigt, als man im Westen bisher annahm. Die sowjetische Führung stand dem „Anschluß“ negativ gegenüber. Ihr Volkskommissar für Äußeres, Litwinov, legte in ei-

<sup>28)</sup> Georges Bonnet. *Le Quai d'Orsay sous trois Républiques 1870—1961*. Paris 1961. S. 180 ff., 182, 187; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 439.

<sup>29)</sup> K. Schuschnigg (Anm. 24), S. 355; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 439 ff.

ner Rede vor dem Völkerbund am 17. März 1938 scharfen Protest ein. Dieser Gewaltakt sei im Herzen Europas begangen worden und habe zweifellos eine Gefahr für alle europäischen Staaten geschaffen. Die Tschechoslowakei sei nunmehr der nächste bedrohte Staat<sup>30</sup>). Litvinov sah die deutsche Gefahr für Südosteuropa ebenso klar wie Churchill, legte sich allerdings nicht nur auf Deutschland als den alleinigen Aggressor fest. Er regte grundsätzlich eine gemeinsame Abwehr gegen jegliche Invasoren an. Litvinov brachte allerdings nicht die Forderung nach Wiederherstellung der Souveränität Österreichs vor, sondern sah die Aggressionsakte allgemein in ihrer Entwicklung vom Spanischen Bürger-

krieg über den Abessinien-Krieg bis hin zum japanischen Angriff auf China. Im September 1938, als die Völkerbundstaaten in Genf zusammentraten, regte Litvinov erneut Kollektivmaßnahmen gegen Deutschland an. Der Vorschlag wurde jedoch nicht aufgegriffen, da die übrigen Staaten sich mit dem „Anschluß“ offenbar abgefunden hatten. Neben den Sowjets hatten lediglich Mexiko, Chile, das republikanische Spanien und China in Genf formell Protest eingelegt. 1938 fand sich jedenfalls der Völkerbund nicht dazu bereit, die Konsequenzen aus der Besetzung Österreichs zu ziehen. Er erwies sich erneut als wirkungslos, um kollektive Sicherheit für einen angegriffenen Staat zu gewährleisten.

## V. Die deutschen Reaktionen auf das Echo im Ausland

Während der „Anschluß“-Tage herrschte in Berlin eine gespannte Atmosphäre. Den ausländischen Reaktionen auf die Ereignisse in Österreich sah man mit gemischten Gefühlen entgegen, zumal die Abwesenheit von Ribbentrops die Unsicherheit noch verstärkte. Hitler sah sich deshalb genötigt, den ehemaligen Außenminister von Neurath zu bitten, der Reichskanzlei Rat zu erteilen. Ohne genauere Informationen über die Geschehnisse in Österreich zu haben, empfahl er Hitler, die interessierten Mächte von der geplanten Aktion zu unterrichten, sich jedoch nicht in förmliche Verhandlungen einzulassen, allerdings herauszustreichen, daß das deutsche Vorgehen einzig nur das Ziel verfolge, Blutvergießen in Österreich zu verhindern. Zur Beschwichtigung Mussolinis sollte die Brenner-Grenze garantiert werden. Neurath kalkulierte auch mögliche Proteste ein und riet, entsprechend zu antworten.

Eine Antwort auf die erwarteten Protestnoten Englands und Frankreichs hatte das Auswärtige Amt bereits konzipiert. Die Proteste wurden durch die deutsche Note als „unzulässig“ abgewiesen und die Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich als „innere Angelegenheit des deutschen Volkes“ bezeichnet, die dritte Mächte nichts angehe. Die Behauptungen, das Reich habe auf die Vorgänge in Österreich und auf Schuschnigg mittels eines Ultimatums Druck ausgeübt, seien pure Erfindung. Infolge des Ersuchens der neuen Regierung Seyß-Inquart sei erst die Frage des Einsatzes deutscher Truppen aktuell geworden, und aufgrund der akuten Bürgerkriegsgefahr in Österreich habe man dem Ruf Folge geleistet. Falls nicht dritte Mächte eingreifen würden, könne das deutsche Vorgehen nicht „zu unübersehbaren Rückwirkungen“ führen. Neurath vergaß nicht zu erwähnen, daß die beabsichtigte Volksbefragung eine Verlet-

zung der Berchtesgadener Abmachungen gewesen sei<sup>31</sup>).

Die Ausfertigungen der deutschen Antwort wurden dem britischen und französischen Botschafter überreicht und alle deutschen Auslandsmissionen von deren Inhalt unterrichtet. Die Darstellung konnte jedoch nur wenige überzeugen, da sie in vielen Punkten nicht den Tatsachen entsprach. Seyß-Inquart hatte beispielsweise niemals um die Entsendung deutscher Truppen gebeten. Dennoch wurde ein gefälschtes Telegramm nach dem „Anschluß“ veröffentlicht, welches den Einmarsch als Folge eines Hilferufes legitimieren sollte.

Damit wird schlaglichtartig die Problematik der „Legalität“ und „Berechtigung“ des „Anschlusses“ erhellt. Beim Nürnberger Prozeß erklärte Neurath später, daß weder das Auswärtige Amt noch er selber die wahren Hintergründe gekannt hätten, vielmehr hätte er sich allein auf die Informationen von Hitler verlassen<sup>32</sup>). Die auf spezielle Vorbehalte permanent vorgetragene These von der Bilateralität der Frage zeigte die Schwierigkeit der deutschen diplomatischen Vertreter, den Einmarsch glaubwürdig zu rechtfertigen, wie auch den Mangel an Argumenten, den „Anschluß“ in ein positiveres Licht zu stellen. Erst der auf den Einmarsch erfolgte Jubel und die positiven Bekenntnisse zum „Anschluß“ vor der Volksabstimmung sowie deren eindeutiges Ergebnis selbst machten weitere offizielle deutsche Reaktionen obsolet, da die Geschehnisse in Österreich nun auch international sanktioniert waren.

<sup>31</sup>) K. Schuschnigg (Anm. 24), S. 336 f., 356 f.; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 407 f., 423 ff.

<sup>32</sup>) Zur Geschichte des Auswärtigen Amtes, siehe auch Hans-Jürgen Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Berlin 1987; U. Eichstädt (Anm. 15), S. 424.

<sup>30</sup>) St. Verosta (Anm. 21), S. 27 f.

Schon am 18. März hatte das Deutsche Reich dem Völkerbund das „Wiedervereinigungsgesetz“ mit dem Zusatz notifiziert, daß Österreich mit dem

13. März 1938 aufgehört habe, Mitglied des Völkerbundes zu sein. Dieser nahm die Mitteilung ohne Widerspruch zur Kenntnis.

## VI. Zusammenfassende Schlußüberlegungen

Sowohl der britische als auch der französische Protest, die im deutschen Außenamt eingebracht worden waren, richteten sich *nicht grundsätzlich* gegen den „Anschluß“, sondern gegen die Art und Weise seiner Durchführung. Nur wenige Staaten legten im Rahmen des Völkerbundes formell Protest ein. Der „Anschluß“ wurde zwischen März 1938 und September 1939 als ein Faktum akzeptiert — ein Aspekt, der in der internationalen Diskussion der letzten Jahre über die jüngste Vergangenheit Österreichs und die Affinität der Österreicher zum Nationalsozialismus etwas zu kurz gekommen zu sein scheint.

Die Westmächte konnten oder wollten zunächst nicht sehen, daß der Weg, den Hitler nach Wien genommen hatte, weiter über Prag nach Warschau und damit in den Zweiten Weltkrieg hineinführen mußte. Ihr Verhalten in den Märztagen des Jahres 1938 war eine Konsequenz ihrer defensiven unentschlossenen Haltung und ihres politischen Desinteresses an einem unabhängigen Österreich in den dreißiger Jahren. Österreich schien London und Paris keine Garantieerklärung, wie Polen 1939, wert zu sein. Das Gefühl, bei der Friedensordnung in Versailles 1919 doch zu weit gegangen zu sein, spielte beim „Anschluß“ keine unwesentliche Rolle in der Haltung des Westens, vor allem Englands.

Für das Deutsche Reich bedeutete der „Anschluß“ nicht in erster Linie die Erfüllung eines alten deutschen Traumes, sondern er war vor allem von wirtschaftspolitischen Zielsetzungen geprägt. Ohne den „Anschluß“ wäre Görings Vierjahresplan bei steigender Rohstoffknappheit und Devisenmangel nicht mehr zu verwirklichen gewesen. Neben diesen wirtschaftlichen und innenpolitischen Überlegungen war der „Anschluß“ der erste Schritt in Hitlers außenpolitisch-imperialer Planung und damit die Vorbereitung für den Einmarsch in Prag. Mit der Schaffung des „Protektorats Böhmen-Mähren“ und dem Angriff auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg entfesselte, erschien retrospektiv Österreich als das erste Land, das der Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen war. So richtete sich das Bestreben der Westmächte, einschließlich der USA und der Sowjetunion, ab Ende 1943 auf die Wiedererrichtung der staatlichen Unabhängigkeit Österreichs.

Die einseitige Fixierung auf die von den Alliierten 1943 so formulierte Opferrolle Österreichs beim „Anschluß“, der von 1945 bis 1955 zweifelsohne eine pragmatische Relevanz zugekommen und die

eine staatspolitische Notwendigkeit war, hat freilich den kritischen Blick für die aktive Mittäterschaft vieler Österreicher in der NS-Vernichtungsmaschinerie verstellt und einer „Vergangenheitsbewältigung“, wie sie in der Bundesrepublik erfolgte, in Österreich vorzeitig das Wasser abgegraben. Völker- und Staatsrechtler traten gleich nach dem Krieg auf den Plan und hatten plausible Erklärungsmuster für diese Sicht der Dinge parat: Österreich habe als Völkerrechtssubjekt ab 1938 weiter bestanden, doch sei es als solches handlungsunfähig gewesen. So habe es sich auch mit keinem Staat in einem Kriegszustand befunden, da es von 1938 bis 1945 von der politischen Landkarte verschwunden und als ein Land des deutschen Reiches durch Hitler in einen Weltkrieg geführt worden sei<sup>33)</sup>.

Solche Interpretationen, die den überschwenglichen Jubel eines Großteils der Österreicher beim „Anschluß“ 1938 ausblendeten, entsprangen zweifellos einer gewiß berechtigten Sorge um die Sicherung der staatlichen Integrität und die Realisierung der Unabhängigkeit Österreichs, sie haben gleichzeitig aber auch selbstkritische Reflexionen über das Österreich in der NS-Zeit zurückgedrängt und erst viel später als in der Bundesrepublik zu einer Aufarbeitung der jüngeren Geschichte Österreichs geführt. In diesem Sinne sollte nicht kurzsichtig und monokausal der „Anschluß“ allein vor dem Hintergrund einer vorrangigen „Schuld“ (Passivität) der Westmächte diskutiert, sondern auch gesehen werden, daß die Hauptverantwortung für Ereignisse, die ein bestimmtes Land betreffen, immer *in* diesem Land zu suchen ist. Inwieweit nämlich der „Ständestaat“ von Dollfuß und Schuschnigg die Geschehnisse des März 1938 *mit* bedingt oder gar vorbereitet hatte, ist in der österreichischen Zeitgeschichtsforschung lange unberücksichtigt geblieben, dann zwar unterschiedlich beurteilt worden, aber ein letztes Wort scheint darüber noch nicht gesprochen.

Viele Österreicher empfanden seinerzeit den „Anschluß“ 1938 als nationale Erfüllung, und dementsprechend wurde der Einmarsch der Deutschen aufgenommen. Nach 1945 und dem Bekanntwerden der Greuel aus der NS-Zeit wurde eine Umdeutung des „Anschlusses“ vorgenommen. So erscheint er heute zumal für den jüngeren Historiker als nationaler Tiefpunkt. Von einem beträchtlichen Teil der älteren Generation der Österreicher wurde und

<sup>33)</sup> St. Verosta (Anm. 21), S. 119 ff.

wird die Vereinigung mit dem Deutschen Reich von 1938 bis 1945/55 dagegen als ein Vorgang angesehen, welcher die Erfüllung einer mit dem Selbstbestimmungsrecht voll in Einklang stehenden „uralten deutschen Sehnsucht“ darstellte. Für sie ist der „Anschluß“ eine Begebenheit gewesen, die noch nicht im Schatten der typischen nationalsozialistischen Unrechtshandlungen stand. Nach ihrer mehrheitlichen Auffassung gehört er nicht zu den dunklen Kapiteln der Hitler-Politik, sondern er war durchaus noch moralisch begründ- und vertretbar<sup>34)</sup>. Daß der „Anschluß“ die Herrschaft des Nationalsozialismus mit all seinen furchtbaren Erscheinungen und negativen Auswirkungen mit sich brachte, wurde von vielen Österreichern allerdings häufig übersehen, verdrängt und vergessen — ein

Umstand, der in letzter Zeit besonders deutlich wurde.

Was blieb und was bleibt vom „Anschluß“? Die Vereinigung hatte nach dem Verfliegen der unbestreitbaren ersten Begeisterung auch die Bedeutung von Okkupation angenommen. Eine erzwungene, aber oft auch freiwillige Gleichschaltung, Terror, Kriegsbeteiligung und Bombenangriffe prägten diese Zeit. Die vorübergehende staatliche Liquidierung Österreichs bewirkte eine Brechung jeglicher Ansätze von nationaler österreichischer Eigenart. So gesehen, konnte vom März 1938 letztlich auch ein Prozeß nationaler Neubesinnung ausgehen, der in den Jahren ab 1955 zu einer Art österreichischem „Staats- (Nations-) Bewußtsein“ führte. Dieses braucht die Konfrontation mit der jüngsten Geschichte nicht zu scheuen und sollte die Aufarbeitung der NS-Zeit auch positiv als Erkenntnisbereicherung im Sinne eines zukunftsorientierten Denkens nutzen.

---

<sup>34)</sup> Vgl. hierzu: „Was 1938 passierte, weiß jeder zweite Österreicher nicht mehr“, in: Frankfurter Rundschau v. 12. 9. 1987.

## Gerhard Botz: Der „Anschluß“ von 1938 als innerösterreichisches Problem

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/88, S. 3–19

Im Zentrum von Österreichs politischer Identität steht die Überwindung der Anschlußidee und der Folgen des „Anschlusses“ von 1938. Nationale Selbstfindung erfolgte in Österreich mehr als vier Jahrzehnte lang unter besonderer Betonung der Opfer-Rolle Deutschland und dem Nationalsozialismus gegenüber, während bestimmte belastende Aspekte, vor allem die Mitbeteiligung von vielen Österreichern am Nationalsozialismus und an dessen Politik im Zweiten Weltkrieg, unterbelichtet wurden. Demgegenüber wird hier, in Absetzung sowohl von Österreich-apologetischen Darstellungen als auch von pangermanischen Positionen, versucht, eine interpretatorische Balance zwischen den Extremen zu wahren.

Österreich und Österreicher haben mehr als oft angenommen, zur Entstehung und zum Funktionieren des Nationalsozialismus und zu dessen Regime beigetragen. Der „Anschluß“ an Deutschland war nicht nur Invasion von außen, sondern auch eine Machtübernahme österreichischer Nationalsozialisten von oben wie von unten. Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. April 1938 spiegelt über die bekannten Bedingungen des Dritten Reiches hinausgehend eine von „Anschlußbegeisterung“ getragene Welle des Konsenses mit dem NS-Regime, der jedoch bald wieder einer gewissen Ernüchterung über die gesellschaftliche Realität im „Großdeutschen Reich“ wich, ohne vollends in Oppositionsverhalten umzuschlagen. Denn diese Realität stellte sich für große Teile der österreichischen Bevölkerung durchaus als ambivalent dar; Terror, politische Entrechtung und vollkommene staatliche Auflösung Österreichs wurden zunächst durchaus durch wirtschaftliche Gewinne und gesellschaftliche Modernisierung mehr als kompensiert, so daß erst mit der Verschärfung der Lage im Krieg und der sich abzeichnenden Niederlage eine nachhaltige Umorientierung des Österreichbewußtseins und wachsende Widerstandsbereitschaft einsetzten.

## Rolf Steininger: Der Anschluß Österreichs — Stationen auf dem Weg zum März 1938

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/88, S. 20–33

Mit dem Anschluß Österreichs an Deutschland im März 1938 schien ein alter Wunsch — vor allen Dingen der Österreicher — in Erfüllung gegangen zu sein. Dieses Thema hatte besonders seit dem Ende des Ersten Weltkrieges auf der Tagesordnung gestanden und die österreichische und deutsche Politik beherrscht. Auf dem Weg bis März 1938 lassen sich sechs Stationen fixieren:

1. Die Anschlußbegeisterung der österreichischen Sozialdemokraten 1918/19. Die Sozialdemokraten waren davon überzeugt, daß das aus der Konkursmasse entstandene „Deutschösterreich“ ohne Anschluß an Deutschland nicht lebensfähig wäre. Dieses Land wurde zum „Bestandteil der Deutschen Republik“ erklärt, wobei auch die Vereinigung mit dem *roten* Deutschland eine Rolle spielte.
2. Die Anschlußbewegung in den österreichischen Bundesländern (Tirol, Salzburg, Steiermark) 1921, trotz des in den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain ausgesprochenen Anschlußverbotes. Dies war *auch* eine Bewegung los vom *roten* Wien in Richtung eines Zusammenschlusses mit einem Deutschland, das nicht sozialistisch geworden war. Diese Phase endete 1922, als der Völkerbund Kredite gewährte und das Anschlußverbot erneuerte.
3. Anschlußpropaganda und praktische Angleichungspolitik in den zwanziger Jahren, die aber politisch nicht wirksam wurden.
4. Mit dem Zollunionsprojekt 1931 wurde die deutsche Österreichpolitik zwar aktiviert, scheiterte aber am Einspruch der Alliierten.
5. Mit Hitlers Machtergreifung kam zu den Anschlußüberlegungen der zwanziger Jahre als neues Element der völkisch-national überhöhte Rassegedanke hinzu — allerdings nur in der Propaganda; militärische und ökonomische Gesichtspunkte waren ausschlaggebend, wie schon bald immer deutlicher wurde. Der Versuch einer „schnellen Lösung“ 1933/34 scheiterte an der Entschlossenheit der Dollfuß-Regierung und Mussolinis, die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten.
6. Für den Anschluß im März 1938 kamen mehrere Faktoren zusammen: die Hinwendung Mussolinis zu Hitler, die „geistige Durchdringung“ Österreichs, d. h. die „Aushöhlung“ des Landes von innen; die uneinsichtige Politik des österreichischen Ständestaates, nahezu zwei Drittel der Bevölkerung von jeder Mitgestaltung auszuschließen; die Forcierung von deutscher Seite angesichts der wachsenden Bedeutung Österreichs für die deutsche Rüstungsindustrie.

## Michael Gehler: Der „Anschluß“ von 1938 und die internationalen Reaktionen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/88, S. 34–46

Am 12. März 1938 rückten deutsche Truppen unter großem Jubel in Österreich ein; in den folgenden Tagen vollzogen die Nationalsozialisten den „Anschluß“. Dieses Ereignis muß vor dem nationalen wie internationalen Hintergrund der Entwicklung Österreichs in den zwanziger und dreißiger Jahren gesehen werden. Die Verträge von Versailles und St. Germain stellten sich zwar gegen einen Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland, doch verloren diese Beschlüsse mit der Zeit an Bedeutung, so daß zwischen den europäischen Mächten bereits 1936/37 keine wirksame Vereinbarung zum Schutze der Integrität Österreichs bestand. Vor allem Italien hatte durch den Abessinien-Krieg und die zunehmende Abhängigkeit von Hitler seine selbstgewählte Schutzmachtstellung für Österreich aufgeben müssen.

Die deutschen Ultimaten, der Einmarsch der Wehrmacht und die Terrormaßnahmen in Österreich belasteten die internationalen Beziehungen Deutschlands schwer und bedingten eine französische und britische Démarche in Berlin, die aber nur deklamatorischen Charakter hatten. Nur wenige Staaten erhoben beim Völkerbund formellen Protest gegen den „Anschluß“, der schließlich als Faktum akzeptiert wurde. Die Liquidierung des autoritären österreichischen „Ständestaates“ der dreißiger Jahre fand kaum kritisch-verurteilende Beachtung – abgesehen von den Sowjets, die in Genf protestierten und kollektive Maßnahmen gegen Hitler vorschlugen. Das Verhalten der Westmächte in den Märztagen 1938 offenbarte letztlich ihr weitgehendes Desinteresse an einem unabhängigen Österreich und war u. a. eine Konsequenz ihrer Fehleinschätzung der Österreichfrage in der Zwischenkriegszeit.

Neben innen- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen war der „Anschluß“ der erste Schritt in Hitlers außenpolitischer Großmacht-Planung und Vorbereitung für den Einmarsch in Prag. Die politisch-militärische Intervention in Österreich brachte die deutsche Diplomatie zunächst in Verlegenheit und zeigte die Unfähigkeit, den „Anschluß“ international glaubwürdig zu rechtfertigen. Der einsetzende Jubel und das eindeutige Abstimmungsergebnis machten dann weitere amtliche deutsche Reaktionen auf das Echo im Ausland obsolet. Der „Anschluß“ wurde international hingenommen.